



In Verbindung mit Hans Herzfeld, Rudolf Hillebrecht,
Friedrich Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Hartmut Arras, Basel
Stadtwechsel und Betriebsstandorte

Hartmut Großhans, Köln
Sozialplanung als Lehre

Ulrike Breitwieser / Franz Wagner, Linz
Sozialplanung in der Sanierungspraxis

Diethelm Fichtner, Marburg
Altstadtsanierung: zum Beispiel Marburg



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Zeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Herzfeld,
Rudolf Hillebrecht, Friedrich
Mielke und Alexander Mitscherlich
herausgegeben von Otto Borst

Band 4 / 1981. Achter Jahrgang

Redaktionskollegium: Dr. Otto Borst, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Mozartweg 32, 7300 Esslingen (Schriftleitung) – Dr. Hans Joachim Fliedner, Leiter der Volkshochschule und des Stadtarchivs Offenburg, Ritterhaus-Museum, Ritterstr. 10, 7600 Offenburg – Dr. Henning Grabowski, Wiss. Ass. am Geographischen Seminar der Universität Münster, Königsberger Str. 79, 4400 Münster (Westf.) – Dr. Rainer Jooß, Professor für mittlere und neuere Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen, Föhrenweg 1, 7300 Esslingen – Professor Dr. Hermann Korte, Direktor des Instituts für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität Bochum, Steinweg 18, 4830 Rheda-Wiedenbrück – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Nadistr. 20, 8000 München 40 – Redaktionslektorat: Eduard Theiner, Hölderlinweg 10, 7305 Altbach – Redaktionssekretärin: Ursula Bioly, Marktplatz 16, 7300 Esslingen am Neckar.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 94,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 76,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 26,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Ein eher »merkwürdiges« Verhältnis nennen Breitwieser/Wagner in ihrem Beitrag das Verhältnis zwischen Stadt-Soziologie und Planungspraxis. Die Ambivalenz hat verschiedene Ursachen. Die wichtigste dabei: die nach wie vor bestehende Unentschiedenheit auf beiden Seiten, sich aufeinander einzulassen. Praktiker fürchten, Soziologen würden gesellschaftstheoretische Zielsetzungen in die einzelnen Planungen einbringen, sachfremde Erwägungen unterscheiden und überhaupt nicht in der Lage sein, angebliche Sachzwänge zu erkennen und entsprechend zu berücksichtigen. Auch sei ihre Sprache unverständlich und elitär. Dazu wäre manches zu sagen und auch zu fragen. Etwa, ob diese Berührungsängste nicht mehr über den Zustand der Planungspraxis als über die Stadt-Soziologie aussagen.

In der Stadt-Soziologie gibt es ebenfalls nach wie vor eine ziemlich ausgeprägte Unentschiedenheit und Unentschlossenheit zur Zusammenarbeit mit der Praxis. Schon die Frage, ob eine spezielle Stadt-Soziologie theoretisch-methodologisch vertretbar sei, spaltet die mit dieser Thematik befaßten Soziologen in mindestens zwei Gruppen. Die Frage stellt sich, ob mit der Einengung soziologischen Erkenntnisinteresses auf einen räumlich abgegrenzten Bereich (Stadt) die Wirkungsmöglichkeiten der Soziologie nicht so beschnitten werden, daß mehr als eine affirmative Unterstützung wie auch immer gearteter Planungspraxis nicht möglich sei. Man fürchtet – zurecht – die punktuelle Ausbeutung soziologischer Erhebungsmethoden, ohne dabei die Möglichkeit zu haben, Gesamtzusammenhänge zu thematisieren. Hinzu kommt dann noch der latente Konflikt zwischen jenen Soziologen, die an der Universität über Planung forschen, und jenen Soziologen, die in der Planungspraxis ihr tägliches Brot verdienen müssen und sich von den zugegebenermaßen manchmal esoterischen, manchmal elitär-arroganten Universitätsforschern im Stich gelassen bzw. mißverstanden fühlen. Auch zu diesem Komplex ließe sich manches sagen, manches fragen: Eben auch wieder, ob dies nicht mehr über die Soziologie als über die Planungs-Praxis aussagt.

In diesem Heft werden einige soziologisch orientierte Arbeiten vorgestellt, die alle versuchen, soziologische Forschungsarbeiten für die Praxis nutzbar zu machen. Sie zeigen, wie vielfältig die Wurzeln und Ursachen städtischen Lebens sind und wie eine entwickelte Soziologie auf die Lebensumstände in verschiedenen Planungsbereichen reagieren kann. Alle Beiträge verleugnen nicht ihre wissenschaftliche Orientierung, widerlegen aber die landläufige These von der Unverständlichkeit der Soziologie. Diese These ist im übrigen ja auch nur der banalisierte Ausdruck eines allgemeinen Vorurteils, dessen Wurzeln sehr viel tiefer liegen.

Die methodische Aufarbeitung und theoretische Verarbeitung einzelner aktueller oder auch historischer Ereignisse und Erscheinungsformen in der Gesellschaft führt automatisch zur Aufdeckung unerwarteter, befürchteter oder auch unerwünschter Zusammenhänge und Ursache-Wirkungs-Felder. Dieser aufklärerische Zug von Soziologie wird fälschlicherweise oft als grundsätzliche Tendenz zu einer (zersetzenden) Gesellschaftskritik ausgelegt. Wenn Historiker den Zusammenhang zwischen historischen Ereignissen und

wirtschaftlichen Entwicklungen thematisieren, unter den rezensierten Büchern in diesem Heft finden sich einige solcher Beispiele, so gilt dies als völlig normal und dem Stand der Wissenschaft angemessen. Natürlich läßt sich über zurückliegende Phasen gesellschaftlicher Entwicklung etwas unbeteiligter debattieren als über gegenwärtige. Wenn Stadt-Soziologen den Zusammenhang zwischen Stadtplanungspraxis und Bauindustrie thematisieren, wenn die Frage des Zusammenhangs von Kapitalverzinsung und Wohnungsmodernisierung diskutiert wird, dann vermutet mancher darin sofort – je nach Standpunkt – eine gesellschaftskritische bis gesellschaftsfeindliche Einstellung.

Damit hängt auch ein spezielles Vorurteil zusammen, das sich neben den übergreifenden Wurzeln eines Vorurteils gegen Soziologie in einem speziellen gegen Soziologen ausdrückt. Architekten und Planer haben Gestaltungsabsichten. Das Erarbeiten eines auch formal befriedigenden Grundrisses gehört ebenso dazu wie die Orientierung an modernen Stadtplanungskonzepten. Solches Interesse ist für die Berufe der Planer und Architekten ebenso konstitutiv wie für das kreative Selbstverständnis der Architekten und Planer. Soziologen haben ein aus der Kenntnis des Aufbaues der Gesellschaft und der sozialen Lage einzelner Bevölkerungsgruppen entstandenes Interesse, nicht nur vordergründig zu einer Verbesserung der Planungspraxis im Sinne der Erledigung rechtlicher Vorschriften (z. B. Sozialplanung) beizutragen, sondern auch einen Beitrag zu leisten zur Verbesserung individueller und kollektiver Lebensumstände. Soziologische Erhebungen und Untersuchungen fragen deshalb oft über die Feststellung sozialer Tatbestände im Rahmen einer Planung hinaus auch danach, ob die Planung sozial verantwortet werden kann. Die grundlegende Ausrichtung der Soziologie auf Aufklärung läßt sich ebensowenig unterbinden wie die Orientierung des Soziologen an Menschen und ihren Schicksalen. Dies gilt für beide Seiten. Stadt-Soziologie sollte auch in ihrer Außendarstellung diesen Aspekt nicht verleugnen, Planungs-Praxis davon Abstand nehmen, ihn auszugrenzen, oder ihn bis zur Wirkungslosigkeit zu unterdrücken. Damit ist niemandem gedient, am wenigsten den von Stadt-Soziologie und Planungspraxis Betroffenen.

Hermann Korte

Hartmut Arras

Betriebliche Standortentscheidungen im Rahmen urbanen Wandels

Das Thema *) spricht drei Bereiche an: 1. die betrieblichen Standortentscheidungen, 2. die Rahmenbedingungen künftiger Entwicklung und 3. den urbanen Wandel. Auf diese Bereiche wird in umgekehrter Reihenfolge eingegangen, mit dem urbanen Wandel also begonnen.

Vorher aber eine Anmerkung. Die folgenden Überlegungen drehen sich nicht speziell um die alten Städte und deren Probleme mit Handel und Handwerk. Mein Ziel ist vielmehr, herauszuarbeiten, daß die Veränderungen, die in den alten Städten beobachtet werden, Teile von übergeordneten Entwicklungsprozessen sind, die unabhängig von Entwicklungsplanungen ablaufen. Ich beziehe mich im wesentlichen auf die Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Die Veränderungen in anderen Ländern, wie hier in Österreich oder in der Schweiz kenne ich nicht, vermute jedoch, daß die Entwicklungsströme dort grundsätzlich nicht sehr viel anders verlaufen.

Nun also zum urbanen Wandel. Darunter sind Wandlungsprozesse der Städte zu verstehen, die sich an gravierenden strukturellen Veränderungen ablesen lassen und sowohl die Stadt selbst wie auch ihr Verhältnis zum regionalen Raum umfassen. Die Dynamik dieser Wandlungsprozesse wird besonders im Zeitraffer deutlich. Ende des 18. Jahrhunderts haben die großen Städte wie Dortmund und Frankfurt rund 10–40 000 Einwohner in ihren Mauern. Nur ein Jahrhundert später wohnen in den gleichen Städten über 400 000 Menschen, in den heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland verdreifacht sich fast die Bevölkerung. Heute, bis Ende des 20. Jahrhunderts, ist die Bevölkerung der Bundesrepublik nochmals um rd. 60% angestiegen, und die großen Stadtregionen, innerhalb derer diese Städte nun die Funktion von Oberzentren übernommen haben, beherbergen eine Bevölkerung von weit über einer Million, also eine andert-halb-fache Zunahme.

Der Zeitraum dieser beiden Jahrhunderte läßt zwei Phasen der urbanen Entwicklung erkennen. Wir würden sie am kürzesten so charakterisieren: Die Phase 1 des 19. Jahrhunderts ist durch die aufkommende Industrialisierung gekennzeichnet, durch eine fast explosionsartige Zunahme von Arbeitsplätzen und begünstigten Standorten. Diese Phase ließe sich unter der Überschrift »Technisierung der manuellen Produktion« verstehen. Sie

*) Erweitertes und mit einem Anmerkungsapparat versehenes Referat, das der Vf. auf der VII. Internationalen Städtetagung »Die alte Stadt morgen« in Salzburg am 28. Juni 1980 gehalten hat.

ist mit einem enormen städtischen Wachstumsschub verbunden. Es ist die Phase der Urbanisierung, des Dichtewachstums.

Die darauf folgende Phase 2 im 20. Jahrhundert zeigt – wenn auch mit zunehmender Abschwächung – ein weiteres urbanes Wachstum. Sie ist im gewerblichen Bereich durch Rationalisierung und durch hohe Produktivitätsfortschritte gekennzeichnet. Die technische Entwicklung – die zweite industrielle Revolution – erlaubt die Automatisierung der mechanischen Produktion, man denke an das Fließband. Die Stadtentwicklung ist in dieser Phase durch eine Suburbanisierung geprägt, sozusagen durch ein Überschwappen städtischer Nutzungen und Funktionen in die ländliche Umgebung, also ein stadregionales Flächenwachstum.

Will man die Motoren dieser Veränderungen besser verstehen, muß man folgende zwei Fragen beantworten: Ist dieser urbane Wandel, der die beiden Phasen charakterisiert, das Ergebnis einer langfristig gezielten und wirkungsvollen Raumordnungs- und Stadtentwicklungspolitik, also rational herbeigeführt? Oder vollzieht sich dieser urbane Wandel etwa, mit Norbert Elias zu reden, als Ganzes ungeplant, aber dennoch innerhalb einer eigenen Ordnung?¹

Unzweifelhaft sehen wir uns hier den Wirkungen von Einflußfaktoren gegenüber, die mühelos die Ziele städtischer oder großräumlicher Planungen über den Haufen werfen können. Wenn wir die Wirkungen staatlichen und kommunalen Handelns betrachten, sollten wir realistischerweise anerkennen, daß wir nicht gegen die großen Wandlungsprozesse steuern können, ein urbaner Wandel läßt sich qua Planung – zumindest in den marktwirtschaftlich organisierten Ländern – nicht umkehren oder aufhalten. Diese Erkenntnis spricht – um das gleich einzufügen – ganz und gar nicht gegen kommunale Planung. Im Gegenteil, diese hat die schwierige Aufgabe, in einer Stadt sowohl die Funktionsfähigkeit wie auch die Bewohnbarkeit im Wandlungsprozeß qualitativ stets neu zu definieren und herzustellen. Mit dieser Einschätzung wende ich mich aber sehr vehement gegen das Don Quichotte-Syndrom in der Planung. So wie dieser spanische Landjunker durch das Lesen von Ritterromanen verwirrt wurde, so sind es Politiker und Planer von Wachstumsziel oder inzwischen von einem Nicht-Schrumpfen. Der Kampf gegen Windmühlen in den Städten ist der Kampf gegen randwandernde Einwohner und Arbeitsplätze. Man hofft durch Planung dieses Phänomen stoppen oder gar umkehren zu können.

Hinter diesem urbanen Wandel müssen Faktoren stehen, die als treibende Kräfte die Wandlungen stets weitertragen. Stark vereinfachend kann man mit folgenden Faktoren die Wandlungsprozesse erklären:

1. WOHLSTAND: Wieviel Wohnen erlaubt das Einkommen?
2. DEMOGRAPHIE: Wie groß sind die Haushalte, wächst oder schrumpft die Bevölkerung?

¹ N. Elias, Über den Prozeß einer Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2 Bde. Frankfurt, 1976, Bd. 2, S. 313.

3. MOBILITÄT: Wie hoch ist die Motorisierung, was kostet das Pendeln?
4. TECHNOLOGIE: Wie stark müssen Arbeitsplätze konzentriert sein, welche Struktur haben sie?

In der Phase, in der die Urbanisierung die städtische Veränderung bestimmte, hatten diese Faktoren folgende Ausprägung:

1. Der WOHLSTAND war gering, man konnte sich nur wenig Wohnen leisten.
2. Die HAUSHALTE waren groß, die Bevölkerung wuchs in starkem Umfang.
3. Die MOBILITÄT war gering, es gab noch keine entsprechende Technologie, man mußte dicht beim Arbeitsplatz wohnen.
4. Die frühindustrielle TECHNOLOGIE zwang zunehmend die Arbeitsplätze räumlich zu konzentrieren.

Die Folge war, daß das stürmische städtische Wachstum des 19. Jahrhunderts nur durch immer höhere Wohn- und Arbeitsplatzdichten aufgefangen werden konnte. Also: nicht Planung, sondern die Veränderung und gegenseitige Beeinflussung dieser Faktoren hatte diese Entwicklung zum Resultat.

Wie sind die gleichen Faktoren nun in der nächsten Phase, der Suburbanisierung ausgeprägt? Es müssen deutlich sichtbare Veränderungen eingetreten sein:

1. Der allgemeine WOHLSTAND nimmt – ganz besonders in den letzten 30 Jahren – in bisher unbekanntem Maße zu. Die Wohnfläche pro Person kann in dieser Zeit von 15 qm auf 30 qm verdoppelt werden.
2. Das BEVÖLKERUNGSWACHSTUM flacht allmählich ab, die Haushalte werden kleiner.
3. Die MOBILITÄT wird durch den Einsatz entsprechender Technologien wie Eisenbahn und Straßenbahn zunehmend erleichtert. Eine »flächendeckende« Mobilität erlaubt das Auto. 1952 gab es auf 1000 E. 19 PKW's 1979 sind es 367.² Zwischen 1960 und 1972 stieg die Verkehrsleistung jährlich um mehr als 7%³ und das bei ständig sinkenden Mobilitätskosten.⁴
4. Stand und Entwicklung der TECHNOLOGIE in dieser Phase haben weiterhin auf die Arbeitsplatzstandorte räumlich konzentrierend gewirkt.

Hoher Wohlstand und sinkende Mobilitätskosten haben bis jetzt eine immer größere Entfernung zwischen Arbeits- und Wohnplatz erlaubt. Die räumlichen Wucherungen der Stadtregionen sind darauf zurückzuführen. Die Stadt strömt in dieser Phase in die Fläche, Einwohner und Arbeitsplätze suchen geringere Dichten, sie wandern gezwungenermaßen ins Umland ab. Ein Prozeß, von dem Städte aller Größen betroffen sind.

Es zeigt sich auch hier sehr deutlich: Die Entwicklung dieser Faktoren unterliegen autonomen Trends mit hoher Durchsetzungskraft. Nochmals: Ihre Dynamik ist durch Planung kaum oder nur sehr geringfügig zu beeinflussen. Das Thema hat die »alte Stadt

² P. Berwert, P. Oswald, Überprüfung von Nationalstraßenstrecken: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Prognos. Basel 1980.

³ DIW, Integrierte Langfristprognose für die Verkehrsnachfrage im Güter- und Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 1990. Bd. II: Analyse und Prognose des Verkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 1990. Berlin, 1977, S. 288.

⁴ H. E. Arras, Wohnungspolitik und Stadtentwicklung (= Städtebauliche Forschung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Nr. 03 084), Bonn, 1980, S. 39.

morgen« im Visier. Daher kann man nicht bei der Suburbanisierung stehen bleiben, sondern sollte einen Blick auf die denkbare weitere Veränderung der Faktoren werfen:

1. Der WOHLSTAND wird nach heutigen Einschätzungen nicht mehr die hohen Wachstumsraten der Vergangenheit haben, deutliche Abflachungen sind zu vermuten. Aber er wird in absehbarer Zukunft nicht sinken. Mit anderen Worten, der Wohnungsflächen- und Bodenkonsum wird ungebrochen weitergehen.
2. Die DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG läßt mit hoher Sicherheit eine weiter schrumpfende Bevölkerung erwarten. Die Haushaltsgrößen gehen zurück, dies kompensiert erst einmal den Einwohnerrückgang.
3. Die MOBILITÄT wird nach Berechnungen, die wir bei der Prognos AG. in Basel vor wenigen Wochen angestellt haben, zwar teurer werden, aber voraussichtlich nur so wenig, gemessen am verfügbaren Einkommen, daß keine gravierenden, tendenzwendenden Verhaltensweisen zu erwarten sind. Bis zur Jahrtausendwende kann man auf eine echte Benzinknappheit ebenfalls nicht setzen – wenn man einmal politische Verknappungen außer acht läßt.
4. Die TECHNOLOGISCHE ENTWICKLUNG dagegen weist momentan auf ganz tiefgreifende Veränderungen administrativer, handwerklicher und industrieller Arbeitsabläufe hin. Mikroprozessoren revolutionieren die Produktion und unser Denken. Sie ermöglichen zusammen mit neuen betrieblichen Organisationsvorstellungen⁵ eine Dekonzentration der Arbeitsplätze.

Halten wir fest: Der Wohlstand steigt weiterhin, wenn auch langsam an. Die Zahl an Einwohnern sinkt, nach 2000 sogar rapide. Die Mobilität wird nicht in sich zusammenbrechen. Die Technologie erlaubt eine räumliche Dekonzentration der Arbeitsplätze, die gesellschaftliche Entwicklung tendiert derzeit dazu, dieses neue Potential der Technologie auszuschöpfen, die Knappheit des Bodens zwingt uns, die Dekonzentration auch zu suchen. Läßt sich daraus eine neue, eine dritte Phase der urbanen Entwicklung ableiten? Vom Durchbruch der Mikroprozessoren – der technisierten Intelligenz in der Arbeitswelt – erwarten viele Seiten, daß eine Veränderung ausgelöst wird, die vergleichbar tiefgreifend ist wie beim Übergang vom Handwerk zur Industrie.

Schauen wir in andere Länder wie beispielsweise USA, England, Dänemark, so lassen sich dort solche Tendenzen eines neuerlichen urbanen Wandels erkennen.⁶ Es sind im wesentlichen überall die gleichen Phänomene, für die ein neuer Begriff gefunden wurde, die Disurbanisierung. Unter diesem Begriff ist folgendes zu verstehen. Das Wachstum verlagert sich von den großen vor allem in die mittleren und kleinen Städte. Das heißt nicht, daß die großen Städte veröden werden. Heute im Zeichen allgemeiner Einwohner- und Arbeitsplatzschrumpfung muß diese Definition so übersetzt werden: die Schrumpfungsraten der großen Städte werden größer sein als die der kleinen. Dieser Prozeß greift

⁵ Ch. Lauterburg, Vor dem Ende der Hierarchie. Modelle einer besseren Arbeitswelt. Düsseldorf 1978.

⁶ B. J. L. Berry, The Counter Urbanization Process. Urban America since 1970, Urban Affairs Annual Reviews 11 (1976), S. 20–30.

R. Drewett, L. Klaassen, Urban Development Trends. OECD Discussion Paper, 1978, unveröff.

R. A. Erickson, Nonmetropolitan Industrial Expansion. Emerging implications for Regional Development, Review of Regional Studies, Blacksburg/Va 6 (1976), S. 35–48.

tief in die bisherige Vorstellung zur Raumordnung ein, was ich aber hier nicht weiter vertiefen möchte. Nur soviel: die Mittel- und Kleinstädte können nach unserer Einschätzung mit weniger Schrumpfungängsten auf die kommende Entwicklung schauen. Bei ihnen wird die Schrumpfung weniger durchschlagen als bei den momentanen Ballungszentren. Der ländliche Raum wird bei einer zurückgehenden Einwohnerzahl in der Bundesrepublik Deutschland nicht ausbluten. Das, was in der Raumordnungsdiskussion als Kontrast zur bisherigen Entwicklung eingeschätzt wurde, nämlich eine Dekonzentration bis hin zur Dezentralisation, entpuppt sich bei näherem Hinschauen als Trend und eine weiterführende Ballung als der eigentliche Kontrast.

Soweit also zu den beiden ersten Punkten. Nun zum dritten, den betrieblichen Standortunterscheidungen. Dieser Komplex ist empirisch im wesentlichen noch unerforscht. Die Robert-Bosch-Stiftung in Stuttgart läßt dazu im Rahmen ihres Stadtforschungsprogramms gerade eine langfristig angelegte Untersuchung zur Frage des Standortverhaltens von Unternehmen durchführen. Wenn diese abgeschlossen ist, und das wird noch einige Zeit dauern, wird man hoffentlich mehr über die Hintergründe von Standortentscheidungen wissen. Heute muß man sich noch auf die Darstellung und Interpretation von statistischen Daten beschränken. Wie stellt sich die heutige Situation dar? Es sieht so aus, als steht die Randwanderung der Arbeitsplätze im Rang der öffentlichen Diskussion noch weit hinter der Randwanderung der Einwohner, ihre kurz- und mittelfristige Bedeutung für die Stadtentwicklung wird unterschätzt.

Die Abwanderung von Arbeitsplätzen läuft nicht strukturell ausgeglichen. Es ist zu beobachten, daß die gewerblichen Arbeitsplätze bisher die Randwanderung dominieren. Dazu ein paar Daten zu anderen Ländern und zur Bundesrepublik: Hamburg hat von 1961–70 anteilmäßig mehr Arbeitsplätze verloren – es waren 3,5% – als Einwohner, von ihnen »nur« 2,1%.⁷ Ähnliches gilt für Chicago, von 1960–70 gingen 12% Arbeitsplätze, aber nur 5% Einwohner verloren, das Umland gewann 71% Arbeitsplätze, hatte jedoch nur 35% Bevölkerungszuwachs.⁸ In den USA haben schon 1947–1967 die Randzonen der Kernstädte erhebliche Steigerungen der gewerblichen Arbeitsplätze verzeichnen können.⁹ London verlor zwischen 1966 und 1974 jährlich allein 4% industrieller Arbeitsplätze, es waren knapp 400 000.¹⁰ Stuttgart verlor durch Betriebsverlagerungen zwischen 1970 und 1977 knapp 11 000 Arbeitsplätze.¹¹ Eine Untersuchung der Hamburger Handwerkskam-

⁷ J. Müller, Mobilität der Bevölkerung und Stadtteilstrukturen in Hamburg, in: Hamburg in Zahlen. Hamburg 1976, S. 3–23, hier S. 4.

⁸ B. J. L. Berry, Chicago-Transformation of an Urban System. Cambridge/Mass., USA, 1976, S. 31.

⁹ J. D. Kasandra, The Changing Occupational Structure of the American Metropolis: Apropos the Urban Problem, in: Schwartz, B. (Hrsg.), The Changing Face of the Suburbs. Chicago / London 1976.

¹⁰ J. R. McNeill, Urban Environment and Economic Development. OECD Discussion Paper, 1978 (Unveröff.).

¹¹ Unterlagen der Stadtverwaltung, Stuttgart 1978.

mer¹² weist darauf hin, daß der Exodus von Handwerksbetrieben unvermindert anhält: 53 Betriebe mit 400 Arbeitsplätzen sind allein 1978 abgewandert, nur 10 Handwerksbetriebe mit 100 Arbeitsplätzen sind im gleichen Jahr zugewandert. Die Handwerkskammer stellt fest, die abwandernden Betriebe seien häufig auch expandierende Handwerksunternehmen. Die Zahl der Beschäftigten stieg bei ihnen in kurzer Zeit um fast 40%. Die zugewanderten Betriebe haben dagegen die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem alten Standort sogar um 13% verringert.

Und was sind die Gründe für die Abwanderung? Vorwiegend wird das unzureichende Flächenangebot in der Kernstadt angegeben, aber auch ein Wandern hinter dem Absatzmarkt her, der kaufkräftigen Bevölkerung nach. Interessant ist auch, daß jeder fünfte Betriebsinhaber schon vorher seinen Wohnsitz am neuen Standort hatte, und es sind vor allem junge Unternehmer, die die Initiative zur Standortverlagerung ergreifen. Diese Hamburger Situation ist sicher nicht repräsentativ, aber sie spiegelt wichtige Symptome wider.

Eine Ifo-Umfrage in Industrieunternehmen¹³ kommt zum Ergebnis, daß knapp 10% der Betriebe an ihrem Standort unzufrieden sind. Diese Unzufriedenheit nimmt mit der Ortsgröße zu. Fast 30% der Betriebe in Städten mit über 100 000 Einwohnern beklagen unzureichende räumliche Expansionsmöglichkeiten. Während zwischen 1974 und 1978 für die Suche nach anderen Standorten sowohl Arbeitskraftreserven als auch Schwierigkeiten mit der Kapazitätsausweitung von 50% der Betriebe angegeben wurden, wird gerade der räumliche Grund für die Planungsperiode 1978–81 nun von fast 60% der Betriebe als wichtigstes Verlagerungsmotiv angesehen.

Von Frankfurt liegen detaillierte und aktuelle Daten vor.¹⁴ Zwischen 1970 und 1977/78, also der offiziellen Arbeitsstättenzählung und einer eigenen Erhebung, ist die Stadt Frankfurt um rd. 40 000 Arbeitsplätze (–7%) geschrumpft, das Umland gewann 22 000 (+9%). Im produzierenden Gewerbe verloren beide, aber Frankfurt 48 000 (–23%), das Umland nur 20 000 (–13%). Bei den privaten Dienstleistungen hatte Frankfurt 1977/78 über 3000 weniger, das Umland legte aber fast 33 000 (+40%), das ist 11mal soviel, zu. Geht man etwas tiefer in die Gliederung hinein, verfestigt sich das Bild. Dazu einige Beispiele: Holzverarbeitung: Frankfurt 1200 weniger, Umland nur 700 weniger; Druckerei und Vervielfältigung: Frankfurt 4100 weniger, Umland nur 1200 weniger; Baugewerbe: Frankfurt 13 000 weniger, Umland nur 2000 weniger; Handel: Frankfurt 13 000

weniger, Umland 12 000 mehr; Kreditinstitute, Versicherungen, wenn man die vielen neuen Hochhäuser in Frankfurt sieht, kann man das kaum glauben: Frankfurt nur +2000, das Umland aber +6000. Ein letztes Beispiel: Freie Berufe: Frankfurt +1200, Umland +7000.

Das dürfte ausreichen, um zu zeigen, was bei den Standortentscheidungen der Unternehmen zu beobachten ist. Sie werden zunehmend zugunsten der stadtreionalen Räume gefällt. Darin liegt etwas Positives: diese Bewegung erhöht die Funktionsmischung im Umland. Zwei wichtige Beweggründe dürften die Randwanderung der Arbeitsplätze entscheidend mitprägen: 1. Unternehmen können an ihrem Standort nicht in einem befriedigenden Umfang expandieren. Sie müssen sich einen neuen Standort suchen. 2. Manche Unternehmen wollen und müssen sich einen neuen Standort suchen, weil mit abnehmender Bevölkerung auch ihre Klienten weniger werden. Es sind dies die Unternehmen mit bevölkerungsorientierten Arbeitsplätzen.

Von dem letzten Gedanken ausgehend wurden im Rahmen einer Untersuchung der Prognos AG. über das Thema Wohnungspolitik und Stadtentwicklung für das deutsche Bundesbauministerium¹⁵ alle Arbeitsplätze nach Standortorientierung und Bevölkerungsorientierung gegliedert. Wir wollten sehen, ob zwischen der Randwanderung der Einwohner und der von Arbeitsplätzen ein statistischer Zusammenhang besteht. Die Aufteilung zeigt erst einmal folgendes: 1. Der bevölkerungsorientierte Anteil der Arbeitsplätze des produzierenden Gewerbes ist seit 1950 leicht gesunken, von 23% auf derzeit rd. 17%. Diesen Anteil sehen wir in den nächsten 20 Jahren als relativ stabil an. 2. Bei den Dienstleistungen stieg der Anteil dieser Arbeitsplätze von rd. 17% auf heute etwa 34%. Bis 2000 wird der Anteil etwa 38% erreichen.

Strukturelle Veränderungen in Richtung eines kontinuierlichen Anwachsens der Anteile bevölkerungsorientierter Arbeitsplätze werden also deutlich. An zwei Stadtregionen, Nürnberg und Dortmund, haben wir in einem nächsten Schritt die Verteilung dieser Arbeitsplätze zwischen 1950 und 1976 untersucht. Es zeigen sich zum einen Unterschiede, die auf die unterschiedlichen Strukturen dieser beiden Stadtregionen zurückzuführen sind – auf sie werde ich nicht weiter eingehen. Zum anderen zeigen sich aber auch erstaunliche Übereinstimmungen in der Entwicklung: Das Verhältnis von Arbeitsplätzen und Bevölkerung in den drei Zonen, in die wir jeweils beide Stadtregionen eingeteilt haben, bleibt zwischen 1950 und 1976 erstaunlich stabil. Die Besatzdichte in den Randzonen verändert sich nur marginal. Lediglich in Dortmund steigt die Besatzdichte im Kernbereich im Gegensatz zur Entwicklung in der Nürnberger Stadtregion stark an. Dieses statistische Analyseergebnis zeigt deutlich, daß mit der Zunahme der Bevölkerung in den mittleren Zonen und in den Randzonen dieser Stadtregionen die Zahl der Arbeitsplätze im gleichen

¹² Handwerkskammer Hamburg: Handwerkhäuser – ein alternatives Konzept. Hamburg, 1978. Unveröff.

¹³ Produktionsstandorte der Industrie im Urteil der Unternehmen. Ergebnisse einer Ifo-Umfrage. ifo-Schnelldienst 19/1979, München.

¹⁴ Frankfurt, Amt für Kommunale Gesamtentwicklungsplanung: Ergebnisse der Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 im Vergleich mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1977/78 im Gebiet des Umland-Verbandes-Frankfurt. Frankfurt/M 1979, Tabellen 1 und 4.

¹⁵ H. E. Arras, Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, Heft 7: Grundscenario: Annahmen und Wirkungen. Forschungsauftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Prognos AG, Basel, 1979, unveröff.

Maß wächst, es läßt sich also theoretisch eine Verbindung zwischen dem Umfang der Randwanderung der Einwohner und dem der Arbeitsplätze knüpfen.

Blickt man nun in die Zukunft und geht von einer Entwicklung der Städte aus, wie ich sie in der Mitte des Referats aufgezeigt habe, ergibt sich folgendes: 1. Große Städte schrumpfen bei zurückgehender Gesamtbevölkerung stärker als Mittel- und Kleinstädte. 2. Innerhalb der Stadtregionen setzt sich die Randwanderung der Einwohner in den nächsten 20 Jahren noch ungebrochen fort. 3. Diese Entwicklung ist durch Planung – egal von welcher Ebene – nicht einzudämmen oder gar umzukehren, sie ist Teil eines autonomen Entwicklungsprozesses. 4. Die Randwanderung der Arbeitsplätze wird zum Teil – wie gerade aufgezeigt – in Verbindung mit der Bevölkerung weiterlaufen, zum Teil aber auch unabhängig davon. Die Analyse zeigt für die standortorientierten Arbeitsplätze ebenfalls stabile Werte. 5. Zieht man die Unterversorgung der Randzone in den Stadtregionen in Betracht, ist zukünftig eher noch eine Beschleunigung der Randwanderung bevölkerungsorientierter Arbeitsplätze zu erwarten, dies wird besonders noch durch die allgemeine Schrumpfung plausibel. 6. Stadtkerne werden also weiterhin Arbeitsplätze und Einwohner abgeben.

Schlägt man jetzt den Bogen zum engeren Thema, der Wirkung von Sanierungsmaßnahmen in alten Städten, so ist vielleicht deutlich geworden, daß die im Zusammenhang mit Sanierungen ablaufenden Veränderungen nicht nur eine Wechselwirkung zwischen Stadtteil und Sanierungsmaßnahme darstellen, sondern gleichzeitig Teil eines übergeordneten Prozesses sind. Bezogen auf konkrete Fälle in einzelnen Sanierungsgebieten wird es kaum möglich sein, hier eine saubere Trennung der Wirkungen vorzunehmen. Planer und Politiker sollten aber in der Einschätzung der Wirkungen ihres Handelns einkalkulieren, daß die autonomen Faktoren stets mitspielen. Schenken wir dem Sancho Pansa in uns – er ist die treue und schlaue Kontrastfigur zum Don Quichotte – etwas mehr Glauben. Nichts ist anstrengender als 1. gegen das Falsche zu kämpfen und 2. dann auch noch ohne die Chancen eines Erfolges. Gerade Handwerk und Handel sind sehr bevölkerungsorientierte Arbeitsplätze. Sie werden mit weiterschreitender Suburbanisierung bei einer gleichzeitig sich ankündigenden Tendenz zur Disurbanisierung mengenmäßig in den Zentren abnehmen. Dennoch, Stadtkerne werden ihre relative zentralörtliche Bedeutung nicht verlieren. Es wäre aber ein falsches planerisches und stadtentwicklungspolitisches Ziel, wollte man versuchen, die derzeitigen Strukturen und Mengen der Arbeitsplätze von Handel und Handwerk zu erhalten. Daß Überlegungen, Konzepte und Maßnahmen, bestimmte Bereiche für Handel und Handwerk attraktiv zu halten, richtig sind, darüber besteht kein Zweifel. Denn Betriebe, die sich an ihrem Standort unwohl fühlen, mit denen eine Stadt nicht im Gespräch ist, deren Probleme keine Berücksichtigung finden, wandern über den autonomen Prozeß hinaus ab. Und dies schadet unnötig der eigenen Entwicklungschance.

Zusammenfassende Thesen:

1. Es gibt Anzeichen, daß die heutige Urbanisierung von einer Disurbanisierung abgelöst wird.
2. Große Städte schrumpfen bei zurückgehender Gesamtbevölkerung stärker als Mittel- und Kleinstädte.
3. Innerhalb der Stadtregionen setzt sich die Randwanderung der Einwohner in den nächsten 20 Jahren noch ungebrochen fort.
4. Diese Entwicklung ist durch Planung – egal von welcher Ebene – nicht einzudämmen oder gar umzukehren, sie ist Teil eines autonomen Entwicklungsprozesses.
5. Die Randwanderung der Arbeitsplätze wird zum Teil in Verbindung mit der Bevölkerung weiterlaufen, zum Teil aber auch unabhängig davon.
6. Zieht man die derzeitige Unterversorgung der Randzone in den Stadtregionen in Betracht, ist zukünftig eher noch eine Beschleunigung der Randwanderung bevölkerungsorientierter Arbeitsplätze zu erwarten.
7. Stadtkerne werden weiterhin Arbeitsplätze und Einwohner abgeben.

Daß die Gebäude der Menschen wegen errichtet worden sind, liegt auf der Hand. Denn zuerst begannen die Menschen, falls ich es richtig auslege, Bauwerke herzustellen, um sich und das Ihre vor dem schlechten Wetter zu schützen. Als sie dies erreicht hatten, wollten sie sich aber nicht mehr mit dem begnügen, was nur für ihres Leibes Notdurft nötig war, sondern sie wollten auch das nirgends außer acht gelassen haben, was ihnen etwa eine größere Bequemlichkeit bieten konnte. Hierdurch gelangten sie, derart durch die Gunst der Verhältnisse ermuntert und angeeifert, so weit, daß sie auch darauf sann, was ihren Hang zum Vergnügen erfüllen könnte und machten hierin von Tag zu Tag neue Fortschritte, so daß, wenn einer behaupten wollte, manche Gebäude seien bloß für die Notdurft des Lebens, andere aus Zweckmäßigkeit, andere wieder für das zeitweilige Vergnügen bestimmt, er vielleicht eine ganz passende Bemerkung gemacht hätte. Doch wenn wir die große Menge und Verschiedenheit der Gebäude überblicken, so erkennen wir leicht, daß diese alle nicht nur des Zweckes wegen und auch nicht dieser oder jener Verwendung wegen gebaut worden sind, sondern daß hauptsächlich die Verschiedenheit der Menschen der Grund ist, daß wir verschiedenerlei und vielerlei Bauwerke haben.

Aus: Leon Battista Alberti, Zehn Bücher über die Baukunst. Übers. v. M. Theuer. Wien/Leipzig 1912, S. 175

Dietrich Garbrecht

Stadtzentrum und Umland als Spannungspole der Wohnstandortwahl

Ein Vorschlag zur Ergänzung des sozialbiologischen Ansatzes

- I Annahmen der Sozialökologie und der Gravitationsmodelle
- II Zur Weiterentwicklung des sozialökologischen Ansatzes
- III Stadtzentrum und Umlandring als Spannungspole

I Annahmen der Sozialökologie und der Gravitationsmodelle

Bei dem Versuch, Prozesse räumlicher Stadtentwicklung zu erklären, spielt das Stadtzentrum traditionell eine wichtige Rolle. Die grundlegende Annahme ist, daß alle Nachfragen nach Boden oder gemietetem Raum danach streben, möglichst im Schwerpunkt einer Siedlungseinheit oder, sofern das nicht möglich ist, in möglichst großer Nähe zu ihm einen Standort zu finden. Ursache dieser Orientierung am Zentrum sei, daß in bezug auf die in der Innenstadt lokalisierten Flächennutzungen und Einrichtungen eine optimale Zugänglichkeit angestrebt werde. Weiterhin seien Bodenpreise und erzielbare Renditen ein entscheidender Faktor; daß beide im Zentrum und in Zentrumsnähe besonders hoch sind, hänge damit zusammen, daß praktisch alle Standortsuchenden möglichst im oder nahe am Zentrum ihren Standort wählen möchten.

Beispiele für solche Denkansätze sind die theoretischen Konzepte und die empirischen Arbeiten der Sozialökologie (zu denen die Theorien der konzentrischen Zonen, der Sektoren und der mehrfachen Zentren gehören) sowie die sogenannten Gravitationsmodelle. Um sozial- und stadträumliche Entwicklungen zu beschreiben (und zum Teil auch, um sie zu erklären), hat die Sozialökologie Konzepte erarbeitet wie Invasion, Sukzession, Spezialisierung, Segregation, Dominanz. Für die Gravitationsmodelle wurde auf das Newton'sche Konzept der Massenanziehung zurückgegriffen: das Stadtzentrum übt aufgrund seiner »Masse« an Menschen auf Standortnachfrager Anziehungskraft aus.¹

Das Erkenntnisinteresse sozialökologischer Forschung, hier beispielhaft erläutert an einer Arbeit von Hamm,² besteht darin, die Gesetzmäßigkeiten zu ermitteln, die Prozessen sozial- und stadträumlicher Entwicklung zugrundeliegen, und diese Gesetzmäßigkeiten für

die Stadtentwicklungsplanung nutzbar zu machen. Hamm schreibt, von der amerikanischen Sozialökologie sei »ein gewichtiger Beitrag zu einer Theorie der Stadtentwicklung zu erwarten.« Die Überlegungen zur Ableitung von Stadtentwicklungsindikatoren hätten die Vermutung bestätigt, »daß sozialökologische Theoreme unmittelbar für die Planungspraxis umgesetzt und verwendet werden können.«³

Wie erwähnt, geht der sozialökologische Ansatz davon aus, daß das Stadtzentrum mit seinen tatsächlichen oder mutmaßlichen Standortvorteilen der alleinige Orientierungspunkt sei. Die möglichst große Nähe zu ihm, die Bodenpreise sowie die Mieten seien die ausschlaggebenden Kriterien bei Standortentscheidungen, und zwar für alle Nachfrager.⁴ Entsprechend wird z. B. der Suburbanisierungsprozeß erklärt. Er »hat seinen Ursprung in erster Linie in der Verdrängung von Wohnraum in der Kernstadt, stellt also objektiv eine Zwangssituation dar, der viele Familien gar nicht ausweichen können. Die kognitive Dissonanz wird dann reduziert, indem man die Vorteile des Wohnens »im Grünen« besonders herausstreicht.«⁵

Andere Autoren vertreten eine differenziertere Position, indem sie, zumindest implizit, für die Wohnnutzung weitere Entscheidungskriterien einführen. So sieht Friedrichs die wichtigsten Erklärungen für die Suburbanisierung der Bevölkerung in einem steigenden Flächenanspruch, der auf Veränderungen im sozialen Status und/oder der Stellung im Lebenszyklus zurückzuführen sei. Dieser Anspruch könne in der Kernstadt häufig nicht befriedigt werden, weil die geforderten Mieten über denen lägen, die die Haushalte zu zahlen bereit bzw. in der Lage seien. Eine weitere Erklärung sei darin zu sehen, daß aufgrund niedrigerer Bodenpreise eher außerhalb der Kernstadt die Möglichkeit bestehe, ein Einfamilienhaus zu erwerben oder zu bauen. Hiermit seien zugleich auch die Vorteile: mehr Spielmöglichkeiten für Kinder, Wohnen »im Grünen« und geringe Entfernung zu Naherholungsgebieten verbunden. Zwei weitere Erklärungen seien: die Kündigung der bisherigen Wohnung (Sanierung, Mieterhöhung) sowie Verkehrslärm und Emissionen in den citynahen Wohngebieten. Friedrichs schließt diese Überlegungen mit der Feststellung ab: »Eine Gewichtung der einzelnen Bedingungen der Randwanderung ist bislang nicht hinreichend möglich.«⁶

Dabei erscheint mir im vorliegenden Zusammenhang nicht so wesentlich, daß eine empirisch fundierte Gewichtung der einzelnen Entscheidungsfaktoren oder Standortpräferenzen wie z. B. Spielmöglichkeiten für Kinder oder Nähe zu Erholungsgebieten zur Zeit nicht möglich ist; wichtiger ist mir, daß für derartige Entscheidungsfaktoren in der sozialökologischen Theorie, so wie sie heute vorliegt, gar kein Platz ist.

¹ Gerald A. P. Carrothers, A Historical Review of the Gravity and Potential Concepts of Human Interaction, in: J. of the American Institute of Planners (JAIP), Spring 1956, S. 94–102.

² Bernd Hamm, Die Organisation der städtischen Umwelt, Frauenfeld und Stuttgart 1977.

³ Hamm, ebda., S. 16, 225.

⁴ Hamm, ebda., S. 128f.

⁵ Hamm, ebda., S. 62.

⁶ Jürgen Friedrichs, Stadtanalyse, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 172.

II Zur Weiterentwicklung des sozialökologischen Ansatzes

Der sozialökologische Ansatz müßte in verschiedener Hinsicht modifiziert und weiterentwickelt werden. Die derzeitige Formulierung überbewertet die Rolle der Erreichbarkeit des Stadtzentrums. Ubiquität des Straßennetzes (das heißt die flächendeckende Erschließung durch Straßen), weitverbreiteter Pkw-Besitz, von Pkw-Benutzern als gering empfundene finanzielle Transportkosten, »Verstopfung« der Innenstädte und schließlich Kommunikationstechnologie (wie Telefon, Radio und Fernsehen) lassen fraglich erscheinen, ob die Stadtmitte tatsächlich generell für alle Benutzer (noch) der Ort der weitaus besten Erreichbarkeit ist, und ob auch private Haushalte als Standortnachfrager ihr das Gewicht beimessen, von dem der sozialökologische Ansatz ausgeht. Fraglich ist auch, ob man Erreichbarkeit nicht nach Fortbewegungsart oder Verkehrsmittel differenzieren muß, und ob man bei Erreichbarkeit nicht unterscheiden muß zwischen Erreichenkönnen und Erreichtwerdenkönnen. Für den einen Standortnachfrager wird es wichtig sein, einen Standort zu wählen, der für möglichst viele andere Personen möglichst leicht erreichbar ist, während bei einem anderen Nachfrager die Überlegung im Vordergrund stehen wird, daß er von seinem Standort aus möglichst viele andere Punkte möglichst schnell erreichen kann. Es scheint mir nicht eindeutig, daß beide Kriterien in Verbindung mit anderen Präferenzen ohne weiteres zu denselben Standortentscheidungen führen, daß sie also mit einem Konzept Erreichbarkeit zusammengefaßt werden können. Schließlich: selbst wenn die Anfänge der Sozialökologie vor dem wissenschaftshistorischen Hintergrund der Entwicklung der modernen Biologie gesehen werden müssen,⁷ kann man sich doch fragen, ob die Rolle, die Stadtmitte und Erreichbarkeit in der Sozialökologie auch heute noch spielen, nicht vom Newton'schen Konzept der Massenanziehung beeinflusst ist.

Untersuchungen haben gezeigt, daß ein Konzept möglichst großer Nähe zum Zentrum oder möglichst guter Erreichbarkeit ergänzt werden muß durch das Konzept einer erwünschten Mindestentfernung.⁸ Eine von Prognos in Hamburg durchgeführte Studie hat ergeben, daß in der Bevölkerung nur hinsichtlich der kleineren und größeren Fabriken eine eindeutige Mehrheit für eine vollkommene Trennung vom Wohngebiet besteht. »Knapp die Hälfte spricht sich dafür aus, Sportplätze und Freibäder von den Wohngebieten völlig getrennt zu halten. Hallenbäder, Tankstellen, Handwerksbetriebe und Büros hält noch rund ein Drittel für störend. Eine eindeutige Mehrheit für eine vollkommene Integration ergibt sich nur hinsichtlich des »kleineren Geschäfts« und des Friseurs.« Insgesamt erhalte man den Eindruck, »daß bei der Einstellung zur Nutzungsmischung das Kriterium der bequemen Erreichbarkeit eine geringere Rolle gespielt hat als der Gesichtspunkt der Größe

⁷ Hamm (s. A 2), S. 24.

⁸ William Michelson, An Empirical Analysis of Urban Environmental Preferences, in: J. of the American Institute of Planners (JAIP) 32 (1966), S. 355–360. Abgedruckt in: Internal Structure of the City, hrsg. von Larry S. Bourne, New York und London 1976, S. 502–510, insbes. S. 508.

und der Störungen, die von einer Nutzung oder Einrichtung ausgehen.«⁹ Friedrichs formuliert in diesem Zusammenhang eine interessante, aber, wie er schreibt, »vorläufig völlig unbelegbare« Hypothese: »In dem Maße, in dem die Arbeit als Job interpretiert wird, den man weniger um seiner Inhalte als um des notwendigen Einkommens willen ausübt, um hiermit andere Aktivitäten finanzieren zu können, dürfte die Trennung von Wohnstätte und Arbeitsstätte steigen. Je unangenehmer die Arbeit und je größer die räumliche Beweglichkeit, desto größer die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsstätte.«¹⁰

Sowohl die Ergebnisse der Untersuchung von Prognos als auch die Hypothese von Friedrichs bedeuten wohnhomogene Viertel.¹¹ Unklar bleibt aber, wie die Befunde zu Mindestentfernungen darüber hinaus zu deuten sind. Wenn das Nichtgestörtwerden entscheidend ist, und wenn die sich dadurch ergebenden, eher geringen Mindestentfernungen das Ziel sind, so entsprechen auch wohnhomogene Stadtteile diesen Präferenzen, die in der Innenstadt liegen. Sind hingegen die von Friedrichs angedeuteten psychologischen Faktoren wesentlich, so bedeuten die festgestellten Präferenzen nicht nur die Bevorzugung weitgehend wohnhomogener Viertel, sondern außerdem möglichst große Distanzen zu den Standorten, an denen Arbeitsstätten massiert sind, also unter anderem dem Stadtzentrum.

Die Annahme der Sozialökologie, daß sich alle Standortnachfrager im Hinblick auf die Entscheidungsfaktoren Erreichbarkeit, Bodenpreis, erwartete Rendite und Miete ähnlich verhalten, erscheint wenig plausibel. Warum für produzierendes Gewerbe sowie Dienstleistungen einerseits und Wohnen andererseits gleichartige Präferenzstrukturen postuliert werden, ist nicht einsichtig. Bezweifeln kann man auch, ob das Wohnen »im Grünen« für alle Bevölkerungsgruppen in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß Standorte in der Innenstadt oder ihrer Nähe – von denen behauptet wird, daß sie an sich angestrebt würden – aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Frage kommen. Nicht nur die fehlende Differenzierung der Standortnachfrager nach Nutzungen halte ich für problematisch, sondern auch Vereinfachungen oder Ungenauigkeiten im Hinblick auf die Nachfrager der Nutzung Wohnen.

Mag es noch angehen, Eigentümer oder Eigentumssuchende und Mieter nicht zu unterscheiden, so dürfte es kaum vertretbar, weil zu folgenreich sein, von der Nachfrage mit dem Ziel der Eigennutzung nicht die Nachfrage mit dem Ziel der Fremdnutzung zu trennen. Die Annahme, daß sich bei der Standortwahl ein Wohnungsbauunternehmen ähnlich verhält wie eine Familie, die ein Einfamilienhaus bauen oder eine Wohnung mieten

⁹ Prognos, Qualitativer und quantitativer Wohnungsbedarf und Wanderungen in der Freien und Hansestadt Hamburg, Abschlußbericht, Basel, März 1976, S. 57.

¹⁰ Friedrichs (s. A 6), S. 152. Hervorhebung wie im Original.

¹¹ Unter homogenen Wohnvierteln verstehe ich Viertel, in denen es vorwiegend oder ausschließlich Wohnungen gibt (Homogenität 1), deren Bewohner vorwiegend bestimmten Gruppen angehören (Homogenität 2). Wohnhomogene Stadtteile sind demgegenüber Stadtteile, die im Hinblick auf die Nutzung Wohnen homogen sind (Homogenität 1); hinsichtlich der Bewohner können diese Viertel homogen sein oder auch nicht (Homogenität 2 vorhanden oder nicht vorhanden).

möchte, müßte zumindest nachgewiesen werden. Für das Verhalten oder Handeln beider dürfte nicht so sehr der Umstand bestimmend sein, daß es in beiden Fällen um Wohnnutzung geht, sondern die Tatsache, daß es sich im ersten Fall um einen Produzenten (Anbieter von Wohnraum) handelt, im zweiten um einen Verbraucher (Nachfrager nach Wohnraum). Gemeinsam ist ihnen nur, daß sie beide am Standortmarkt als Nachfrager auftreten (als Käufer oder Mieter), und daß beide Anbietern von Land oder Mietraum gegenüberstehen. Das Unternehmen ist gleichzeitig Anbieter, nämlich von Mietwohnungen, Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäusern. Es hat eine vergleichsweise einfache Zielfunktion: Gewinnmaximierung, während der Verbraucher eine möglichst große Zufriedenheit anstrebt, wobei Zufriedenheit multidimensional bestimmt ist. Was bedeutet: das Unternehmen strebt Zufriedenheit an, indem es tendenziell eher wenige, im Extremfall einen einzigen Parameter maximiert. Der Verbraucher (Familie oder Haushalt) ist bemüht, Zufriedenheit zu erreichen, indem für viele Parameter ein möglichst befriedigender Zustand angestrebt wird (satisficing); da die Zahl der Parameter eher groß ist, da sie zum Teil miteinander unvereinbar sind, und da nicht für alle ein gleich befriedigendes Niveau erreichbar ist, werden Gewichtungungen und Substitutionen vorgenommen.¹²

Der sozialökologische Ansatz berücksichtigt kaum, daß Erwachsene unterschiedliche Stationen des Lebenszyklus durchlaufen, mit denen aller Wahrscheinlichkeit nach die Gewichtung und die Substitution von Präferenzen variieren. Darauf hat Michelson hingewiesen, der in diesem Zusammenhang schreibt, die für einen Nutzer (oder Standortnachfrager) bedeutsamen Teile der Umwelt seien zwar überall vorhanden, sie seien für ihn aber nicht alle per definitionem gleich wichtig.¹³ Wobei zu ergänzen ist, daß diese Umweltteile nicht gleichmäßig über den Raum verteilt sind.

In Widerspruch steht der sozialökologische Ansatz zu den Ergebnissen empirischer Untersuchungen, die hinsichtlich des Wohnens z. B. zeigen, daß eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum (zunächst Zahl, dann Größe der Zimmer) vor einer Wohnumgebung rangiert, die den eigenen Vorstellungen entspricht. Wohnung und Wohnumfeld wiederum haben für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eindeutig Priorität gegenüber anderen Faktoren, wie z. B. der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Infrastruktur oder der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes. »Die richtige Wohnungsgröße und eine zeitgemäße Ausstattung der Wohnung stehen als Grundanliegen im Vordergrund... Erst wenn hier ein gewisser Standard erreicht ist, gewinnen andere Wünsche (zur Wohngegend, zum Haus-

¹² William Alonso, Location and Land Use, Cambridge (Massachusetts) 1965, S. 15 f. William Alonso, A Theory of the Urban Land Market, in: Papers and Proceedings of the Regional Science Association, Bd. 6, Philadelphia 1960, S. 149–157. Abgedruckt in: Internal Structure of the City, hrsg. von Larry S. Bourne, New York und London 1976, S. 154–159, hier S. 157.

¹³ William Michelson, Environmental Choice, Human Behavior and Residential Satisfaction, New York 1977, S. 23.

typ) an Gewicht.«¹⁴ Die Prognos-Studie, der dieses Resultat entnommen ist, hat hinsichtlich der Wohnungsumgebung gezeigt, daß an der Spitze Wünsche stehen wie: in einer nicht verschmutzten und ruhigen Umwelt leben, gewisse Einrichtungen des täglichen Bedarfs zur Verfügung haben (Einkaufsmöglichkeiten, Versorgung mit Ärzten), gut an das Verkehrssystem angeschlossen sein. »Von gleicher oder nicht viel geringerer Bedeutung sind das Vorhandensein von Freiräumen und die stadtgestalterischen Merkmale (Aussehen der Häuser, Bäume an Straßen und auf Plätzen).« An letzter Stelle schließlich stehen die Möglichkeiten zur abendlichen außerhäuslichen Unterhaltung.¹⁵

Untersuchungen über die Ursachen von Umzügen haben zu entsprechenden Resultaten geführt. So ergab die bereits erwähnte Studie von Prognos für Hamburg, daß der wichtigste Anstoß für den Umzugsentschluß in der Unzulänglichkeit der vorherigen Wohnsituation zu suchen ist. »Je gut 20% bezeichnen Gründe der Wohnungsgröße und Wohnungsqualität als sehr wichtig, etwas weniger als 20% Gründe der Wohngegend. Faßt man die Gründe zusammen, so ergibt sich, daß für gut die Hälfte aller Haushalte Gründe, die die Unzulänglichkeit der vorherigen Wohnsituation betreffen (Wohnungsgröße und -qualität, Wohngegend) sehr wichtig für die Umzugsentscheidung waren. Mitentscheidend für den Umzug waren diese Gründe sogar bei 80%.« In der Untersuchung heißt es weiter: »Familiäre Gründe, wie Eheschließung, Scheidung oder Verwitwung stehen an nächster Stelle unter den Umzugsgründen. Dagegen spielen Arbeitsplatzwechsel, die Entfernung zum Arbeitsplatz oder allgemein die ungünstige Verkehrslage bei der Umzugsentscheidung von Hamburger Haushalten nur eine sehr geringe Rolle. Noch weniger ins Gewicht fällt der unmittelbare Umzugszwang durch Kündigung durch den Vermieter oder Hausabbruch.« Die Unterschiede zwischen den Haushalten, die in Hamburg umgezogen sind, und den Haushalten, die von Hamburg ins Umland abgewandert sind, bestehen nach Prognos vor allem darin, »daß bei den Abgewanderten der Wunsch, »Eigentum zu erwerben«, und der Wunsch nach einer Verbesserung der Wohnumgebung, der Wohnlage, eine erheblich größere Rolle spielten«. Das Argument der besseren Wohnlage habe bei Abwanderern in entfernter liegende Umlandgebiete größeres Gewicht als bei Abwanderern in stadtnahe Gebiete. Bei Abwanderern in entferntere Umlandgebiete spiele auch der Wunsch, aufs Land zu ziehen, eine gewisse Rolle.¹⁶

In derselben Untersuchung heißt es über Personen, die aus dem Umland nach Hamburg gezogen sind, wichtigste Motive für den Zuzug seien solche der Arbeitsplatzentfernung und der Verkehrslage sowie familiäre Gründe. Auch Wanderungen in eine Großstadt

¹⁴ Prognos, Qualitativer und quantitativer Wohnungsbedarf und Wanderungen in der Freien und Hansestadt Hamburg, Kurzbericht, Basel, April 1976, S. 17.

¹⁵ Prognos, ebda., S. 19. – Ähnliches berichtet Landwehrmann für Bochum und Düsseldorf: Friedrich Landwehrmann, Kleinräumige Mobilität, hrsg. vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), Dortmund 1977. Übersichten 111–116 (S. 107–112).

¹⁶ Prognos (s. A 14), S. 11f.

könnten jedoch echte ›Wohnungswanderungen‹ sein: »Denn fast 30% der Zugewanderten haben Gründe als wichtig bezeichnet, die etwas mit der Unzulänglichkeit der vorherigen Wohnsituation zu tun haben (Größe und Qualität der Wohnung, Wohngegend).«¹⁷

Zahlreiche andere Befunde weisen in eine ähnliche Richtung. So schreibt »Die demokratische Gemeinde« in dem Bericht über eine Frankfurter Untersuchung, es seien zwar verschiedene Gründe für den Fortzug ins Umland angegeben worden, »doch der Hauptgrund war: im Umland läßt sich der Wunsch der Besserverdienenden nach größeren und komfortableren Wohnungen wesentlich leichter als in den Städten befriedigen. Preisliche Gründe spielen kaum eine Rolle, denn die Neubauwohnungen an der Peripherie sind häufig teurer als ältere Stadtwohnungen vergleichbarer Größe.«¹⁸ Das Allensbacher Institut für Demoskopie fragte einen repräsentativen Querschnitt der bundesdeutschen Bevölkerung: »Wo möchten Sie am liebsten leben, wenn Sie es sich frei aussuchen könnten: auf dem Lande, in einer Kleinstadt, einer Mittelstadt oder in einer Großstadt?« Die Umfrage ergab, daß knapp 20% in der Großstadt und etwa 33% auf dem Lande wohnen möchten. »Selbst Kleinstadtbewohner würden zu 45% lieber richtig auf dem Land in einem Dorf leben.«¹⁹

Schließlich zwei, wenn auch im statistischen Sinne nicht repräsentative Meinungen, die die »Zeit« veröffentlichte; Rubrik: Zeitlupe 20 – Traum vom grünen Wohnen – Junge Leute diskutieren über die Vorzüge von Stadt und Land. »Ich möchte lieber im Grünen wohnen, da mir das Teilhaben am öffentlichen und kulturellen Leben, das in der Stadt besser möglich ist, nicht so wichtig erscheint wie die Ruhe und die wenigstens halbwegs gesunde und ausgeglichene Umwelt ländlicher Gebiete. Ulrich Keding, 18 Jahre.«²⁰ – »Die Frage, ob jemand auf dem Land oder in der Stadt wohnen will, ist hauptsächlich davon abhängig, wieviel Schwierigkeiten man bereit ist, auf sich zu nehmen, um von einem Dorf zur Arbeit, zum nächsten Supermarkt usw. zu gelangen. Ich würde lieber eine Stunde früher aufstehen, um dafür abends und am Wochenende auch wirkliche Ruhe zu genießen. Natürlich wird auch heute noch viel ›getratscht‹ in den kleinen Ortschaften. Aber für mich liegt die ›große, weite Welt‹ nicht in der so oft beklagten Einsamkeit der Stadt, sondern in der wenn auch manchmal zu engen Vertrautheit des Dorfes. Monika Lessmann, 19 Jahre.«²¹

Es erscheint kaum möglich, mit Hilfe des sozialökologischen Ansatzes in seiner gegenwärtigen Form zu erklären, warum die Dichte der Wohnbebauung mit zunehmender Entfernung vom Zentrum abnimmt. Das mag damit zusammenhängen, daß er nicht berücksichtigt, wie sich mit der Entfernung vom Siedlungsmittel- oder Siedlungsschwer-

punkt die Beziehung zwischen Entfernung, Fläche oder Dichte (der Bebauung oder der Einwohner) gestaltet. Der sozialökologische Ansatz geht offenbar von einer Linearität aus, die indessen gar nicht gegeben ist. Denn: je größer die Entfernung vom Mittelpunkt, desto größer ist die Fläche, die bei gegebener Entfernung zur Verfügung steht. Derselben Anzahl von Standortnachfragern steht also in geringerer Entfernung vom Zentrum weniger Land zur Verfügung als in größerer Entfernung. Eine vorgegebene Zahl von Nachfragern führt mithin zu einer um so geringeren Einwohnerdichte, je größer die Entfernung vom Zentrum ist. Soll umgekehrt die Dichte konstant gehalten werden, so sind mit zunehmender Entfernung vom Mittelpunkt jeweils größere Personenzahlen je Entfernungszone Voraussetzung.²²

Ergänzungsbedürftig erscheint schließlich die sozialökologische Vorstellung darüber, wie Wohnungssuche vor sich geht. Ein Haushalt muß ausziehen, weil ihm gekündigt oder weil die Miete stark heraufgesetzt wird. Sucht dieser Haushalt nun eine andere Wohnung, so trifft er in den inneren Stadtbezirken auf besetzte Wohnungen; leere Wohnungen finden sich nur in Außenbezirken. Diesen Annahmen der Sozialökologie widerspricht zunächst, daß bei der räumlichen Mobilität – darauf wurde oben hingewiesen – Kündigungen eine verschwindend geringe Rolle spielen. Ihr widerspricht ferner, daß es auch vor dem Entstehen der »Wohnungshalden« bereits leerstehende Wohnungen gab, und zwar nicht nur in den Außenbezirken. Ohne diese Reserve an Leerwohnungen zur Ermöglichung der »technischen Mobilität« wären Umzüge nur möglich, wenn Auszüge und Einzüge zum selben Zeitpunkt vorgenommen würden. (Als notwendige Leerwohnungsreserve werden in der Literatur 1% bis 3% der insgesamt vorhandenen Wohnungen angegeben.)²³

III Stadtzentrum und Umlandring als Spannungspole

Mir scheint, einige Grundannahmen der sozialökologischen Theorie (und auch der Gravitationsmodelle) könnten dadurch weiterentwickelt werden, daß dem Stadtzentrum als Orientierungspunkt für Lokalisationsprozesse das Umland gegenübergestellt wird. Dieser Ansatz läßt sich schematisch wie folgt beschreiben:

- In der »Mitte« einer Stadt liegt als ein Pol von Standortentscheidungen das *Stadtzentrum*.
- Den Gegenpol zum Zentrum bildet ein *Ring*, der sich in größerer Entfernung um

¹⁷ Prognos (s. A 14), S. 13.

¹⁸ Motiv für Stadtflucht: besser Wohnen, in: Die demokratische Gemeinde 29 (1977), S. 911.

¹⁹ Nix Urbanität, in: Baumeister, 74 (1977), S. 1121.

²⁰ Traum vom grünen Wohnen, in: DIE ZEIT, 18. 4. 1975, S. 58.

²¹ DIE ZEIT, ebda. S. 58.

²² Hiermit hängt der Aspekt der Grundstücksgröße zusammen, den Alonso ins Spiel bringt: »If the only criteria for residential location are accessibility to the center and the minimizing of the costs of friction [Kombinationen von site rent, time value und transport costs], and considerations of the size of the site are excluded, all residence would be clustered around the center of the city at a very high density.« Alonso (s. A 12), S. 8 f.

²³ Prognos, Qualitativer und quantitativer Wohnungsbedarf und Wanderungen in der Freien und Hansestadt Hamburg, Bericht: Analyse der Wanderungsgründe und des künftigen Wohnungsbedarfs, Basel, Februar 1976, S. 271 f.

das Zentrum herumlegt. Die Entfernung zum Zentrum entspricht dem Abstand des unbebauten Umlandes vom Stadtzentrum. Der Ring steht für dieses an die Stadt angrenzende, mehr oder weniger unbebaute Gebiet.

- Zwischen Stadtzentrum und Umlandring liegen Nebenzentren.
- Der durch Stadtzentrum, Umlandring und Nebenzentren bestimmte Raum wird als *Spannungsfeld* oder *Spannungsraum* verstanden.
- Der Spannungsraum wird von einem flächendeckenden Straßennetz erschlossen (Ubiquität). Für Personen, die über einen Pkw verfügen, sind dadurch die Unterschiede in der Erreichbarkeit, die zwischen Stadtzentrum und anderen Stadtteilen bestehen, weit weniger kraß als noch zu Beginn der Motorisierung.

Dem skizzierten Konzept liegen eine Reihe von Annahmen zugrunde. Zentrum und Umlandring stehen für gegensätzliche Standortqualitäten. Im Zentrum ist zum Beispiel eine große Nähe zu öffentlichen Einrichtungen gegeben, im Gebiet des Umlandrings eine große Nähe zu außerstädtischen Naherholungsgebieten.

Im Raum, der von Zentrum und Ring aufgespannt wird, ist jeder Punkt gekennzeichnet durch eine spezifische Kombination von Ausprägungen unterschiedlicher Standortqualitäten, die im Zentrum und auf dem Ring Extremwerte haben. Beispiel: die Standortqualität »Vorhandensein von oder Nähe zu kulturellen Einrichtungen« hat den höchsten Wert im Zentrum, den niedrigsten im Gebiet des Rings (Extremausprägungen). An Standorten zwischen Zentrum und Ring liegen die Ausprägungen dieser Standortqualität oder Standortdimension zwischen den beiden Extremwerten. Standorte sind gekennzeichnet durch standortspezifische Ausprägungen oder Werte weiterer Standortdimensionen wie Ruhe, Vorhandensein von oder Nähe zu Arbeitsplätzen, Vorhandensein von oder Nähe zu Grünanlagen. Jeder Punkt im Zentrum, im Umlandring und im durch sie aufgespannten Raum ist also beschreibbar durch ein charakteristisches tatsächliches Standortprofil.

Standortprofile sind gekennzeichnet durch ein zum Teil gegenläufiges Innen-Außen-Gefälle (Innen-Außen-Variation). So nimmt die Verkehrsrufe vom Zentrum zum Ring tendenziell zu; das Vorhandensein von oder die Nähe zu Restaurants oder Cafés hingegen nimmt vom Zentrum zum Ring tendenziell ab. Hamm spricht in diesem Zusammenhang von Gradienten.²⁴

Das Innen-Außen-Gefälle wird durch Nebenzentren, die im Spannungsraum liegen, ebenso modifiziert wie durch geographisch-topographische und kulturell-symbolische Gegebenheiten, auf welche die sozialökologische Theorie hingewiesen hat.

Unternehmen sowie Haushalte haben unterschiedliche subjektive Wunsch-Standortprofile und streben unterschiedliche tatsächliche Standorte an. Weder die Wunsch-Standortprofile von Unternehmen noch die von Haushalten sind einheitlich. (Auf die Wunsch-Standortprofile gewerblicher Unternehmen wird im folgenden nicht eingegangen, ebenso wenig auf die Entscheidungskriterien von Personen oder Unternehmen, die Wohnraum zu

²⁴ Hamm (s. A 2), S. 59.

Fremdnutzung erstellen.) Unter Haushalten werden Standortnachfrager verstanden, die zwecks Eigennutzung 1. Wohnraum mieten möchten, oder die 2. eine Wohnung kaufen möchten, oder die 3. ein Haus einschließlich Grundstück oder ein Grundstück zum Eigenheimbau erwerben möchten.

Diese drei Nachfrager-Typen haben nicht notwendig unterschiedliche Wunsch-Standortprofile, wohl aber unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Wohn- und Eigentumsform; ferner sind die Rahmenbedingungen von Haushalt zu Haushalt unterschiedlich, innerhalb denen ein Standort gewählt wird. Identische Wunsch-Standortprofile können infolge von Wohn- und Eigentumspräferenzen zu unterschiedlichen Standortwahlen führen.

Beispiel: Zwei Haushalte haben hinsichtlich Verkehrsrufe, Nähe zum Arbeitsplatz des Haushaltsvorstandes, Nähe zu Teilzeitarbeitsmöglichkeiten der Hausfrau, Nähe zu Schulen und Vorhandensein von Bäumen in Straßen gleichartige Wunsch-Standortprofile. Sie unterscheiden sich jedoch in Bezug auf die angestrebte Wohn- und Eigentumsform: der eine Haushalt sucht eine Mietwohnung, der andere ein freistehendes Einfamilienhaus. Da die entsprechenden Wohn- und Eigentumsformen ungleich über den Raum verteilt sind, da die geforderten Preise unterschiedlich sind, und da andererseits die Zahlungsfähigkeit und die Zahlungsbereitschaft der beiden Haushalte begrenzt sind, werden die Entscheidungen für unterschiedliche Standorte fallen, und dies trotz weitgehend identischer Wunsch-Standortprofile. Wenn die Präferenz für eine bestimmte Wohn- und Eigentumsform im Rahmen eines vorgegebenen Budgets nicht an einem Standort realisiert werden kann, der dem Wunsch-Standortprofil entspricht, können die drei Entscheidungsparameter bevorzugte Wohn- und Eigentumsform, Budget und Wunsch-Standortprofil modifiziert werden, zum Beispiel (um die Präferenz hinsichtlich Wohn- und Eigentumsform verwirklichen zu können) durch Reduzieren der Anforderungen, die im Hinblick auf die Nähe kultureller Einrichtungen an den Standort gestellt werden.

Mit Lebensstil – von Michelson als Variable bezeichnet, die andere sozialwissenschaftliche Variable gleichsam zusammenfassend abbildet (synoptische Variable)²⁵ – und mit der Stellung im Lebenszyklus gehen unterschiedliche Präferenzen, Wunsch-Standortprofile und Rahmenbedingungen einher.

Erläuterung: Es wurde bereits auf die unterschiedlichen Standortqualitäten hingewiesen, die im Stadtzentrum und im unbebauten Umland oder auch in den Randbereichen einer Stadt vorhanden sind. Hohe Werte im Stadtzentrum und niedrige in den Randbereichen bzw. im weitgehend unbebauten Umland der Stadt erreichen unter anderen folgende Standortfaktoren: Vorhandensein von oder Nähe zu öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen, Verkehrslärm, Luftverschmutzung, zu zahlende Mieten, zu zahlende Bodenpreise (aus der Sicht von Anbietern: erzielbare Miet- und Bodenpreise). Hohe Werte im Ringbereich und niedrige im Zentrum haben in der Regel: Nähe zu außerstädtischen

²⁵ Michelson (s. A 13), S. 27.

Naherholungsgebieten, Vorhandensein von oder Nähe zu Pflanzenbewuchs (Grünflächen, Bäume in Straßen), wahrgenommene Entfernung zu Arbeitsstätten; Verkehrsrue, Luftreinheit, Verkehrssicherheit von Kindern. Weitere Standortdimensionen sind Status- und Prestige-Konnotationen, Image, Vorhandensein oder Fehlen positiver oder negativer Bezugsgruppen, städtebauliche Qualitäten. Von einer Reihe von Nachfragern nach Wohnraum zur Eigennutzung dürften die hohen Werte, die zum Beispiel die Gradienten Pflanzenbewuchs und Luftreinheit im Bereich des Umlandringes haben, Standortqualitäten sein, die direkt und unmittelbar angestrebt werden.

Den Begriff Spannungsraum schlage ich auch vor im Hinblick auf das Konzept der Massenanziehung, wie es in den Gravitationsmodellen verwendet wird. Spricht man dort von der Anziehung oder Attraktivität eines oder mehrerer Zentren, so wird durch das Konzept des Umlandringes eine Komponente hinzugefügt, die mit ihren zum Teil diametral anderen Standortqualitäten dem Zentrum als prinzipiell gleichgewichtig gegenübersteht. Ein Konzept, das den hier vorgeschlagenen Umlandring beinhaltet, unterscheidet sich von Ein- und Mehr-Zentren-Ansätzen:

- Der Polarität, die im Hinblick auf Standortvorteile zwischen Stadtzentrum und Außenbezirken postuliert wird, wird Rechnung getragen.
- Das Verhältnis zwischen den Nutzungen Gewerbe und Wohnen muß nicht mehr einseitig gesehen werden unter den Aspekten Erreichbarkeit, Bodenpreise, Rendite und Miete. Das Konzept der Verdrängung wird ergänzt durch die Vorstellung, daß es Wohnungs- und Hausnachfrager gibt, die einen Standort im Randbereich der Städte aus freien Stücken wegen der dort gegebenen besonderen Standortvorteile wählen.
- Die Vorstellung von der Konkurrenz zwischen Standortnachfragern wird ergänzt durch die Überlegung, daß den zum Teil unterschiedlichen mehrdimensionalen Wunsch-Standortprofilen der Nachfrager ein Angebot von Standorten im Spannungsraum entspricht, die durch unterschiedliche Werte im mehrdimensionalen Gradientenraum charakterisiert sind (tatsächliche Standortprofile).
- Die Vorstellung, alle Standortnachfrager suchten Standortvorteile, die nur im Stadtzentrum realisiert werden können, wird ergänzt durch einen Ansatz, der prinzipiell davon ausgeht, daß es Gruppen von Standortnachfragern gibt, die durch voneinander grundsätzlich verschiedene Wunsch-Standortprofile, Präferenzen und Rahmenbedingungen gekennzeichnet sind, die wiederum an grundsätzlich verschiedenen Standorten realisiert werden können.
- Die Randbereiche und das Umland der Städte werden mit ihren speziellen Standortqualitäten explizit in die Modellvorstellungen eingeführt, die sich mit der sozial- und stadträumlichen Entwicklung beschäftigen.

H. Aurich, R. Baur, E. Meyrat-Schlee und E. Reichenbach bin ich für Verbesserungsvorschläge, die ich teilweise berücksichtigt habe, dankbar. Für alle Mängel der Argumentation bin allein ich verantwortlich.

Hartmut Großhans

Sozialplanung in der universitären Lehre, vorgestellt in der Unterrichtseinheit »Bedürfnisgerechtes Wohnen«

1. Vorbemerkung – 2. Sozialplanung als Unterrichtsgegenstand – 3. Lehrauftrag Universität Bochum »Sozialplanung bei der Stadtentwicklung« – 4. Unterrichtseinheit »Bedürfnisorientiertes Wohnen« – 5. Zusammenfassung und Weiterführung.

1. Vorbemerkung

Dies ist ein Werkstattbericht über den Versuch, als »Externer« an einer Universität Sozialplanung zu lehren. Ich bitte um Nachsicht, daß dabei eine Reihe von notwendigerweise zu erörternden Sachverhalten und Probleme nur verkürzt oder garnicht angesprochen werden. Seit Mitte der sechziger Jahre beschäftige ich mich als Wissenschaftler und als Planer mit den Möglichkeiten der Zusammenführung sozialer und räumlich/baulicher Aspekte bei der Stadt-Planung¹ und hierbei insbesondere mit den Chancen für Bürgerbeteiligung.² Mein Lehrauftrag an der Ruhruniversität Bochum gibt nun Gelegenheit, inzwischen vielfältig vorliegende theoretische Konzepte und praktische Ergebnisse kritisch mit jungen Menschen zu erörtern und sie in ihrem Bewußtseinsbildungsprozeß im Hinblick auf »soziale Stadtplanung« zu unterstützen.

Die Darstellung »meiner« Konzeption ist geschrieben in der Hoffnung, zur Diskussion über Ziele, Inhalte und Methoden des Lehrgangsstandes Sozialplanung beitragen zu können, in der Hoffnung, von anderen Kollegen der verschiedenen Disziplinen, die sich dieser Aufgabe widmen, ein Echo zu hören, »ihre« Ansätze kennenzulernen, Kritik und Anregung zu gewinnen. Mich würde es freuen, wenn das hier geschilderte Beispiel auch von anderen einmal eingesetzt und erprobt würde; ergänzende Materialien stehen gerne zur Verfügung.

2. Sozialplanung als Unterrichtsgegenstand

Seit sich in der Bundesrepublik Deutschland vor rund fünfzehn Jahren in der Planungstheorie wie im praktischen Handeln der Gemeinden die Stadtentwicklungsplanung als ein

¹ H. Großhans / D. v. Löhlhoffel, Probleme der Sozialplanung im Städtebau. Meinungen SIN II/68 (Nürnberg).

² H. Großhans, Die Sozialplanung im kommunalen Bereich aus der Sicht des Städteplaners, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 1/70; ders., Öffentlichkeit und Stadtentwicklungsplanung – Möglichkeiten der Partizipation (= Gesellschaft und Kommunikation, Bd. 11) Düsseldorf 1972.

zukunftsorientiertes, alle Fachbereiche integrierendes Instrument etabliert hat (auf die Tragfähigkeit allzu wissenschaftsgläubiger »Großkonzepte« soll hier nicht näher eingegangen werden), wird die Notwendigkeit der Einbindung der Planungen und Maßnahmen des Sozialbereiches in die räumlich-funktionale Planung erörtert.

Die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die Verbesserung der Lebensqualität für alle Gruppen der Bevölkerung läßt heute noch einen erheblichen Nachholbedarf der Sozialplanung erkennen, die Analyse und Planung der sozialen Aufgaben der Gemeinden haben oft einen Standard, der noch weiter unter dem anderer Planungskategorien liegt. In Kenntnis der besonderen Defizitsituation begann vielerorts der Einstieg in die kommunale Sozialplanung mit Planungen für Randgruppen.

Der Fachausschuß »Sozialplanung« des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge beschäftigt sich seit 1968 intensiv mit dieser Thematik, 1977 legte er einen »Leitfaden für kommunale Sozialplanung« vor,³ in dem der Versuch gemacht wird, die Sozialplanung als integrierten Teil der Stadtentwicklungsplanung konzeptionell einzuordnen und zu verankern und die erforderlichen Verfahren und Instrumente zur Erarbeitung von Fachsozialplänen planungsmethodisch aufzuarbeiten und »griffig« zu machen. Er stellt gewissermaßen die herrschende Lehre, wenn auch noch nicht die allgemein geübte Praxis, dar.

Für die Organisation der kommunalen Sozialplanung hat die kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST) in Weiterentwicklung 1978 ein Arbeitspapier⁴ vorgelegt, mit dessen Hilfe die Stadtverwaltung Sozialplanung als integrierten Teil der Stadtentwicklungsplanung gängig machen kann.

Es kann heute als grundsätzlich anerkannt gelten:

- Sozialplanung ist im weitesten Sinne zu verstehen als ein Ziel- und Handlungskonzept, das auf die sozialen Bedürfnisse aller Bürger im Gemeindebereich, auf die von speziellen Zielgruppen und auf die von speziellen räumlichen Bereichen gerichtet ist.
- Sozialplanung ist ein dynamischer Prozeß, der mit alternativen Lösungsmöglichkeiten, und in der Verwirklichung zeitlich unterschiedlich, in die Stadt-(Kreis)Entwicklungsplanung (und Investitions-/Finanzplanung) integriert ist.
- Sozialplanung wird in interdisziplinärer und interinstitutioneller Zusammenarbeit unter Beziehung der Erkenntnisse der Wissenschaft, der Erfahrungen der Praxis und unter Mitwirkung der Betroffenen programmatisch erarbeitet und verwirklicht.

Die Ziele und Aufgaben der kommunalen Sozialplanung werden in zwei Hauptbereiche »umgesetzt«:

- in die sozialspezifische Fachplanung der Gemeinde, indem sie umfassend und integriert die vorgeschriebenen/übertragenen Dienstleistungen auf allen Bereichen der Sozial-/Jugendhilfe usw. planerisch vorbereitet,
- in die räumliche Planung der Gemeinde, indem sie die sozialen Bedürfnisse durchsetzt, und indem sie die räumliche Planung auf ihre soziale Qualität überprüft.

Im Schnittpunkt der sozialen Realisierung und der baulichen Realisierung von Stadtentwicklungsmaßnahmen setzt in bestimmten Stadtteilen Gemeinwesenarbeit an.

Die Strukturskizze⁵ weist auf die Zusammenhänge hin.

Die von mir in der Lehre vertretene Konzeption von Sozialplanung ist auf dieses inhaltliche und methodische Verständnis gegründet. Wird Sozialplanung als Wirkungsfeld kommunaler Entwicklungsplanung in so breiter Form, als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, verstanden, so erscheint es nicht zweckmäßig, eine eigene wissenschaftliche Teildisziplin Sozialplanung zu begründen, ein Lehrgebiet Sozialplanung an den Hochschulen anzustreben oder den Sozialplaner ausbilden zu wollen – was im praktischen Einsatz dann wieder zum Ressortdenken und -handeln führen würde.

Absolventen der Fach- und Hochschulen unterschiedlicher Fachrichtungen, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Wirtschafts-/Sozialwissenschaftler, Stadtplaner, Ingenieure, Landschaftsplaner, Juristen brauchen jedoch eine qualifizierte Zusatzausbildung, um auf diesem Feld in interdisziplinärer Zusammenarbeit tätig werden zu können. Neben vielfältigen Weiterbildungsangeboten der Verbände der sozialen Arbeit, der Akademien für politische Bildung, der Institute für Städtebau usw. sind sowohl an den Fachhochschulen für Sozialarbeit wie an den technischen Hochschulen und Universitäten bei den unterschiedlichsten Fakultäten/Fachbereichen Lehrangebote etabliert, die sich mit Theorie und Praxis der Sozialplanung beschäftigen,⁶ wie z. B.:

- Sozialplanung in Verdichtungsräumen
F: Erziehungswissenschaften Universität Erlangen
- Planungstechniken, Planungssysteme der Sozialplanung
F: Sozial-/Wirtschaftswissenschaften Universität Bamberg
- Kommunale Sozialplanung
F: Philosophie/Religion/Gesellschaftswissenschaft Fachhochschule Siegen

oder die relevante Teilaspekte als Bausteine zur Sozialplanung behandeln, wie z. B.:

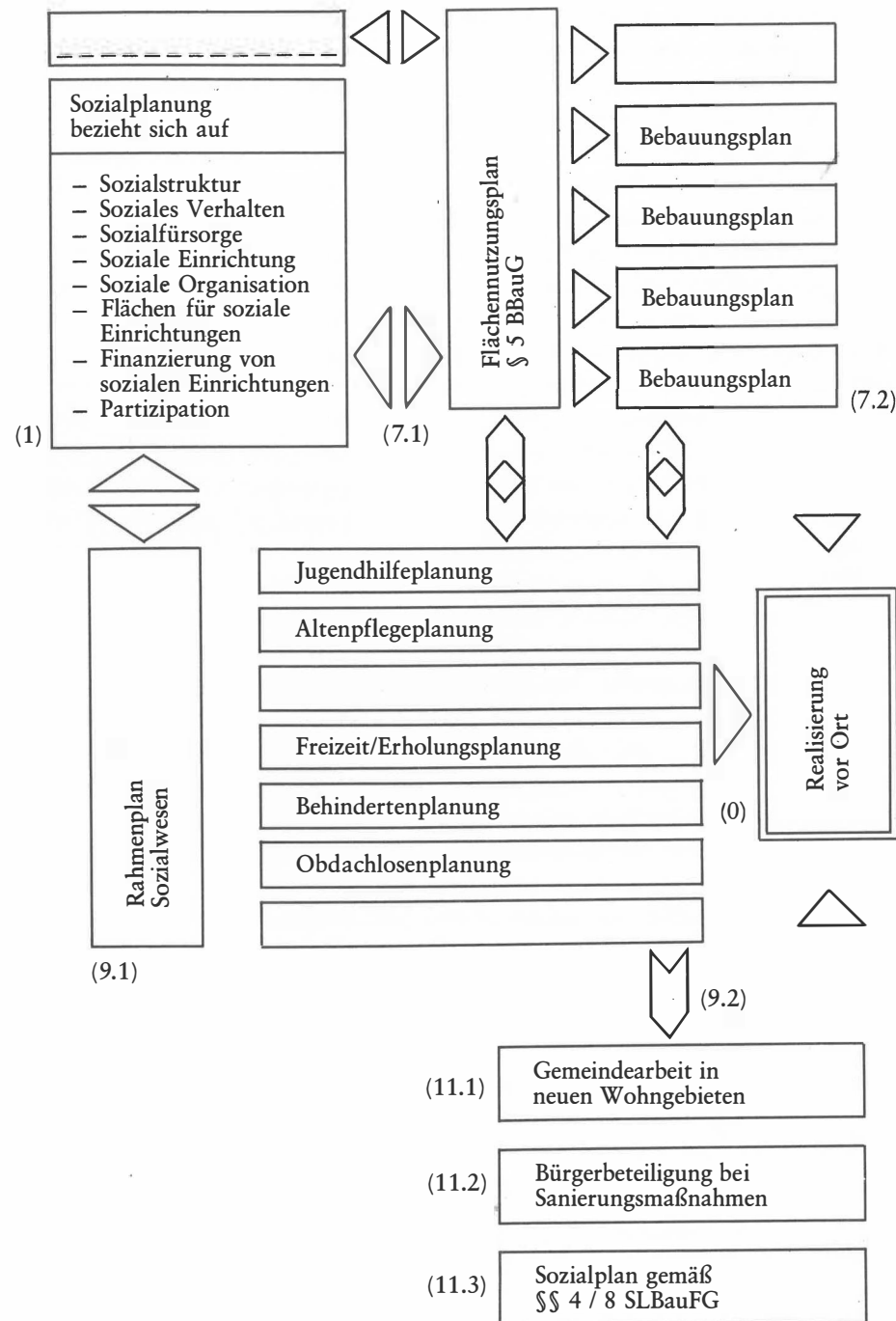
- Sozialwissenschaftliche Sondergebiete der Stadtplanung
F: Bauwesen Techn. Hochschule Aachen
- Jugendhilfeplanung
F: Sozialwesen Universität Bamberg

³ Autorenkollektiv: Leitfaden für kommunale Sozialplanung, Hrsg.: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt 1977.

⁴ KGST (Hrsg.): Organisation der kommunalen Sozialplanung, Bericht Nr. 19, Köln 1978.

⁵ H. Großhans, Nachholbedarf der Sozialplanung – Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungsplanung zur Integration gesellschaftlicher Randgruppen. In: Neue Heimat Monatsheft 5/79.

⁶ vgl. M. Brettschneider, Kommunalwissenschaftliche Lehrveranstaltungen. Archiv für Kommunalwissenschaften 19 (1980), S. 352 ff.



- Wohnökologie
F: Architektur TU Berlin
- Soziologie der Stadt und städtischer Verdichtungsräume
F: Raumplanung Uni Dortmund
- Soziale Aspekte des Wohnens
F: Gesellschaftswissenschaft Uni Freiburg
- Kommunale Apparatur der Sozial- und Jugendhilfe
F: Pädagogik, Philosophie, Psychologie Uni Trier/Kaiserslautern

Das Bemühen wird erkennbar, den Studenten in den ingenieurwissenschaftlichen wie in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen die jeweils komplementären Angebote des anderen Faches anzubieten, die sie später u. a. in Stand setzen werden, gemeinsam sozialplanerisch tätig zu werden. Es wäre wünschenswert, wenn der Kontakt derer, die an deutschen Hochschulen und in der Fortbildung von im Beruf Stehenden Sozialplanung als »Einzelkämpfer« lehren und die in aller Regel an der Theorie, den Methoden und den Verfahrensweisen für die kommunale Sozialplanung aktiv »mitstricken«, sich enger knüpfen ließe. Der deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt, in dem seit Ende der sechziger Jahre über Sozialplanung diskutiert, gearbeitet und veröffentlicht wird und der neben seinem interdisziplinär besetzten Fachausschuß Sozialplanung über ein eigenes Fachreferat Sozialplanung verfügt, wäre eine – sicher auch für Hochschullehrer »technischer« Disziplinen – akzeptable Koordinierungsstelle, die für den Erfahrungsaustausch der Lehrenden weiter ausgebaut werden könnte.

Den hier bereits laufenden ständigen kritischen Gedankenaustausch mit denen, die im kommunalen Raum »praktische« Arbeit zu leisten haben, halte ich für die instrumentelle Weiterentwicklung wie für die Realisierung, die Umsetzung von sozialer Planung für bestimmte Zielgruppen, in bestimmten Wohnquartieren für erforderlich und verstärkungsbedürftig; nur dann kann in Forschung, in Lehre auch »bedürfnisorientiert« – d. h. auch: im Interesse derer, für die und mit denen geplant werden soll – gearbeitet werden.

3. Lehrauftrag Universität Bochum »Sozialplanung bei der Stadtentwicklung«

Erstmals zum Wintersemester 1976/77 erteilte mir die Ruhruniversität Bochum einen – auf zwei Semester angelegten – Lehrauftrag zum Thema: Sozialplanung und Gemeinwesenarbeit als integrierter Teil der Stadtentwicklungsplanung, aus dem heraus nach Behandlung spezieller Probleme der sozialen und funktionalen Planung bei Aufgaben des Wohnungsbaues, der Stadtplanung und der Sanierung in den folgenden Semestern sich nun eine auf vier Semester angelegte Veranstaltung »Sozialplanung bei der Stadtentwicklung« entwickelt hat mit folgendem Programm:

 · Arbeitsfelder und Verfahren der kommunalen Sozialplanung (SoSem 81)

- Planungskategorien, -träger der Entwicklungsplanung in der BRD
- Ziele und Methoden der kommunalen Sozialplanung
- Ziele und Methoden der Bauleitplanung
- Sozialplanung bei der räumlich-funktionalen Planung
 - Stadtentwicklungsprogramm
 - Flächennutzungsplanung
 - Bebauungsplanung
 - Sanierungsplanung
 - Landschaftsplanung
 - Verkehrsplanung
- Sozialplanung als Fachplanung der Träger der sozialen Arbeit
 - Rahmenprogramm Sozialwesen
 - Planung für alte Menschen
 - Jugendhilfeplanung
 - Freizeit/Spielplatzplanung
 - Behindertenplanung
 - Planung für ausländische Bürger
- Betroffenenbeteiligung bei Planung und Realisierung
 - Bürgerbeteiligung beim Bebauungsplan (BBauG)
 - Gemeinwesenarbeit in Problemgebieten
 - Bürgermitwirkung bei der Sanierung (StBauFG)
 - Betroffenenbeteiligung bei der Fachsozialplanung
- Interdisziplinäre, interinstitutionelle Zusammenarbeit.

 · Sozialplanerische Ansätze für bedürfnisgerechtes Wohnen (WiSem. 81/82)

- Gesellschaftspolitische Ziele/Leitbilder für Wohnen in der BRD
- Wohnverhalten, Wohnbedürfnisse der Bevölkerung
- Wohnwertbestimmende Kriterien in Normen und Richtlinien
- Einrichtungsgewohnheiten – Möbel-Angebote auf regionalem Markt
- Planungsverfahren für Wohnung und Wohnumfeld
- *Entwurfsübung* Wohnen in flexiblem Grundriß
 - Analyse der Wohnbedürfnisse der Familienmitglieder
 - Formulierung der Anforderungen der Familie in 5 Zeiträumen
 - Entwicklung von Grundrissen für 5 Lebensabschnitte
 - Beurteilung und Ermittlung von Bestlösungen

- Beispielhafte Lösungen für bedürfnisorientierte Grundrisse (Dias)
- Wohnergänzende Gemeinschaftseinrichtungen (Dias)
- Konzepte für Bewohnermitwirkung bei Gestaltung Wohnung/Wohnumfeld

 · Sozialplanerische Ansätze bei der städtebaulichen Planung (SoSem 82)

- Gesellschaftspolitische Ziele und Leitbilder im Städtebau der BRD
- Städtebauliche Richtwerte und Regeln
- Wohnverhalten, Wohnzufriedenheit in unterschiedlichen Gebäudeformen
- Soziale Brauchbarkeit von Wohnquartieren unterschiedlicher Entstehungszeit
- Funktion der Sozialplanung beim Bebauungsplan gem. BBauG
- *Entwurfsübung* Neubaugebiet in Stadtrandlage
 - Analyse der Wohnbedürfnisse der potentiellen Bewohnergruppen
 - Formulierung der Anforderungen, Festlegung Wohnungsgemeinde
 - Analyse der sozialplanerisch relevanten Qualitäten des Gebietes
 - Entwicklung eines Bebauungsplanentwurfes
 - Beurteilung und Ermittlung von Bestlösungen
- Sozialplanerisch beispielhafte Lösungen von Neubaugebieten (Dias)
- Konzept für Bürgerbeteiligung beim Bebauungsplan

 · Sozialplanerische Ansätze bei Sanierung/Modernisierung (WiSem 82/83)

- Gesellschaftspolitische Ziele und Leitbilder für die Stadterneuerung in der BRD
- Gesetzliche Grundlagen und Verfahren der Sanierung gem. StBauFG
- Vorbereitende Untersuchungen
- Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes
- Sozialplanung und Sozialplan bei Sanierungsmaßnahmen
- *Entwurfsübung* Wohn-/Umfeldverbesserung Altbaugebiet
 - Analyse der Wohnbedürfnisse der vorhandenen Bewohnergruppen
 - Formulierung der Anforderungen an Wohnung und Wohnumfeld
 - Analyse der sozialplanerischen Defizite des Gebietes
 - Entwicklung von Maßnahmen zur Modernisierung des Gebietes
 - Beurteilung und Ermittlung von Bestlösungen
- Sozialplanerisch beispielhafte Lösungen in Altbaugebieten (Dias)
- Konzepte für Bürgermitwirkung bei Gebietsmodernisierung

Die Veranstaltung soll einmal der Verknüpfung von Theorie und Praxis dienen und die Beziehungen und Wechselbeziehungen zwischen der sozialwissenschaftlichen Lehre und

der sozialplanenden Arbeit im kommunalen Raum erkennbar machen. Zugleich sollen die inhaltlichen und verfahrensmäßigen Bezüge zwischen der räumlich-funktionalen Planung und der Planung im sozialen Bereich erarbeitet werden. Die Inhalte, die von mir behandelt werden, gehen aus dieser Übersicht hervor, die für die einzelnen Semester auch Grundlage der Ankündigung im Dekanats-Info ist. Ziel ist es, das bereits erworbene theoretische Wissen des eigenen Faches an übergreifenden praktischen Aufgaben zu messen, d. h. zur kritischen Analyse von Fallbeispielen zu benutzen bzw. Fortentwicklungen vorfindbarer Ansätze zu skizzieren. Dies geschieht in Form von – durch untersuchungsleitende Arbeits-hilfen gestützte – Hausarbeiten und Referate, die u. a. die Rahmenbedingungen für die – unter Punkt 4 – beispielhaft dargestellte Unterrichtseinheit »Bedürfnisorientiertes Wohnen« – Entwurfsübung – aufzeigen. Die Studenten erhalten hierzu Berichte, Pläne usw., einmal aus dem Bereich der Stadtplanung, zum anderen aus dem Bereich der Sozialverwaltung zu den o. a. Einzelthemen, die in oder für Städte und Landkreise von Fachleuten der verschiedenen Disziplinen erarbeitet wurden.

Der Lehrauftrag ist eingeordnet in die Abteilung Sozialwissenschaft der Ruhruniversität Bochum, das Angebot richtet sich an Studenten der Sozialwissenschaften und der Geographie im Hauptstudium. Der viersemestrige systematische Aufbau bietet für Studenten, die sich hinsichtlich ihres späteren Berufsbildes intensiv mit der Materie auseinandersetzen wollen, eine angemessene Perspektive für die Studienplanung. Jede Semesterveranstaltung ist jedoch in sich abgeschlossen und kann – da wegen der erwünschten interdisziplinären Zusammensetzung der Studenten ein mittlerer Abstraktionsgrad in der Darstellung des Stoffes versucht wird – auch für sich und von jüngeren Semestern wahrgenommen werden.

Methodisch ist eine Kombination von einführenden Vorlesungen, Kurzreferaten mit Plenumsdiskussion, ad hoc Hausarbeiten, Rollenspiel in Kleingruppen, Laien-Entwurfsarbeit, Projektdemonstration durch Lichtbilder und – zum Erwerb von Leistungsnachweisen – Hausarbeiten vorgenommen worden. Nach Möglichkeit werden insbesondere zur Analyse der Fallbeispiele jeweils Sozialwissenschaftler und Geographen in Kleingruppen »zusammengespannt«, um bei der gemeinsamen Arbeit voneinander lernen zu können. Ziel ist es ferner, die Studenten als »Bürger« für die Probleme der kommunalen Planung zu sensibilisieren; neben der laufenden Information über aktuelle Ereignisse auf diesem Feld werden sie dementsprechend mit einer kleinen »Handbibliothek Stadt-/Sozialplanung« ausgerüstet (vom Faltblatt für die Bürgerbeteiligung über Untersuchungsberichte gem. StBauFG bis zu amtlichen Statistiken und Forschungsarbeiten des BMBau) sowie mit themenbezogenen weiterführenden Aufsätzen und Literaturlisten versorgt. Dabei darf angemerkt werden, daß mir die Städte und Ministerien ausgesprochen bereitwillig auf Anfrage die benötigten Exemplare »zu Unterrichtszwecken« (kostenlos) zur Verfügung stellen. Dieses Material wird von mir jeweils zu Beginn der Veranstaltung nach seinen besonderen inhaltlichen Schwerpunkten und nach seinem Bezug zum aktuellen Thema besprochen.

4. Unterrichtseinheit »Bedürfnisorientiertes Wohnen«

4.1 Problemaufriß

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt heute – nach einer in ihrer Geschichte beispiellosen Auf- und Neubauleistung nach 1945, die im Mittel rd. 10 WE/1000 EW im Jahr betrug – zwar global über einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt: rd. 24 Mio Haushalten stehen rd. 24 Mio Wohnungen gegenüber; die »Warteschlangen vor den Wohnungsämtern« signalisieren jedoch, daß für bestimmte Regionen – insbesondere für die industriellen Ballungsräume – und für bestimmte Gruppen der Bevölkerung – insbesondere mit bescheidenem Einkommen – die Wohnungsfrage keineswegs gelöst ist. Der technische Standard unserer Sozialwohnungen liegt an der Spitze in Europa, die Wohnfläche ($\emptyset$ 1950: 50 m² – $\emptyset$ 1980: 110 m²) ist ständig gestiegen, die Wohnumfeldeinrichtungen wurden verbessert – dies allerdings auch mit der Folge, daß die Baukosten – und damit die Anforderungen an öffentliche Förderungsmittel zur Reduzierung der Miete (Kostenmiete 20,-/m² auf Bewilligungsmiete von 6,-/m²) Höhen erreichte, die den normalen sozialen Wohnungsbau praktisch zum Erliegen brachten. Technische Normen, Förderungsrichtlinien und gesetzliche Vorschriften unterstützen/erzwingen die Einhaltung eines – sozialpolitisch gewollten – hohen Qualitätslevel, der sich jedoch immer – und hier setzte in den letzten Jahren Kritik aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich mit Recht ein – auf die »Durchschnittsfamilie« und ihre vermuteten »Durchschnittsbedürfnisse« bezieht (sieht man einmal von Alten- oder Behindertenwohnungen ab). Auch die von Soziologen, Pädagogen, Medizinerern erhobenen Forderungen zur Verbesserung im Wohnbereich (z. B. nach größeren Kinderzimmern, nach Individualräumen, nach Gemeinschaftseinrichtungen) zielen i. d. R. auf die Durchschnittssituation.

Hermann Korte⁷ spricht mit Recht von der erkennbaren 4. Phase in der Entwicklung des Nachkriegswohnungsbaues, von der Regionalisierung und Individualisierung des Wohnungsbedarfs, d. h. daß sich die Nachfrage nach Wohnraum immer stärker in bestimmten Gebieten konzentrieren wird und daß sie immer stärker von individuellen Wünschen, individuellen Ansprüchen geprägt wird. »Parallel mit den wirtschaftlichen Erfolgen hat sich bei den Bürgern unseres Landes eine neue Form des Selbstbewußtseins entwickelt, die gepaart ist mit einem in vielfacher Hinsicht belegbaren Anwachsen der Möglichkeiten, über sein eigenes Leben individuell zu entscheiden... Die Entscheidungsmöglichkeiten sind nicht nur vielfältiger geworden, sondern sie fallen den Menschen auch eher zu, d. h. wir sind immer jünger, wenn wir anfangen, Entscheidungen über unser Leben zu treffen.«

Auch angesichts der »Grenzen des Wachstums«, das durch Stagnieren der Einkommen und steigende Belastungen auf dem Energiesektor dem einzelnen Bürger die Bereitstellung eines angemessenen Eigenbeitrages für Wohnen immer schwieriger macht (auch wenn die

⁷ H. Korte, Die Wohnung und das Wohnumfeld; Vortrag gehalten am 26. 6. 79 auf dem Verbandstag des Verbandes südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e. V., Mainz (Manuskript, S. 8/9/12).

Durchschnittsmietbelastung nur 15% vom Nettoeinkommen beträgt, müssen Millionen von Haushalten heute bereits erheblich höhere Anteile aufwenden), ist das Instrumentarium staatlicher Wohnungspolitik dahingehend zu überprüfen, wie die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse spezieller Nachfragegruppen in regionalen Teilmärkten zu tragbaren Mieten befriedigt werden können.

Aktuell wird diskutiert die Verstärkung der Förderung von kosten- und flächensparenden Bauformen, z. B. im verdichteten, individuellen Flachbau unter drastischer Reduzierung technischer Standards oder der Einsatz von »halbfertigen Häusern« und »Ausbauwohnungen« im Geschosswohnungsbau, mit der Möglichkeit der Nachrüstung in Selbsthilfe.⁸ Die z. Zt. in allen Bundesländern stattfindende Überprüfung der Richtlinien soll sowohl dazu beitragen, unnötige, d. h. nicht wohnwertsteigernde – aber Kosten erzeugende – Vorschriften abzubauen als auch durch größere Flexibilität in der Anwendung den Planern die Möglichkeit zu geben – unter Wahrung eines Mindeststandards nach Fläche und Technik – den vor Ort erkennbaren spezifischen Ansprüchen gerecht zu werden – also mehr kreative Intelligenz in der Planung bei der Organisation knapper Flächen zuzulassen. Die DIN 18011 »Stellflächen und Bewegungsflächen im Wohnungsbau« wird z. Zt. vom Normenausschuß Bauwesen im DIN überarbeitet. Dieses Problemfeld wird im Rahmen der Unterrichtseinheit »Bedürfnisgerechtes Wohnen« gemeinsam im Seminar bearbeitet.

Eine Möglichkeit, die Optimierung eines Wohngrundrisses, der je haushalt-individuellen zeitbezogenen Bedürfnislage entsprechend, dem Nutzer selbst zu überlassen (durchaus im Rahmen beschränkter finanzieller Möglichkeiten, d. h. in erster Linie durch Wohnflächenlimitierung), ist der Einsatz von »flexiblen, umbaufähigen« Wänden und damit die Bereitstellung von »anpaßbaren« Wohnungen. Die durch die Bundesbau-Wettbewerbe »Flexible Wohngrundrisse« und »Elementa« 1971 und 1972 angestoßene (und bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen weitergeführte) Entwicklung zeigt (auch wenn die Pilotprojektkosten noch um 10–20% höher waren), daß technisch-konstruktiv brauchbare Lösungen vorliegen und daß die Bezieher dieser Wohnungen einerseits durchaus imstande waren, höchst individuelle Wohnungen selbst zu konzipieren, andererseits oft beim gewohnten, konventionellen Grundriß landeten.

Aufgrund meiner Beschäftigung mit der Problematik »Flexible Grundrisse«⁹ in verschiedenen forschungsprojektbegleitenden Arbeitsgruppen des BMBau scheint mir das Entwerfen von Wohnungen mit versetzbaren Wänden durch Studenten als »Laienplaner« ein geeignetes Vehikel, die Problematik »Bedürfnisorientiertes Wohnen« unter unterschiedlichen Aspekten zu thematisieren. Eine Frage zielt z. B. auf die notwendige Formulierung

⁸ Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Symposium Kosten- u. flächensparendes Bauen, Tagungsunterlagen (2./3. Juni 1981), Bonn 1981.

⁹ H. Großhans, G. Weiß: Flexible Wohngrundrisse – ein konkreter Beitrag zur Lebensqualität und zum wirtschaftlichen Bauen. Hrsg.: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Köln 1974.

von Mindestflächen als Minderheitenschutz, d. h. die Begrenzung der individuellen Entscheidungsfreiheit aufgrund sozialpolitischer Maximen (z. B. darf man die Entscheidung, das Kinderzimmer nur 4 m² groß zu machen, der Familie überlassen?). Eine andere Frage zielt auf die Umsetzung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in praktikable Anwendungshilfen, die Umlernprozesse bei den Nutzern in Gang setzen können (z. B. wie lassen sich tradierte Wohnvorstellungen lockern, um Nutzen aus der Flexibilität der Wohnung zu ziehen?).

Eine Frage zielt auf das Auftreten von Konflikten innerhalb der Familie bei der Nutzung einer Wohnung und die Möglichkeiten ihrer Minimierung (z. B. kann durch entsprechende Raumverteilung Schichtarbeit und Kinderspiel einigermaßen verträglich »kombiniert« werden?).

Natürlich soll die soziale Brauchbarkeit von flexiblen Wohngrundrissen im Sinne einer personen- und familienindividuellen Wohnbedürfnisbefriedigung – unter Realbedingungen – überprüft werden, Ziel ist jedoch nicht die Sammlung »guter« Grundrisse, sondern »praktische Soziologie« mit den Studenten zu betreiben.

4.2 Analyse der Rahmenbedingungen

Da die Unterrichtseinheit »Bedürfnisorientiertes Wohnen« auch für sich – einsemestrig – angeboten wird, sind zunächst die institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen des Wohnungsbaues in der Bundesrepublik als »Befunde« darzulegen.

Von mir wird daher (auch als zeitlicher Vorlauf für die Referate der Studenten) dargestellt die

- Planungskategorien der räumlich-funktionalen Planung (Raumordnung, Landes-Regionalplanung, Stadtentwicklungsplanung, Bauleitplanung, Fachressortplanung, Bauplanung) sowie die
- sozialplanerischen Aspekte der Bebauungsplanung (kommunale Sozialplanung, Fachsozialplanung, Inhalt/Verfahren der Bebauungsplanung, Verknüpfungspunkte, Ansatzmöglichkeiten).

Durch die Studenten werden (zunächst als Referat, später als Hausarbeit ausgebaut), die

- Wohnverhältnisse und Wohnbedürfnisse der Bevölkerung (Wohnungsbestand, Wohnungsverteilung, Wohnzufriedenheit, Wohnwertpräferenzen) und die
- wohnwertbestimmenden Kriterien in Vorschriften und Richtlinien (BBauG, BauNVO, Bauordnung, Förderungsbestimmungen, DIN-Normen)

dargestellt und kritisch analysiert. Hierbei kommt es u. a. darauf an, gesellschaftspolitische Ziele und Leitbilder und ihren Niederschlag in normativen Regelungen herauszuarbeiten und sauber von wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen (z. B. über Mindestgrößen von Räumen) abzugrenzen.

Auf der Grundlage einschlägiger Untersuchungen¹⁰ werden vor allem die Möglichkeiten und Grenzen der Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften, z. B. beim Stichwort »Bedürfnisforschung« für Erkenntnisgewinn und Planungsprozeß angesprochen.

Die generellen Daten zur Wohnungsversorgung werden fallweise vertieft durch die Analyse von realen Wohnungsangeboten und -Nachfragen auf regionalen Teilmärkten (z. B. durch Auswertung des Annoncenteils von Tageszeitungen). Um die persönlichen Rahmenbedingungen (die ein Planer tunlichst »unter Kontrolle« halten muß) den Studenten direkt bewußt zu machen, ist von allen ein Fragebogen auszufüllen in dem – analog zu der im folgenden geschilderten »Test«-Familie – gefragt wird nach: a) Alter, Beruf, Aktivität, Hobby, PKW, Urlaub sowie b) nach Art, Größe und Lage der Wohnung des elterlichen Haushaltes sowie nach der eigenen Unterbringung des Studenten während des Semesters. Hierbei ist – als erste »Fingerübung« – eine Skizze des eigenen Wohnbereichs mit Möblierung anzufertigen. Zur Erkenntnis eigener Vor-Urteile bei der auf die Bedürfnisse anderer (hier: »Test«-Familie) gerichteten Planung ist eine solche Selbstbeschreibung hilfreich. Schließlich wird von einer Arbeitsgruppe durch Besuch in Möbelhäusern, Gesprächen mit Raumausstattern, Analyse von Prospekten und Annoncen das reale Möbelangebot nach Form, Abmessungen, Preisen, »Prestigewert« usw. erkundet und dargestellt, das z. Zt. »gängig« ist und werbewirksam durch die Industrie dem Käufer als »bedürfnisgerecht« nahegebracht wird. Die Einarbeitung in die Rahmenbedingungen wird durch die Ausgabe geeigneter Berichte, Veröffentlichungen und Statistiken ergänzt.

4.3 Aufgabenstellung Entwurfsübung

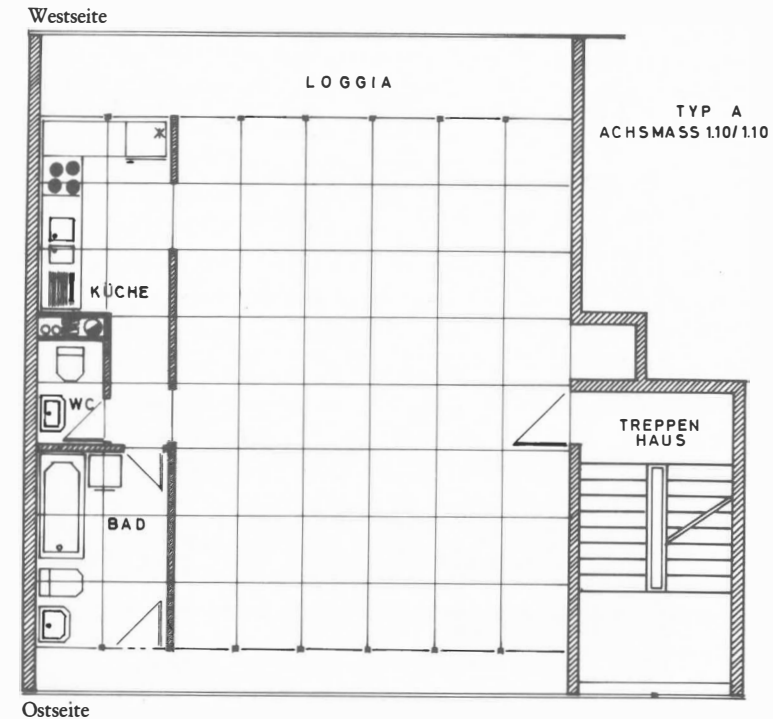
Die Studenten erhalten (bereits bei der Einführung in die Veranstaltung) eine »Ausschreibung« der Entwurfsaufgabe, in der die einzelnen Stationen der »Test«-Familie in fünf Phasen beschrieben und das schrittweise Vorgehen dargestellt wird.

a) Beschreibung »Test«-Familie (WS 78/79)

Familie P. in Köln bezieht die gezeigte Wohnung mit flexiblem Grundriß (soz. Wohnungsbau '73 rd. 80 m²) und wohnt hierin auf Dauer. Alle fünf Jahre wird die Wohnung den aktuellen Bedürfnissen der Familie bzw. der einzelnen Mitglieder der Familie entsprechend umorganisiert, die Wände werden neu gestellt.

(Grundriß: SAGA, Hamburg, BMBau-Wettbewerb Flexible Grundrisse 1971).

¹⁰ Z. B. wurden in einer Hausarbeit bearbeitet: Heil 1971; Herlyn 1970/1977, Klockhaus 1975, Meyer-Ehlers 1971, Mühlich 1978, Zapf 1977, BMJFG Familie u. Wohnen 1975.



Phase I

1978: Hausfrau (27)	Stenotypistin, nicht berufstätig Hobby: Schneidern.
Hausherr (28)	Maschinenschlosser (Lohnempfänger), Schichtdienst, Gewerkschaftsmitglied Hobby: Modelleisenbahn, Wandern.
Tochter (4)	½-tags Kindergarten
Sohn (1)	
alter VW, Urlaub an der Röhn	

Phase II

1983: Hausfrau (32)	nicht berufstätig
Hausherr (33)	Vorarbeiter, Lohnempfänger, Vorbereitung auf Meisterprüfung, Normalarbeitszeit, Mitglied Modelleisenbahn-Club
Tochter (9)	Grundschule, Gitarrenkurs
Sohn (6)	Vorschule
gebrauchter Opel, Urlaub in Österreich	

Phase III

1988: Hausfrau (37)	½-tags tätig als Stenotypistin, Vorsitzende Klassenpflegschaft Tochter
Hausherr (38)	Montagegruppenleiter, Gehaltsempfänger, Betriebsratsmitglied, Vorsitzender Modelleisenbahnklub
Tochter (14)	Gymnasium, Schulorchester, Tanzkurs
Sohn (11)	Realschule, Fußballklub
neuer VW Variant, Urlaub in Spanien	

Phase IV

1993: Hausfrau (42)	ganztags tätig als Sachbearbeiterin, Fortbildungskurse als Schneiderin
Hausherr (43)	Sachbearbeiter Qualitätskontrolle, Betriebsratsvorsitzender
Sohn (16)	mittlere Reife, macht Maurerlehre, Mofa, leitet »Falken«-Gruppe
Großmutter (70)	verwitwet, Rentnerin
Tochter (19)	Abitur, studiert BWL in Marburg, »Ente«, Freund
neuer Opel, Wohnwagen mit festem Standplatz an der Sieg	

Phase V

1998: Hausfrau (47)	½-tags tätig als Dozentin für Hobby-Schneidern VHS, Vorstand Hausfrauenbund
Hausherr (48)	Gruppenleiter Lehrlingsausbildung, stellvertr. Bezirksvorsitzender Gewerkschaft
Sohn (21)	Facharbeiterbrief, studiert Bauingenieurwesen in Köln, Vorsitzender Jungsozialisten im Unterbezirk, VW
Tochter (24)	Dipl.-Kaufm., verheiratet, eine Tochter
neuer Peugeot, Wochenendhäuschen in der Eifel	

b) Vorgehensweise (WS 79/80)

- Durch jeden Einzelnen sollen die erkennbaren/vermuteten Wohnbedürfnisse der einzelnen Familienmitglieder aufgrund unterschiedlicher Verhaltensweisen in den beschriebenen fünf Lebenssituationen der Testfamilie analysiert und aufgelistet werden. Dabei auftretende/zu erwartende Konflikte werden dargestellt und hieraus Ansprüche an die Wohnung formuliert (Analyse-Liste).

- In Gruppen – wobei jeweils Einer/Eine eine bestimmte Rolle (Hausfrau, Hausherr, Tochter, Sohn, Großmutter) übernimmt – werden die Ansprüche an die Wohnung durch Diskussion der Konflikte zwischen einzelnen Ansprüchen, die Herausarbeitung von Familienpräferenzen usw. als Familienmeinung in den Phasen I bis V formuliert (Diskussion 1 – Protokoll).
- In gemeinsamer Diskussion aller werden die Erkenntnisse der Gruppen ausgetauscht und die Anforderungen an die Wohnung, über die Einmütigkeit besteht, je Lebenssituation als Rahmen für das weitere Vorgehen verabredet = Planungsprogramm und Beurteilungskatalog. (Diskussion 2 – Protokoll).
- Für die fünf Lebenssituationen der »Test«-Familie werden von jedem Einzelnen auf der Grundlage des übergebenen flexiblen Grundrisses fünf Grundrisse – Phase I–V – entwickelt und möbliert im Bedarfsfall mit stichwortartigen Erläuterungen (Entwurf – Pause/Tarnzahl).
Anmerkung: Die Zeichnungen der Studenten werden von mir einheitlich überzeichnet, um die Jurierung zu erleichtern.
- Nach Überprüfung der aufgehängten Entwürfe werden von jedem Einzelnen für jeden der fünf Lebensabschnitte *die* drei Lösungen aus allen Beiträgen ausgewählt, die den zuvor diskutierten Anforderungen am besten entsprechen (insges. 6 Punkte, Rang 1: 3 Punkte). Das Urteil ist stichwortartig zu begründen. (Formular-Jurierung).
Anmerkung: Die ausgefüllten Formulare werden von mir ausgewertet und die Ergebnisse mitgeteilt.
- In gemeinsamer Diskussion werden – nach Rundgang und evtl. Erläuterungen der Verfasser – die Ergebnisse der zusammengefaßten Einzel-Jurierung beraten und, ggf. modifiziert, bestätigt (Diskussion 3 – Protokoll).
Anmerkung: An typischen Grundrissen wird von mir die Erfüllung/Nichterfüllung der Anforderungen aufgezeigt.

c) Arbeitshilfen

- Liste: Analyse Anforderungen an Wohnung Phase...
- Grundriß flexible Wohnung Maßstab 1:50.
- Blatt »Möbel zum Ausschneiden« Maßstab 1:50.
- Formular: Beurteilung der Entwürfe.
- Protokollblätter, Transparentpapier.

Folgende themenrelevanten Veröffentlichungen wurden (Wi. Sem. 78/79) an die Studenten ausgegeben und besprochen:

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Gesellschaftliche Daten 1977 Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1978.
- Institut Wohnen und Umwelt, Darmstadt: Zusammenhang von gebauter Umwelt

und sozialem Verhalten im Wohn- und Wohnumweltbereich. Schriftenreihe BMBau, Bd. 03062, Bonn 1978.

- Fachbereich Wirtschaftswissenschaft Uni Frankfurt: Die Problematik der Ermittlung von Wohnbedürfnissen. In: Kurzberichte aus der Bauforschung Nr. 11/78, S. 841–846.
- Le Fort, Gabriele von u.a.: Menschliche Maßstäbe in Wohngebieten. Sichtung sozio-ökonomischer Erhebungen auf ablesbare Planungskriterien für »Wohnen«... Hg.: Bundesvereinigung deutscher Heimstätten – Heinrich-Vombrock-Förderung '75/76. Bonn 1976.
- Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (Hg.): Die Wohnung und ihr Nahbereich – humane Planung für und mit den Bewohnern (u.a. flexible Grundrisse), Bd. 9, Hamburg 1978.
- SAGA Gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft (Hg.): Flexible Wohnung – die SAGA unternimmt einen Versuch (Info-Broschüre für Mieter). Hamburg 1972.
- Sozialbau Kempten (Hg.): Geschäftsbericht 1977. Gemeinnützige Kemptener Wohnungsbaugesellschaft mbH (u. a. variable Grundrisse). Kempten 1978.
- Institut für Bauforschung, Hannover: München-Neuperlach; städtebauliche Großform und kleinräumliche Differenzierung im Wohnungsbau. Schriftenreihe BMBau, Bd. 01.058. Bonn 1977.
- Literaturliste: Wohnen mit flexiblen Grundrissen (59 Titel).

4.4 Methodische und didaktische Überlegungen

Ziel der Unterrichtseinheit ist es nicht, aus Studenten der Sozialwissenschaft und Geographie Planer zu machen, sondern ihnen über den Weg der Planung die Handlungsbezogenheit, die Realitätsverbundenheit ihres »theoretischen Wissens« deutlich zu machen.

a) Zur Konstruktion der »Test«-Familie

Die Familie wird mit einigen wesentlichen Merkmalen jedes einzelnen Familienmitgliedes skizziert, die Anforderungen an den Wohnungsgrundriß und die damit verbundene Organisation des Familienlebens signalisieren. Dazu gehören Berufs-/Ausbildungssituation; Hobby/Spielbedürfnisse; gesellschaftliche Tätigkeit; Urlaub. Zugleich wird mit der Beschreibung die finanzielle Situation in den einzelnen Phasen I–V erkennbar.

Die Möglichkeit, den veränderten Anforderungen an die Wohnung durch Umzug Rechnung zu tragen, wurde bewußt ausgeschlossen (sie wird parallel als Hausarbeit vergeben – mit Grundrißkatalog usw.); einmal stellt der Wohnungsmarkt (auch nach den realen Erfahrungen der Studenten) kein finanziell tragbares Angebot zur Verfügung, zum anderen sollte unter praxisnaher Annahme (80 m² für 4 Personen) eine bedürfnisorien-

tierte Optimierung zum üblichen Wohnungsgrundriß (großes Wohnzimmer, großes Elternschlafzimmer, kleine Kinderzimmer) angestrebt werden.

Die Anlage der »Test«-Familie als sozialer Aufsteiger von der Unter- zur Mittelschicht ist natürlich überzeichnet. Sie soll Gelegenheit geben, sich mit dem Wandel der Wohnvorstellungen, der z. B. vom »konventionellen Vorzeigewohnzimmer in Altdeutsch gehalten« zum offenen Wohnungsgrundriß erfolgen kann, auseinanderzusetzen. Bedingt durch den sozialen Aufstieg treten »externe« Anforderungen an die Wohnung heran, z. B. durch das gesellschaftliche Engagement einzelner Familienmitglieder, es sind Konflikte und neue Verhaltensweisen zu erwarten, die von den Studenten erkannt und bei der Organisation des Wohnungsgrundrisses berücksichtigt werden sollen.

Das »Altern« der »Test«-Familie gibt Gelegenheit, sich mit den lebensaltersbedingten Bedürfnissen der Einzelnen wie den phasenbedingten Anforderungen der ganzen Familie im Hinblick auf die Prioritäten bei der Verteilung der knappen Fläche zu beschäftigen. Der Stereotyp: »Das Kinderzimmer ist zu klein« läßt sich kritisch untersuchen (beim einjährigen Kleinkind? beim 21jährigen Ingenieurstudenten?). Das Verbleiben der erwachsen werdenden Jugendlichen im elterlichen Haushalt, die generationsbedingten Konflikte beim Zuzug der Großmutter können erörtert werden, dabei können die Studenten als »Planer« erkennen, was sich durch räumlich-funktionale Maßnahmen z. B. zur Konfliktminimierung tun läßt.

Schließlich gibt die Konstruktion der »Test«-Familie Anlaß, über die Einflüsse der Arbeitswelt auf die Privatsphäre nachzudenken. Gerade die Schichtarbeit/Montagearbeit – vielen Studenten aus dem Revier aus eigener Erfahrung im Familienbereich bekannt –, aber auch die spätere Lehrtätigkeit der Hausfrau (d. h. das Anmelden eigener Ansprüche an Wohnfläche) oder die schulisch bedingten Notwendigkeiten erfordern zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit der Problematik – und damit die Aktivierung von familiensoziologischen, jugendsoziologischen, arbeitssoziologischen Kenntnissen – bevor und wenn »geplant« wird.

b) Zur Vorgehensweise

Der Ablauf der Unterrichtseinheit ist so angelegt, daß die Studenten zunächst an ihre eigenen Wohnerfahrungen anknüpfen können. Die zu erwartenden Lebensstile der »Test«-Familie in den einzelnen Phasen entsprechen – wie die Diskussionen zeigen – vielfach der eigenen häuslichen Situation. Beengte Wohnverhältnisse, knappe Kasse, unbefriedigende Arbeitsbedingungen sind gerade für unsere Studenten im Ruhrgebiet, die oft die ersten »Akademiker« der Familie sind, bekannte Realität.

Sie sollen allerdings – dazu dient die Analyse der eigenen Wohnsituation und die Auseinandersetzung im Rollenspiel »Familie« – zugleich dazu angehalten werden, ihre individuellen oder gruppenspezifischen Vor-Urteile zu erkennen und abzugrenzen. Hier liegt eine wesentliche Funktion des Dozenten, der im wesentlichen als Moderator und als

»Datenbank« tätig ist: immer wieder zu hinterfragen, woher eine Auffassung kommt (die als Anforderung an den Grundriß formuliert wird), worauf sie sich stützt, wie tragfähig sie ist, wie weit sie sich verallgemeinern läßt.

Laienplaner müssen schnell erste Erfolgserlebnisse haben, die Schwierigkeit der Aufgabenstellung muß mit dem wachsenden Selbstvertrauen einhergehen. Daher ist es zwar richtig, die Diskussion der Interessen und Bedürfnisse, möglicher Konflikte und daraus folgend die Erarbeitung sozialplanerischer Entwurfskriterien entsprechend den Phasen I bis V vorzunehmen (theoretische Vorarbeit); dies ist auch deshalb erforderlich, weil damit die Entwicklung des Verhaltens einer Aufsteigerfamilie analysiert und erkannt wird.

Die eigentliche Planung (und damit der Umgang mit den ungewohnten Darstellungstechniken) sollte jedoch mit der »leichtesten« Phase beginnen, dafür ist Phase V am geeignetsten, denn

- der Platz muß für nur 3 Personen reichen und
- das Kind (2) befindet sich in einer Lebensphase wie die Studenten selbst, die Eltern entsprechen altersmäßig den eigenen Eltern.

(Die gelieferten Beiträge hierzu wurden alle relativ gleichartig bewertet, sie waren durchweg für die »Test«-Familie brauchbar).

Der Nachteil zu großer Identifikation und damit Verlust der Objektivität der Planerrolle (für andere, nach deren Bedürfnis zu entwerfen) kann aufgefangen werden, indem hier eine *gemeinsame* Optimierung der selbstentworfenen Grundrisse anhand der vorher erarbeiteten Kriterien zwischengeschaltet wird. Sodann sollen die Studenten jedoch – beginnend mit Phase I, der Entwicklung der Familie folgend, die Wohnungsgrundrisse nacheinander entwerfen.

Ein für die Studenten durchweg ungewohnter Vorgang ist die Übernahme verschiedener Beurteilungspositionen bei der Bearbeitung der gleichen Aufgaben.

Sie finden sich in der Rolle

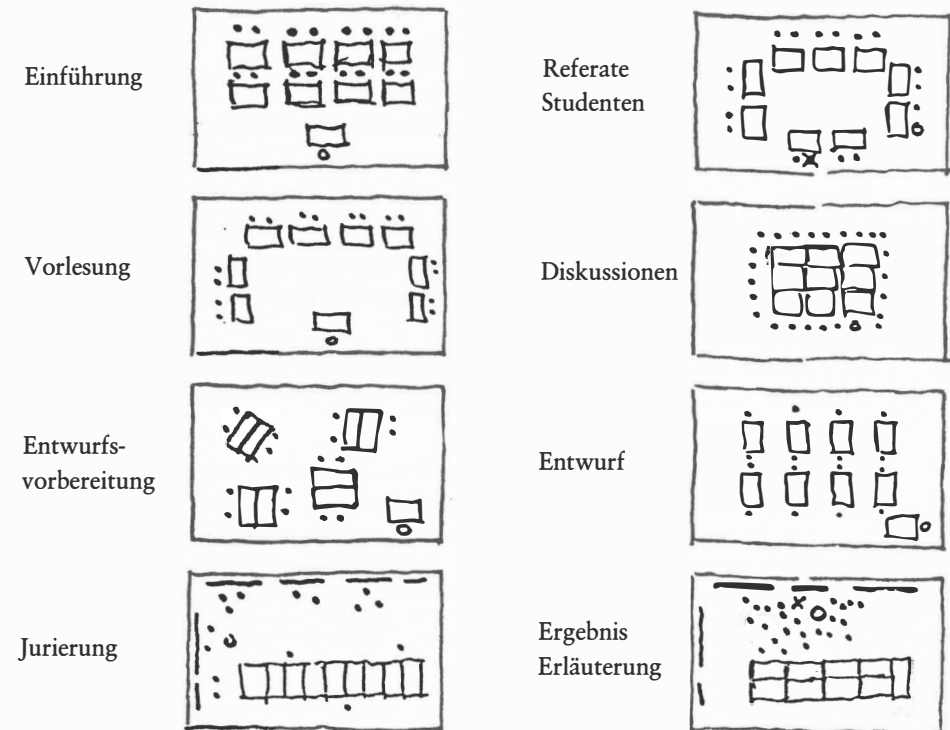
- als Betroffener von Planung, als Familienmitglied in Auseinandersetzung mit den anderen bei der Artikulation von Bedürfnissen,
- als Wissenschaftler bei der Formulierung der (intersubjektiv) »richtigen« Anforderungen an den Grundriß,
- als Planer bei der (kreativen) Umsetzung in Grundrißentwürfe,
- als Richter bei der Beurteilung der Arbeitsergebnisse und der Auswahl von Best-Lösungen.

Dabei können im kleinen die Ablaufmechanismen von Planungsprozessen – Bedarfsermittlung – Zielformulierung – Umsetzung in Alternativen – Prüfung – Entscheidung usw. – nachvollzogen werden, wie sie den Studenten z. B. in der Organisations- oder Betriebssoziologie bereits begegnet sind. Durch den Dozenten wird hier fallweise der Bezug zu den oben erörterten Rahmenbedingungen hergestellt.

c) »Wohnen« im Hörsaal

Da es hier um das Erkennen und die Verknüpfung sozialer und räumlich-funktionaler Aspekte geht, wird der Hörsaal als didaktisches Mittel, so gut es geht, mit einbezogen. Seine Flexibilität in der Möblierung gestattet es, analog zur gestellten Aufgabe »Bedürfnisgerechtes Wohnen«, jedem Arbeitsschritt bzw. jeder gerade ausgeübten Rolle der Studenten die adäquate Struktur zu geben.¹¹

Wir benutzen dazu folgende Aufstellungen (sofern die Tische nicht mal wieder fortgeschleppt worden sind):



4.5 Ergebnisse einer Entwurfsübung Wi.Sem. 78/79

Im folgenden sollen die »praktischen« Ergebnisse der Unterrichtseinheit anhand einiger ausgewählter Beispiele dargestellt werden, um einmal zu zeigen, was dabei herauskommt, wenn »Laien« – unter fachlicher Moderation – selbst planen. Die Ergebnisse der Diskus-

¹¹ Je nach Arbeitsschritt werden die erörterten Probleme durch Pläne, Karten, Grafiken, Prospekte, Zeitungen, Plakate usw. an den Wänden visualisiert. Bei der »Familiendiskussion« bzw. beim Einstieg in die Entwurfsphase gibt es Kuchen u. Wein, um durch etwas »Atelieratmosphäre« die Schwellenangst vor dem zeichnerischen Entwerfen abzubauen.

sionen einzelner Probleme scheinen dabei nur indirekt auf. An der Veranstaltung im Wintersemester 1978/79 nahmen 20–25 Studentinnen und Studenten der höheren Semester Sozialwissenschaften und Geographie teil.

a) Entwurfs- und Beurteilungskriterien für die Phase I (Beispiel)

Nach Einzelarbeit, »Familien«-Rollenspiel und gemeinsamer Diskussion im Plenum wurden für die »Test«-Familie (1978: Hausfrau 27; Hausherr 28; Tochter 4; Sohn 1) von den Studenten folgende Anforderungen formuliert:

- Der Vater braucht ungestörten Schlaf auch am Tage.
- Kinder sollen in Nähe der Hauptfunktionsbereiche der Mutter spielen.
- Möglichkeiten der Verbindung Schwester-Bruder; Kleinkind-Eltern
- Die Mutter braucht eigenen Nähplatz oder bewegbare Nähmaschine.
- Das Kleinkind hat noch keinen ausgedehnten Spielraumbedarf.
- Die Mutter braucht Platz in der Küche, auch für Waschmaschine.
- Der Vater braucht sein Hobby »Modelleisenbahn« als wichtigen Ausgleich (Schichtarbeiter können an üblicher Freizeitgestaltung nicht teilnehmen) – gutes Licht nötig.
- Aufsteigerfamilie wird in dieser Phase Wert auf ein abgeschlossenes Wohnzimmer – repräsentativ eingerichtet, tabu für die Kinder – und ein konventionelles Schlafzimmer legen (immer ordentlich).
- Konflikte sind zu erwarten zwischen tagsüber schlafendem Vater und spielenden Kindern, insbesondere, wenn Tochter Spielkameraden mitbringt.
- Stauraum für Wanderausrüstung ist erforderlich (Zelt, Kleidung, Gerät).

Nach diesen Leitlinien war zu entwerfen und später bei der Jurierung zu beurteilen.

b) »Best«-Grundrisse nach dem Urteil der Studenten (Abb. 2–6)

Nach Überzeichnung der eingereichten Entwürfe für die Phase I–V (in den Weihnachtsferien) und Jurierung durch die Studenten (der Dozent hat eine Stimme wie alle anderen) wurden folgende Lösungen als für die »Test«-Familie optimal in der jeweiligen Phase gekennzeichnet:

Die Beurteilung durch die Studenten, die anonym vorgenommen wurde, hat solchen Lösungen mehrheitlich den Vorzug gegeben, die noch relativ eng am »Gewohnten« – in realer Einschätzung der Struktur und Verhaltensweise der »Test«-Familie, für die zu planen war – orientiert sind. Besonderes Gewicht wurde durchweg den Anforderungen der jungen Generation gegeben. Die unterschiedlichen Prioritäten in den einzelnen Phasen kamen in den »Best«-Lösungen zwar zum Ausdruck, insgesamt aber wird »Gerechtigkeit für alle« angestrebt.

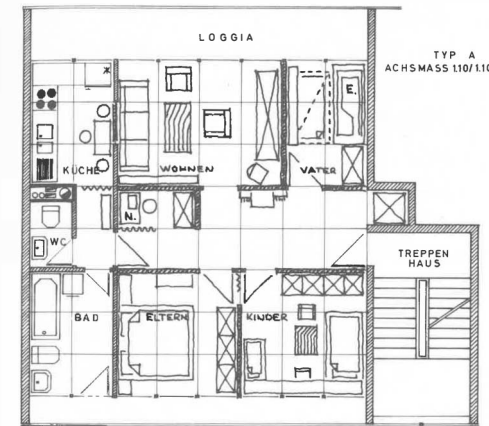


Abbildung 2

Für Phase I (Verfasser: Marion Trautmann, 21 J. 5. Sem. Sowi)

(Hausfrau 27; Hausherr 28; Tochter 4; Sohn 1)

Erläuterung

- Schichtarbeitender Vater, eigener Raum mit Klappbett und Modelleisenbahn.
- Nähplatz Mutter (unaufgeräumt abtrennbar durch Vorhang) am Spielflur in Kindernähe.
- Gemeinsames Kinderzimmer mit direkter Verbindung zur (schlafenden) Mutter.
- Abgeschlossenes Wohnzimmer (gute Stube), konventionelles Schlafzimmer.

Positiv wurde bei der Beurteilung die Berücksichtigung der Bedürfnisse des Vaters (Tages-schlaf) hervorgehoben sowie die großen Spielflächen für die Kinder und die Kontakte Mutter-Kind.

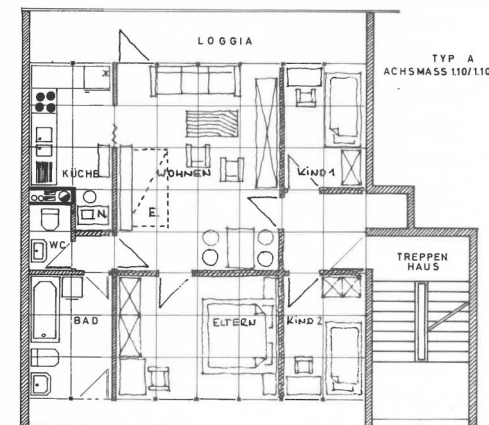


Abbildung 3

Für Phase II (Verfasser: Detlef Raphael, 22 J. 5. Sem. Sowi)

(Hausfrau 32; Hausherr 33; Tochter 9; Sohn 6)

Erläuterung

- Getrennte Privatbereiche für Kinder, um individuellen Interessen Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.
- Arbeitsplatz Vater im Schlafraum zum ungestörten Arbeiten.
- Nähplatz Mutter im Küchenbereich.
- Modelleisenbahn hochklappbar im Wohnzimmer.
- Wohnraum offen.

Positiv wurde der Versuch der Konfliktminimierung zwischen den Einzelinteressen bewertet (problematisch: kleine Zimmer für Kinder, Lage K 2 am Eingang).

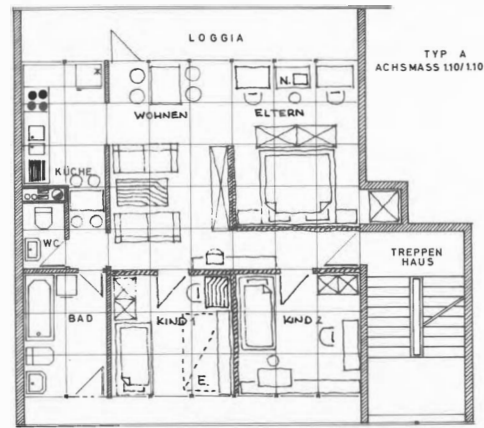


Abbildung 4

Für Phase III (Verfasser: Marita Ortmann, 21 J. 5. Sem. Sowi)
(Hausfrau 37; Hausherr 38; Tochter 14; Sohn 11)

Erläuterung

- Jedes Kind ein großes Zimmer, Tochter (14) am Eingang.
- Arbeitsplätze Eltern im Schlafrum, mit Wohnraum zu kombinieren.
- Bar-Eßplatz zwischen Flur und Küche.
- Offener Wohnraum.
- Modelleisenbahn ausklappbar im Zimmer Sohn (11).

Positiv wurde bei der Beurteilung der verhältnismäßig reichliche Platz für die Kinder bewertet, sowie die Kombination der elterlichen Arbeitsplätze unter Reduzierung des »Schlafzimmers« auf einen Liegeplatz.

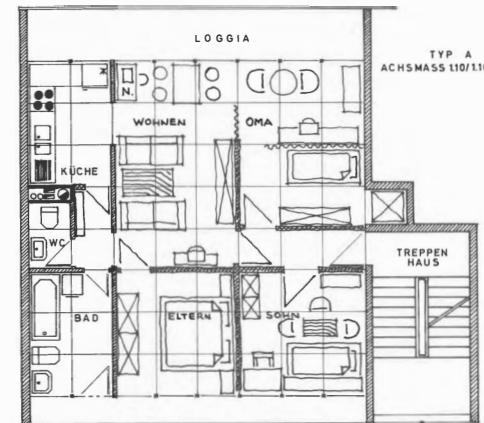


Abbildung 5

Für Phase IV (Verfasser: Marita Ortmann, 21 J. 5. Sem. Sowi)
(Hausfrau 42; Hausherr 43; Sohn 16; Großmutter 70)

Erläuterung

- Raum Oma mit Schlafabteil und abgetrenntem Eingang kombinierbar mit Wohnzimmer.
- Raum Sohn mit abgetrenntem Eingang.
- Arbeitsplatz Mutter bei Eßtisch (Nähen), Schreibtisch ausklappbar.
- Tochter schläft bei Besuch auf Ausziehcouch.

Positiv wurde die Integration des Bereiches der Großmutter in das Familienleben sowie die angemessene Zimmergröße des Sohnes (16) bewertet.

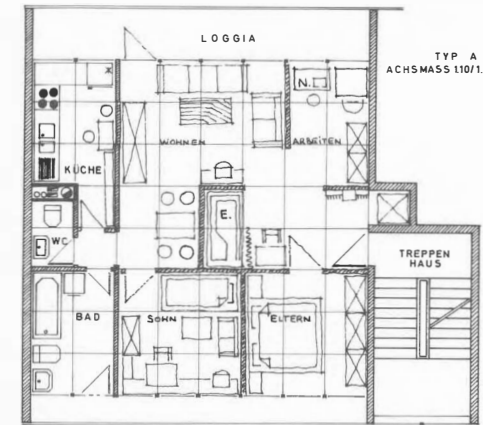


Abbildung 6

Für Phase V (Verfasser: Detlef Raphael, 22 J. 5. Sem. Sowi)
(Hausfrau 46; Hausherr 47; Sohn 21)

Erläuterung

- Offener Grundriß Wohnen – Arbeiten mit Näh-/Arbeitsplatz Mutter, Spiel-/Arbeitsplatz Vater.
- Raum Sohn nahe Küche (nachts Appetit), Alternative: Tausch mit Elternschlafzimmer, dann: ungestörter Eingang.

Das verfolgte Ziel: »Zwang« zur familiären Integration – aber Privatheit jedes Einzelnen gewahrt, wurde bei der Beurteilung anerkannt, positiv bewertet durch den Arbeitsbereich der Mutter.

c. Grundrisse mit spezifischen Prioritäten (Abb. 7–9)

Einige weitere Beispiele sollen verdeutlichen, was man – bei gleicher Aufgabenstellung – mit flexiblen Wohngrundrissen machen kann, um sie den speziellen Bedürfnissen einer speziellen Familie anzupassen. Hier haben die Studenten wohl weniger an die beschriebene »Test«-Familie gedacht, sondern eher sich selbst in den geschilderten Situationen gesehen, was zu höchst unkonventionellen Lösungen führte.

Bei diesen Lösungen wird auch von den technischen Möglichkeiten des Einsatzes von 1,10 m breiten, deckenhohen Wandelementen als Raumteiler zur Ausgrenzung kleiner nutzungsspezifischer Bereiche Gebrauch gemacht.

d) »Erlkönig«-Grundriß für Phase II (Beispiel) (Abb. 10)

Die Ausschreibung der Entwurfsübung für das Wintersemester 78/79 wurde mit einigen Erläuterungen zum Ziel der Aufgabe, aber naturgemäß ohne die differenzierten Informationen zu Wohnbedürfnissen und Wohnverhalten, die in den Diskussionen von den Studenten erarbeitet wurden, meinem Sohn (12 Jahre) in die Hand gedrückt, der in den Weihnachtsferien ebenfalls fünf Grundrißentwürfe für die Phase I–V fertigte.

Kontrolliert werden sollte, ob auch in diesem Alter bereits konkrete Vorstellungen über Wohnbedürfnisse räumlich umgesetzt werden können und wie diese Umsetzung im Urteil

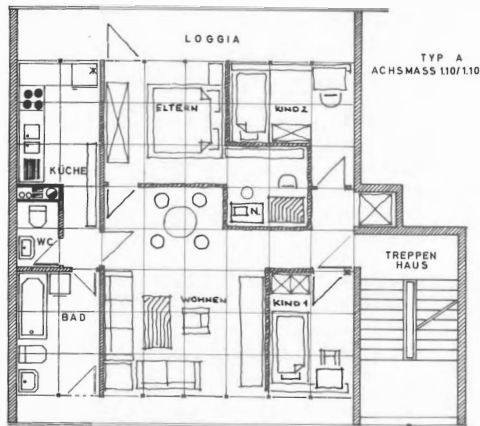


Abbildung 7

Für Phase II (Verfasser: Martin Biller, 22 J. 5. Sem. Sowi)
(Hausfrau 32; Hausherr 33; Tochter 9; Sohn 6)

Jedes Kind erhält ein eigenes, individuell geschnittenes Zimmer. Der elterliche Schlafraum wird durch eine innenliegende Arbeitskammer für Vater und Mutter ergänzt, die Modelleisenbahn »schwebt« von der Decke herunter, das Wohnzimmer ist offen.

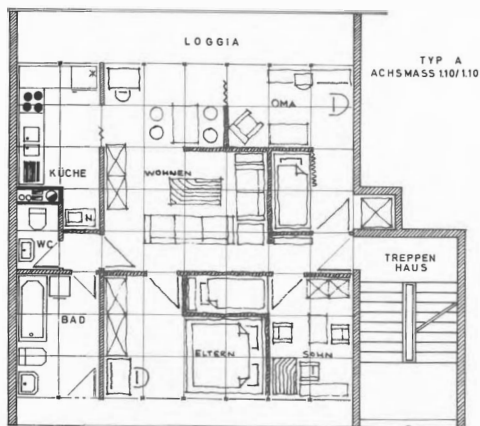


Abbildung 8

Für Phase IV (Verfasser: Bärbel Neudert, 23 J. 11 Sem. Sowi)
(Hausfrau 42; Hausherr 43; Sohn 16; Großmutter 70)

Der Grundriß für sportliche Typen. Um sowohl für den Sohn wie für die Eltern Arbeitsplatz zu schaffen, sind die Betten eingebaut (der sogen. »Reinhüpf«-Typ). Die differenzierte Stellung der offenen Wände schafft z. B. Gelegenheit, daß die Großmutter, wenn sie Gäste hat, den Eßplatz »ihrem« Bereich zuordnen kann.

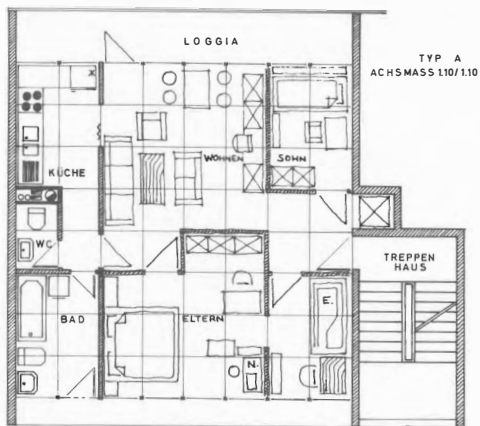


Abbildung 9

Für Phase V (Verfasser: Franz-Josef Tausch, 23 J. 5. Sem. Sowi)
(Hausfrau 46; Hausherr 47; Sohn 21)

Hier wurden die Spiel- und Arbeitsbereiche der Eltern mit dem Schlafraum zusammengefaßt, so daß die Kontakte der Eltern auch bei den häuslichen Arbeiten möglich sind (fraglich, ob der studierende Sohn es in seinem Winzzimmer lange aushalten wird).

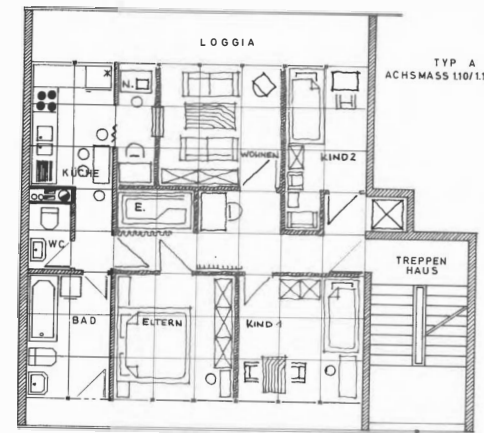


Abbildung 10

Für Phase II (Verfasser: Götz-Tillmann Großhans, 12 J. Realschüler)
(Hausfrau 31; Hausherr 33; Tochter 9; Sohn 6)

der Studenten abschneidet. Die Pläne wurden ebenfalls von mir überzeichnet und ohne Kenntnis der Studenten anonym wie die anderen Entwürfe zur Beurteilung aufgehängt.

In der Gesamtbewertung aller Phasen lag Götz-Tillmann Großhans – nach Marion Trautmann und Marita Ortmann – auf dem dritten Rang aller beurteilten Arbeiten und erreichte punktgleich mit Martin Biller den 1. Platz in Phase II.

Dies ist insofern bemerkenswert, als die geschilderte Familiensituation *nicht* seinem aktuellen eigenen Entwicklungsstand entspricht (etwa Phase III), sondern »für andere« geplant wurde.

Die Bedürfnisse der einzelnen Familienmitglieder wurden – aufgrund eigener Erfahrungen und Beobachtungen der Familie – erkannt und umgesetzt:

- die Tochter (9) mit kleinerem Zimmer und eigener »Gitarrenübungsecke« mit Sitzmatratzen,
- der Sohn (6) mit großem Zimmer, Bodenspielraum und Basteltisch,
- die Mutter mit separatem Nähplatz, Tageslicht an der Nähmaschine und Abschlußmöglichkeit bei Arbeitsunterbrechung,
- der Vater mit Modelleisenbahn und Arbeitsplatz im Flurbereich (für Abendarbeit).

Gegessen wird am (hockklappbaren) Tisch in der Küche oder im Wohnzimmer (mit Durchreiche zum Nähraum). Diese Lösung wurde durch die Studenten auch wegen der erreichten Konfliktminimierung als positiv eingestuft.

e) Erörterung einzelner Probleme. Beispiel Nutzungsverträglichkeit

Bei der gemeinsamen Diskussion der »Best«-Grundrisse wird – rückkoppelnd auf die erarbeiteten Entwurfs- und Beurteilungskriterien – vor allem die Entstehung von (evtl.

durch andere Organisation des Grundrisses vermeidbaren) Konflikten innerhalb der Familie durch die unterschiedliche Nutzung und die dadurch entstehenden Folgen für die »normale« Entwicklung vertieft erörtert. Ist z. B. der tagsüber schlafende Schichtarbeiter nicht einigermaßen vom kleinkinderbestimmten Familienleben abgeschrmt, müssen die Kinder »stillgehalten« werden, wird ihr eigener Bewegungsdrang unterdrückt.

Liegen z. B. die kleinen Kinderzimmer weit weg von der (schlafenden) Mutter, werden nachts Ängste (bei Mutter und Kindern) aufgebaut.

Die Entwürfe werden von mir entsprechend gekennzeichnet und die Probleme in einer Abschlusssitzung erörtert (Abb. 11).

Bei einer solchen Entwurfsübung erwarten die Studenten mit Recht, daß der Dozent nicht nur kritische Anmerkungen zu ihren eigenen Produkten macht, sondern selbst auch »Farbe« bekennt. Meine eigenen Lösungsversuche entstehen zur gleichen Zeit wie die studentischen Entwürfe. Sie sollen vor allem dazu dienen, Möglichkeiten der Konfliktminimierung aufzuzeigen.

Abschließend zur Darstellung der Ergebnisse einer Entwurfsübung für Phase I »meine« Lösung und das Funktionieren des Haushaltes zu zwei Zeiten: a) 15.00 h Situation mit spielenden Kindern und schlafendem Vater; b) 22.00 h Situation mit spielendem Vater und schlafenden Kindern (Abb. 12–14).

Durch dieses Beispiel wird zugleich verdeutlicht, wie wenig generelle Normen, z. B. zur Mindestgröße von Kinderzimmern, geeignet sind, aktuelle, familienspezifische Bedürfnisse zu befriedigen. Bei Wohnungen mit festen Wänden (die über eine lange Standdauer sozial brauchbar sein müssen) lassen sich derartige Lösungen – die u. U. schon in zwei Jahren »überholt« sein können (dann braucht z. B. auch das Dreijährige Platz) – sicher *nicht* »bauen«, hier müssen geeignete Entwurfsregeln und evtl. eine eingebaute Teilflexibilität (Trennung/Zusammenlegung von Räumen) Anpassungshilfen bieten.

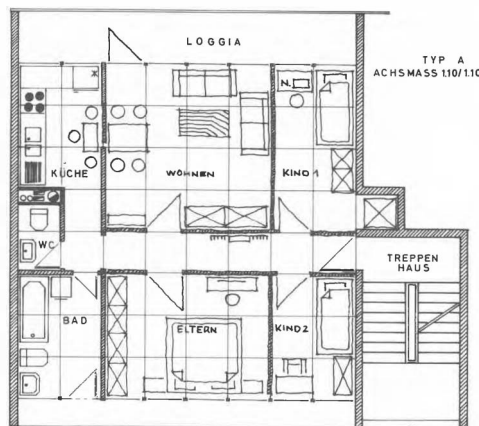


Abbildung 11

Korrekturbeispiel (für Phase I) konventioneller Grundriß (ohne Beachtung der analysierten Bedürfnisse der Familie in dieser Phase)
Großes Wohnzimmer (Tabu für Kinderspiel).
Großes Elternschlafzimmer, 2 kleine Kinderzimmer
Diskussionspunkte: Lage Kinderzimmer, gefährlich am Eingang.
Schlafender Vater tagsüber zwischen Kinderspiel- und Badezimmer.
Näheplatz Mutter im Kinderzimmer, Eltern jetzt vor Fenster.
Möblierung Kinderzimmer jetzt mit Erwachsenenmöbel.

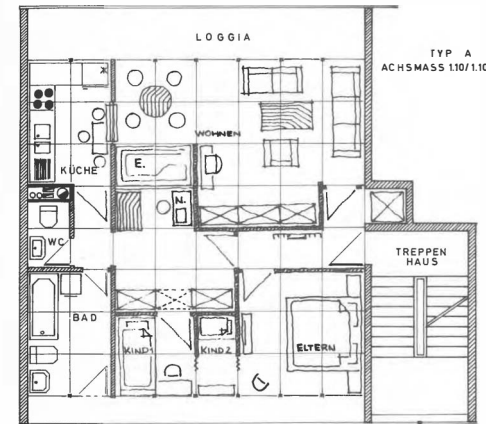


Abbildung 12

Für Phase I (Verfasser: Hartmut Großhans, 43)
(Hausfrau 27, Hausherr 28, Tochter 4, Sohn 1)

Zwischen Nähplatz der Mutter am Spielflur (unaufgeräumt durch Vorhang abtrennbar) und Modelleisenbahn des Vaters (Unterteil herausziehbar) am Eßplatz ist eine festeingebaute Glasscheibe zur Belichtung Spielflur, die nachts durch Vorhang/Rollo abgedeckt werden kann. Die Kleidung kommt in Einbauschränke am Spielflur.

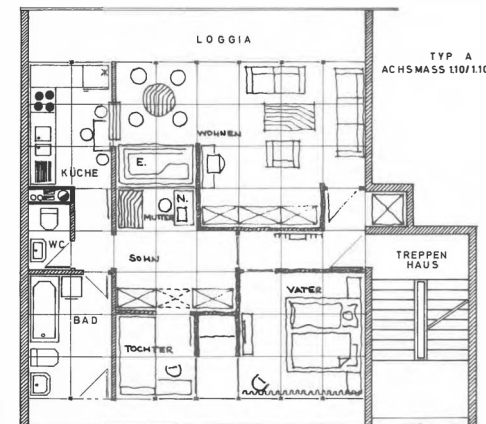


Abbildung 13

Für Phase I 15.00 h Situation (Entwurf Grh. 29. 11. 78)

- Vater schläft nach Schicht lärmgeschützt (Pufferzone Flur/Kleinkindkabäuschen).
- Mutter näht und schaut nach den Kindern.
- Sohn (1) krabbelt und spielt durch die Gegend.
- Tochter (4) spielt mit Freundin in »ihrem« Zimmerchen.
- WC, Waschbecken, Küche ist zugänglich.
- Wohnzimmer = gute Stube ist zu, rd. 12 m² beispielbare Fläche vorhanden.

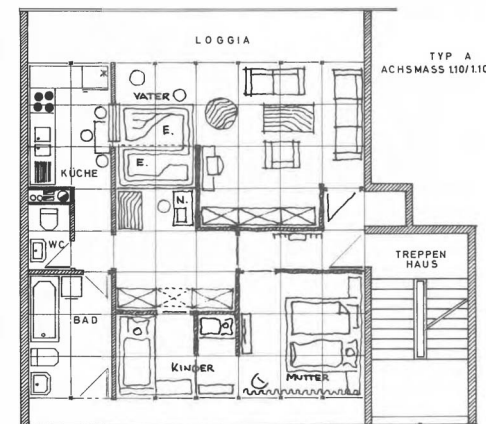


Abbildung 14

Für Phase I 22.00 h Situation (Entwurf Grh. 29. 11. 78)

- Vater spielt vor Schicht Modelleisenbahn mit Kollegen (wenn man die Falttür zur Küche beibehält, könnte er auch noch Bier holen und auf die Toilette, ohne zu stören).
- Mutter schläft mit offener Raumverbindung zum Kleinkind (1).
- Tochter schläft lärmgeschützt in eigenem Zimmerchen (kann bei Bedarf auf kurzem Weg zur Mutter, aufs WC).
- Spielflur ist dunkel, Abmarsch zur Arbeit stört die Schlafenden nicht.

5. Zusammenfassung und Weiterführung

Die von mir im Wintersemester 78/79 im Lehrprogramm der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Ruhruniversität Bochum erstmalig eingesetzte Unterrichtseinheit »Bedürfnisorientiertes Wohnen« mit einer Entwurfsübung für Laienplaner hat bei den Studenten Interesse gefunden. Die Teilnehmerzahl hat sich inzwischen verdoppelt, was einige organisatorische und didaktische Probleme mit sich bringt. Es hat den Studenten offensichtlich auch Spaß gemacht – auch darauf kommt es mir an.

Das Konzept wurde – in entsprechend modifizierter Form – angewendet im Rahmen der Erwachsenen-Fortbildung bei Seminaren:

- für Wohnungswirte und Architekten aus gemeinnützigen Wohnungsunternehmen beim Ausbildungswerk der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Hösel,
- für Sozialarbeiter, Sozial- und Jugendamtsleiter und Sozialplaner beim Sozialwissenschaftlichen Fortbildungswerk des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz

als zweitägige Blockveranstaltung; auch hier mit guter Resonanz.

Einige *ergänzende Aktionen* sind (z. T. bereits erprobt) zu empfehlen:

- Analyse von konventionellen Grundrissen anhand von Beispieldokumentationen des BMBau zur Unterbringung der »Test«-Familie entsprechend ihren Bedürfnissen / Phase (Umzug) unter Ideal- / unter Realbedingungen,
- Information durch Beispielsammlung (Dia-Serien) »So wohnen Familien heute«,
- Gemeinsamer Besuch der Seminarteilnehmer in Möbelhäusern, Ausstellungen »So richten sich Familien heute ein«,
- Gemeinsame Besichtigung von Neubau-Baustelle (soz. Wohnungsbau / u. U. mit Flexibilität im Grundriß) »So werden heute Wohnungen für Familien gebaut«,
- Analyse der Bedürfnisse der »Test«-Familie und Formulierungen der Anforderungen an das Gebäude, die Nachbarschaft, das Wohnumfeld (geht mit Fragebogen an Studenten und Literatur-Auswertung im Rahmen einer Hausarbeit),
- Überprüfung durch Aufstellen der Grundrißentwürfe im Maßstab 1:1 mit Stellwänden/Doppelmöbeln u. ä. im Hörsaal

und nicht zuletzt eine Abstimmung mit dem relevanten aktuellen Lehrangebot der jeweiligen sozialwissenschaftlichen Abteilung, um Theorie und Praxis möglichst eng zusammenbringen zu können. Damit ist allerdings eine 2-stündige Veranstaltung, die durch einen externen Lehrbeauftragten durchgeführt wird, überfordert.

Zum Abschluß: Meine Erfahrungen mit dem Einsatz von »Laienplanern« im Bereich Wohnen zur Erörterung von »praktischen« Problemen der Soziologie haben dazu geführt, daß auch bei den anderen Schwerpunkten meines Lehrangebotes (wie unter Pkt. 3 dargestellt) entsprechend geeignete Aufgaben entwickelt und eingesetzt worden sind:

- Entwurf eines kleinen Bebauungsplanes für ein Neubaugebiet in Stadtrandlage.
- Entwurf von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Wohnumfeldverbesserungen für ein Altbaugebiet.

Auch hier, wo dem Aspekt der praktischen Bürgerbeteiligung besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, zeigte sich die Fruchtbarkeit des Ansatzes und zugleich, wieviel brauchbare Ideen und welche Kreativität in jungen Menschen steckt, die nicht nur an der Hochschule, sondern vor allem im täglichen Lebenszusammenhang, geweckt, angeregt, unterstützt und für eine bessere »Stadt von morgen« nutzbar gemacht werden könnte.

Ziel meiner Veranstaltung soll es nicht zuletzt sein, jungen Bürgern ihren Anspruch auf und ihre Verpflichtung zur Mitgestaltung ihrer sozialen und ihrer gebauten Umwelt deutlich zu machen und Ansatzpunkte aufzuzeigen, wo und wie das machbar ist. Insofern versucht das Konzept über die Vermittlung von Wissen auch das Wecken von Kreativität und Engagement für gesellschaftsbezogenes Handeln, denn Sozialplanung bei der Stadtentwicklung – in diese Thematik ist die Unterrichtseinheit »Bedürfnisorientiertes Wohnen« eingeordnet – kann und darf keine Aufgabe allein von »Experten« sein. Studenten als Bürger, als Nachbarn im Wohnquartier, als Mitglieder von Parteien und Vereinen können und sollen dazu beitragen, daß die »Stadt für die Bürger« entwickelt wird. Zu dem gesellschaftspolitischen Bildungsauftrag, den die Hochschule auch auf diesem Feld hat, ist meine Veranstaltung als ein kleiner Beitrag gedacht.

Die öffentlichen Bauten teilen sich in drei Gruppen, von denen die eine der Verteidigung, die zweite der Gottesverehrung, die dritte dem allgemeinen Nutzen dient. Der Verteidigung dient die richtige Anlage von Stadtmauern, Türmen und Toren, ausgedacht, um dauernd feindliche Angriffe abzuwehren, der Gottesverehrung die Errichtung von Heiligtümern und heiligen Gebäuden der unsterblichen Götter, dem allgemeinen Nutzen die Einrichtung öffentlicher Anlagen zur allgemeinen Benutzung wie Häfen, Marktplätze, Säulenhallen, Badeanlagen, Theater, Wandelgänge und anderes, was zu denselben Zwecken an öffentlichen Plätzen angelegt wird. Diese Anlagen müssen aber so gut gebaut werden, daß auf Festigkeit, Zweckmäßigkeit und Anmut Rücksicht genommen wird... Auf Anmut [wird Rücksicht genommen], wenn das Bauwerk ein angenehmes und gefälliges Aussehen hat und die Symmetrie der Glieder die richtigen Berechnungen der Symmetrien hat.

Aus: Vitruv, Zehn Bücher über Architektur. Übers. v. C. Fensterbusch. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1964, S. 45

Ulrike Breitwieser / Franz Wagner

Alt-Urfahr: Das Dorf in der Stadt

Ein Beitrag der Soziologie zum Entscheidungsprozeß in einem Altstadt-Sanierungsgebiet am Beispiel Alt-Urfahr (Linz, Oberösterreich).

1. Allgemeines – 2. Das Ziel des Auftraggebers – 3. Zum Anliegen des Sozialforschers – 4. Soziologie und Stadtplanung. Anmerkungen zu einem eher merkwürdigen Verhältnis – 5. Einige Ergebnisse der Studie: 5.1 Die historische Entwicklung – 5.2 Alt-Urfahr und seine Bewohner – 5.3 Faktoren der Wohnbereitschaft – 6. Die Aussage der Studie – 7. Die gegenwärtige Entwicklung.

1. Allgemeines

Alt-Urfahr (West) war ein von den offiziellen Planungsbehörden zum Sterben verurteilter Stadtteil. Für einen Teil dieses an der Donau gelegenen Stadtteiles von Linz stellt das Hochwasser eine reale Gefahr dar. Daher wurde im Jahre 1956 ein Baustopp über das gesamte Gebiet verhängt und eine Flächensanierung vorgesehen.

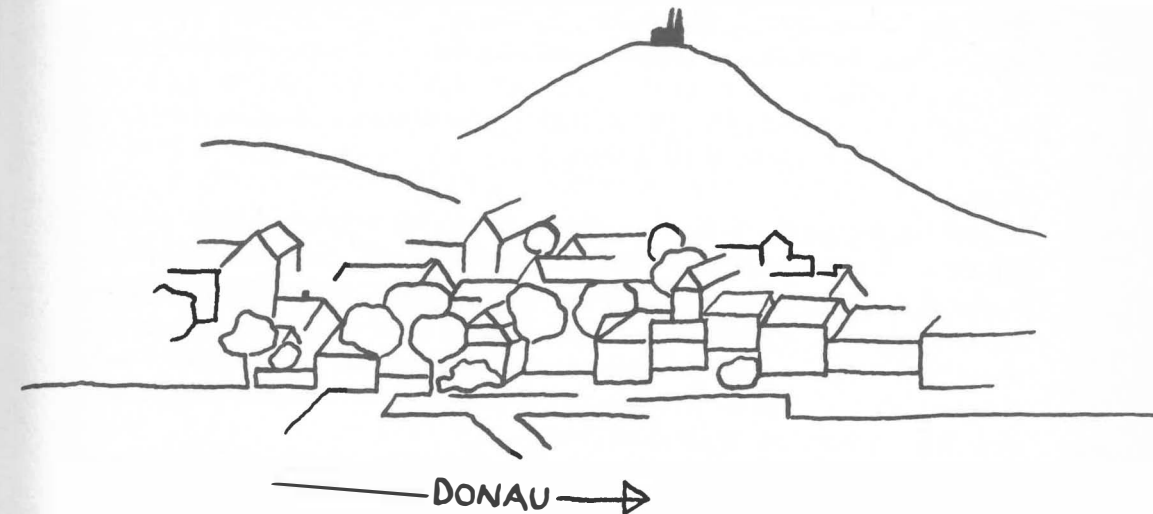
Die Folge dieser wohlgemeinten Planung – wie sie damals nicht nur in Linz, sondern allgemein verstanden wurde¹ – war jedoch tatsächlich ein weitgehender Niedergang des Gebietes. Die Entwicklung neuer Wohngebiete wurde in andere Stadtteile verlegt, die junge Bevölkerung verließ wegen der mangelhaft ausgestatteten Wohnungen und der fehlenden Umbaumöglichkeit und wegen des zu erwartenden späteren Abbruches Alt-Urfahr. Durch diese Abwanderung mußte in weiterer Folge eine Reihe von Geschäften und Betrieben schließen. Dadurch wurde für die verbleibende Bevölkerung die weitere Versorgung erschwert. Erst die Planung des neuen Zentralverwaltungsgebäudes der Stadtverwaltung bzw. die damit verbundenen Abtragungsarbeiten einer beträchtlichen Anzahl alter Häuser und die darauffolgenden Diskussionen auf vielen politischen Ebenen brachte den Umschwung. Eine Initiativgruppe (Architekten, Juristen) setzte sich das Ziel, den restlichen Hausbestand vor dem weiteren Verfall und dem Abbruch zu bewahren. Verbesserung der Wohnqualität, bauliche Sanierung, qualitative Adaptierung des Wohnungsbestandes und Schutz vor störenden Umwelteinflüssen galten als längerfristige Ziele.

Die Öffentlichkeit und die Planer begannen zu erkennen, welcher Weg einer über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte »natürlich gewachsenen« Stadtgestalt zukommt.

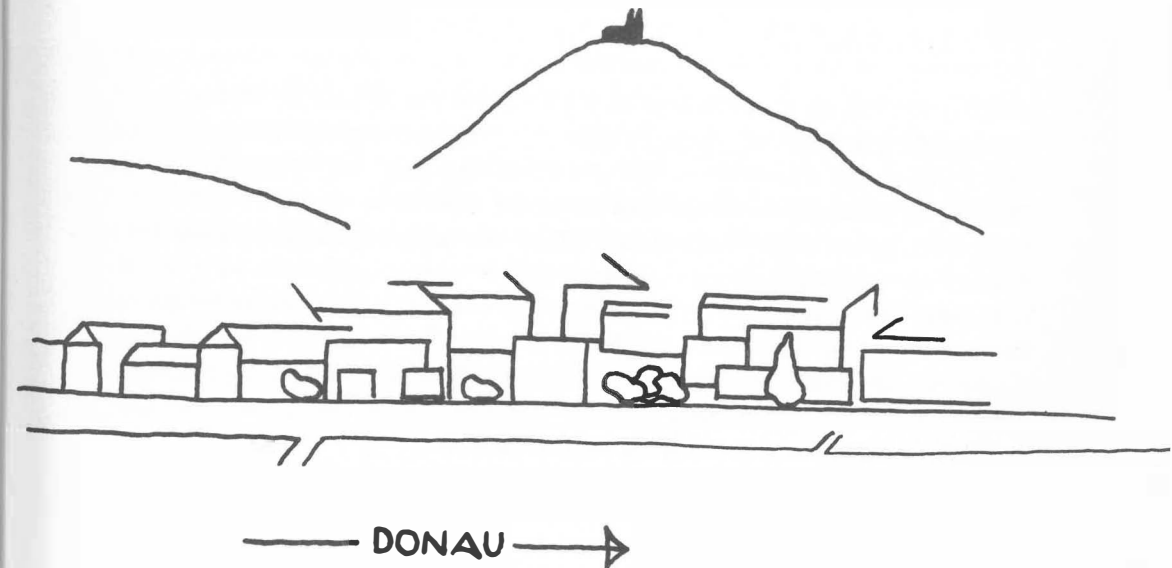
Allgemeines Ziel war (ist) es, ... »Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die gewachsenen Strukturen in Alt-Urfahr weitgehend erhalten bleiben können ...«.² Die Reaktion der

¹ E. Knauss, Räumliche Strukturen als Bedingungen der Bevölkerungsverteilung. Hamburg: Christians 1981.

² W. Knoglinger, Im »Schwarzen Walfisch« wird ein Stadtteil ausgebrütet, in: Lebendiges Linz, März 1980, S. 20f.



Skizze des Stadtteiles Alt-Urfahr mit Pöstlingberg im Hintergrund (nach einer Postkarte um 1950).



Skizze des Stadtteiles Alt-Urfahr (nach Projektplänen).

Bildnachweis: Kulturamt der Stadt Linz, Abteilung Dokumentation bzw. Archiv des NORDICO, Stadtmuseum Linz. Skizzen: Franz Wagner.

öffentlichen Stellen auf diese Planungsinitiative war zunächst von Unsicherheit geprägt. Pläne, die man jahrzehntlang auf Reißbrettern geschmiedet hatte, sollten auf einmal ihre Gültigkeit verlieren – und da war dann noch die leidige Frage: »Wollen das die Leute überhaupt?« zu klären – man wollte doch die Bewohner dieses hochwassergefährdeten Gebietes mit den »amtlichen« Sanierungsplänen vor weiteren Naturkatastrophen schützen...

Als die wichtigsten Ergebnisse unserer Studie³ bekannt wurden, löste man sich von den erwähnten »Sachzwängen« und vertrat öffentlich den von der »Arbeitsgemeinschaft Sanierung Alt-Urfahr West« eingeschlagenen Weg: »... Seitens der Planung ist dabei zu berücksichtigen, daß augenblickliche, technisch richtige Entscheidungen im Lichte geänderter Verhältnisse sehr rasch ihren Nimbus des »einzig Richtigen« verlieren können und daß gewollte Einschränkungen von Teilen der Gemeinschaft helfen können, längeranhaltende Werte zu bewahren (Fischerdörfel Urfahr)«⁴

Diese Studie hat weder Modellcharakter noch ist sie auch im konkreten Zusammenhang überzubewerten. Aber gerade dieses Beispiel vermag zu zeigen, welche Rolle die »Soziologie« in der »Stadtplanung« zu spielen hat; wie lange es gedauert hat, bis die Betroffenen in Planungsaktivitäten miteinbezogen wurden – und wie eine Kooperation möglichst aller von der Planung Betroffenen aussehen könnte.

2. Das Ziel des Auftraggebers

Im März 1980 erging vom Planungsamt der Landeshauptstadt Linz an Mitarbeiter des soziologischen Instituts der Johannes Kepler Universität der Auftrag, Hintergrunddaten und relevante Informationen für den Entscheidungsprozeß des Planungsamtes, die Zukunft des Stadtteiles Alt-Urfahr-West betreffend, zu erheben.

Nach der Vorstellung der Stadtplanung sollte dieser einzigartige, natürlich gewachsene Stadtteil nun weitgehend erhalten und instandgesetzt werden, »wenn dies auch von den Bewohnern so gewünscht wird«. Bedürfnisse, Wünsche und Anregungen sollen aus der Bevölkerung aufgegriffen werden und soweit als möglich in die Planung miteinbezogen werden, nachdem »das Selbstverständnis der Planung und Stadtplaner sich grundlegend geändert hat«.⁵ Die Entscheidung über den Verbleib im hochwassergefährdeten Gebiet sollte mit der betroffenen Bevölkerung besprochen werden.

³ U. Breitwieser / F. Wagner, Alt-Urfahr: Das Dorf in der Stadt. Untersuchungsbericht eines stadtsoziologischen Forschungsprojektes über die Wohnbereitschaft in Alt-Urfahr/Linz (= Soziologische Forschungen, Bd. 10) Linz 1980.

⁴ Aus der Schrift »Entwicklungsmöglichkeiten der Linzer Innenstadt«, Hrsg. vom Planungsamt der Stadt Linz, Linz 1980.

⁵ Aus einem Informationstext des Planungsamtes der Stadt Linz, Linz 1980.

Der Auftraggeber entschloß sich zu diesem Schritt nicht nur, um die Untersuchungsdaten als Entscheidungsunterlagen heranziehen zu können, sondern weil bei der Lösung der bestehenden Probleme in Alt-Urfahr eben schon teilweise jener Weg eingeschlagen wurde, der uns eindeutig als für alle Beteiligten der zufriedenstellendere zu sein scheint und auch schon in einer Informationsausstellung im Januar 1980 als »Neuer Weg in der Stadtplanung« bezeichnet wurde. Schon bei dieser Informationsausstellung, mit der versucht wurde, unter möglichst großer aktiver Beteiligung der Bevölkerung die Grundlagen für eine Neuerstellung des Bebauungsplanes zu erarbeiten, wurde in einem Schreiben eine derartige Untersuchung angekündigt.

3. Zum Anliegen des Sozialforschers

In jüngster Vergangenheit ist Städtebau generell zu einem immer wichtigeren Gegenstand soziologischer Forschungen geworden – und dennoch ist nur ein sehr geringer Teil der soziologischen Forschungsergebnisse planerisch verwertet worden. Ganz allgemein kann zunächst einmal die Frage gestellt werden: welche Rolle kann soziologische Forschung im städtebaulichen Planungsprozeß spielen bzw. welchen Erwartungen kann die Soziologie in diesem Zusammenhang gerecht werden?

Ausgehend von dieser zentralen Frage ist es auch uns ein großes Anliegen, unseren Standpunkt darzulegen, um die Forschungsergebnisse nicht isoliert in einem luftleeren Interpretationsraum schweben zu lassen, sondern von vornherein den Rahmen des Erkenntnis- und Verwendungszusammenhangs dieses Projekts aus unserer Sicht abzugrenzen. Die uns gestellte Frage, ob denn die Leute dort wohnen wollen, erschien uns von Anfang an nicht den Kern des Problems zu treffen. Vielmehr sahen wir darin einen deutlichen Hinweis auf den großen Legitimationsbedarf, den gerade Sanierungsmaßnahmen auslösen.⁶ Eingriffe in einem überschaubaren Raum, wie einem historischen Stadtviertel, werden von der Bevölkerung leichter durchschaut und überblickt und die Nähe der Vorgänge gibt Anlaß zu Kritik am Ausufern der kapitalistischen Siedlungspolitik.

Wir sehen beim konkreten Projekt die Aufgabe der empirischen Sozialforschung nicht darin, beliebig verwertbare Daten zu produzieren, sondern wenigstens ansatzweise die Sichtweise der Betroffenen herauszuarbeiten. Auf diesem Hintergrund haben wir nun versucht, empirisch-analytische Methode mit hermeneutisch-interpretativem Vorgehen zu verknüpfen. Soziale Tatbestände lassen sich nicht nur messen, sondern auch verstehen. Soziologisches Wissen ist in diesem Sinne als experimentelles Wissen zu verstehen, das in erster Linie für die Betroffenen als mögliche Interpretation ihrer Situation erstellt wird. Die Bestätigung oder Ablehnung dieser Interpretationen von Wirklichkeit durch die Bewohner

⁶ M. Degen, Stadterneuerung – Bewohnererneuerung (= Reihe Stadt- und Regionalsoziologie, Bd. 3) München: Ölschläger 1980.

soll von Wissenschaftlern, Planern und Betroffenen zum Anlaß für weitere Verständigungsprozesse genommen werden.⁷ Das bedeutet, daß das Abliefern des Forschungsberichtes nicht das Ende der Kooperation bedeuten darf.

Vielleicht liegt in diesem Verständnis ein möglicher Weg, der über einige unverbindliche Kontakte und Kooperationsformen zwischen Planer und Sozialforscher hinausführt; wo solche Ergebnisse dann vielleicht mehr sein können als eine »unverbindliche« Hilfe, deren Inanspruchnahme dem Planer freigestellt ist.

4. Soziologie und Stadtplanung. Anmerkungen zu einem eher merkwürdigen Verhältnis

Uns scheinen allgemeine Überlegungen und Gedanken zur generellen Problematik des städtebaulichen Planungsprozesses insofern notwendig, als sich auch bei der vorliegenden Untersuchung wieder im kleinen Rahmen bestätigt hat, wie dringend das Anliegen einer solchen dauernden Verständigung mit den Betroffenen ist. Im Verlauf der Untersuchung stellt sich klar heraus, daß nicht jene Verhaltensdeterminanten, welche der Auftraggeber als relevant ansah, auch von den Betroffenen wirklich als Entscheidungskriterien für ihre Wohnbereitschaft in Alt-Urfahr empfunden wurden, sondern es waren einige andere Punkte mit bedeutend höherem Gewicht für eine Entscheidung, die von den Befragten eingebracht wurden.⁸

Dieses Auseinanderklaffen von amtlichen Planungskriterien und subjektiven Problemen der »Planungsoffer« brachte uns klar vor Augen, wie komplex eigentlich auch in diesem Rahmen die Aufgaben sind. Stadt- und Umweltplaner, Ökonomen, Politiker, Statistiker, Verkehrsplaner, hin und wieder Soziologen – alle legen gut durchdachte Konzepte vor. Aber fein säuberlich getrennt; ein jeder aus seiner Sicht. Was fehlt, ist eine gemeinsame Grundlagen- und Stadtforschung, die nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit erfolgen kann.⁹ Es ist nicht damit getan, daß neue Fachleute zu anderen Fachleuten hinzukommen,¹⁰ sondern es geht darum, daß

1. die von einer Sanierung Betroffenen von Anfang an miteingeschaltet werden und nicht erst dann, wenn der architektonische Schaden irreparabel ist – wobei es falsch wäre zu glauben, daß Bürger, die 30 Jahre nichts zu sagen hatten, von heute auf morgen zur aktiven Mitarbeit bewegt werden können; (dazu ist auch der ständige Einsatz der Verantwortlichen notwendig) und daß
2. die durch einen solchen Ansatz notwendigen Verständigungsprozesse in den Planungsablauf als konstitutives Element eingehen und so das verwirklichen

⁷ G. Feldhusen, Soziologie für Architekten, Stuttgart 1975.

⁸ P. C. Dienel, Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Opladen: Westdt. Verlag 1978.

⁹ A. Speer, Sanierung statt Neugründung, in: U. Schultz (Hrsg.), Umwelt aus Beton oder Unsere unmenschlichen Städte, Reinbek 1971, S. 112.

¹⁰ A. Mitscherlich, Thesen zur Stadt der Zukunft. Frankfurt: Suhrkamp 1971.

können, was allgemein unter »kommunikativer, aktiver Planung« verstanden, aber zu wenig praktiziert wurde.¹¹

Sonst wird der Eindruck allzu stark, daß einige Fachleute zwar ausgezeichnet über die »Stadt« nachdenken und für sie argumentieren können, aber ohne Einbeziehung von Gedanken und Gefühlen ihrer Bewohner. Sicherlich ist dies bedingt durch Arbeitsweise und Integration des Stadtplaners in das gegenwärtige Verwaltungssystem, welches dem Planer oft keine andere Wahl läßt.¹²

Trotz unseres Bemühens, die vorliegende Studie ihres sozialtechnischen Charakters zu entkleiden und an einer kommunikativen Planung mitzuwirken, haben wir mit den gegebenen Mitteln dieses Ziel nicht erreicht. Wir werden im folgenden darauf eingehen, warum die Bewohner auf dieses Viertel angewiesen sind; eine wirksame Organisation der Betroffenen zu betreiben, erfordert jedoch Forschungsvoraussetzungen, die uns unsere Disziplin zwar ermöglicht (Aktionsforschung), die wir uns aber bei diesem Projekt nicht schaffen konnten.

5. Einige Ergebnisse der Studie

Wie schon erwähnt, war der Auftrag des Planungsamtes der Stadt Linz auf die Erkundung der relativen Wohnbereitschaft der Bevölkerung in Alt-Urfahr in einem genau abgegrenzten Raum gerichtet, wobei als wesentlicher Verhaltensfaktor die in diesem Gebiet herrschende Hochwassergefahr angesehen wurde. Die Grundgesamtheit der Untersuchung bildeten all jene Haushalte, welche innerhalb der sogenannten »Hochwasserlinie« lagen, bzw. jene Häuser, welche vom Hochwasser 1954 in irgendeiner Weise berührt waren. Der Auftrag lautete auf Befragung von ca. 100 Haushalten in dem Gebiet, wobei darauf geachtet wurde, daß von jedem betroffenen Haus mindestens ein Haushalt zum Thema befragt wurde. Die Bevölkerung wurde über die bevorstehende Befragung und deren Anliegen informiert. Das hat wesentlich dazu beigetragen, die Gesprächsbereitschaft zu erhöhen. Schon während der Befragung konnten die Interviewer in Gesprächen berichten, daß es wohl noch andere, sehr wesentliche Faktoren außer der Hochwassergefahr gab, welche starken Einfluß hätten auf die Entscheidung, in Alt-Urfahr wohnen zu bleiben oder nicht.

Der Titel dieser Studie spiegelt schon einen wesentlichen Aspekt der Ergebnisse dieses Forschungsprojektes wider: den Dualismus Stadt-Land, dessen Merkmale im Stadtteil Alt-Urfahr in derartigem Maße vereint sind, daß mit dem »Dorf in der Stadt« auf treffende Weise kurz charakterisiert werden kann, was wohl sonst nur eher umständlich umschrieben werden könnte.

¹¹ Vgl. G. Feldhusen (s. A 7).

¹² D. Eissfeld, Die Stadt der Stadtbewohner. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1973.

5.1. Die historische Entwicklung

Dieser Dualismus ist schon in einer historischen Abhandlung über Urfahr aus dem Jahre 1906 zu finden.¹³ Daraus seien anstelle einer langatmigen geschichtlichen Darstellung einige charakteristische und für das Verständnis des Nachfolgenden nützliche Zitate angeführt:

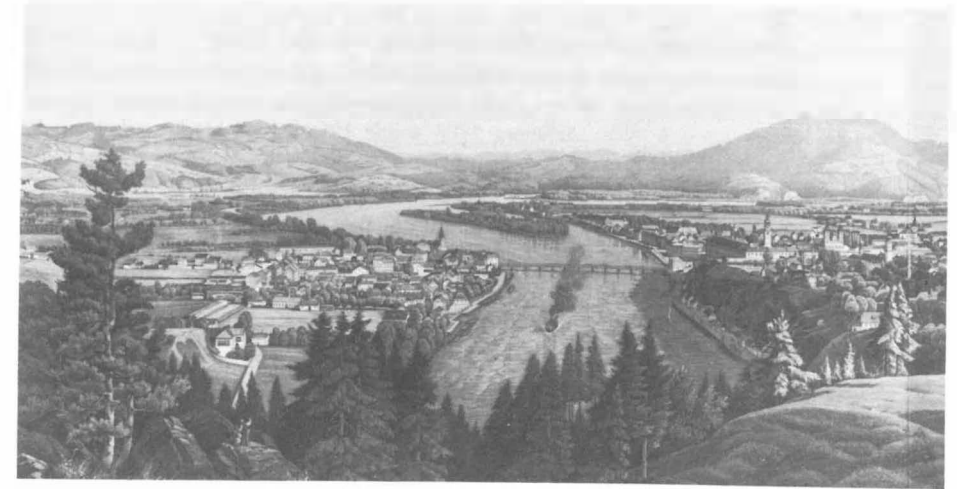
»Der beschauliche Tourist, der sich durch die Verkehrsflut auf dem wichtigsten Wege über die Donaubrücke, die Hauptstraße durch ganz Urfahr treiben läßt, wird die zur richtigen Wertschätzung der Stadt notwendigen Beobachtungen nicht machen können; erst ein Blick von einer der Höhen im Rücken der Stadt zeigt ihre einzig herrliche Lage und ihr *glückliches Doppelgesicht*: An einem wichtigen Knotenpunkt des Verkehrs gelegen, durch diesen einem blühenden Handel, einer stetigen Entwicklung des Gewerbes und der Industrie und der vollen Einwirkung der modernen Kultur erschlossen, zugleich aber in nächster Nähe den Genuß herrlicher Naturschönheiten in beruhigender Stille und erfrischender Bergluft bietend, so vereinigt Urfahr mit seiner Umgebung alles ...« »Was der »moderne Kulturmensch« zur Befriedigung seiner geistigen und ästhetischen Bedürfnisse notwendig braucht, bietet Urfahr entweder selbst oder in handgreiflicher Nähe in Linz ...«

»Für Fremde, die sich in der Nähe der Hauptstadt ansiedeln wollen, Pensionisten und wohlhabende Familien, welche im grünen Freien, dem Lärm der Großstadt entrückt, wohnen und doch dabei die Genüsse der letzteren nicht entbehren möchten, bietet Urfahr einen so geeigneten Platz, wie wenige andere Städte in Österreich.« »Auch ein ganz flüchtiger Blick von einer der umliegenden Höhen auf die Stadt läßt ihre ursprüngliche Anlage und bauliche Entwicklung ganz deutlich erkennen. Am Ufer der Donau, besonders oberhalb der Brücke, drängen sich noch alte Bauten in engen Gassen mit »Durchhäusern«, rasch zum Ufer abfallende Gäßchen, Schwibbogen und schmalen Durchlässen. Mancher Hof zeigt noch die anheimelnde Eigenart altbürgerlicher Architektur.«

»Das über Urfahr (früher auch Urfahrschad, Urfahrschar, mitunter »Ouver«, Ufer genannt, welche Namen von Überfahrt (Urfahr genannt) oder Ufer abgeleitet sein dürften) zu Gebote stehende historische Material ist sehr spärlich, ... *Das Wort Urfahr bedeutet ja Überfuhr*. Die alte Wurzel »ur« ist verwandt mit dem lateinischen »or« in »oriens« uns bedeutet einen Anfang oder Ausgang. Die zweite Silbe finden wir im gleichen Sinne bei Überfuhr oder Fähre.« – »Fischerhütten werden die ersten festen Wohnstätten gewesen sein und Fischerei und Schifffahrt gaben dem Ort noch bis tief in die Neuzeit hinein sein Gepräge.«

»Die erste urkundliche Erwähnung des Ortes geschieht in einem aus dem Jahre 1358 stammenden Pfandbriefe der Kunigunde Chatzpeckhin; eingehender befaßt sich mit Urfahr eine Riedecker Urkunde vom Jahre 1431, welche Streitigkeiten zwischen Linz und Urfahr behandelt (Cod. XII, 27, Notizbl. der ksl. Akad. d. W., Bd. III, 1853, S. 405).« – »Am empfindlichsten wird aber die Entschliebung des Kaisers Maximilian vom 3. März 1497 die Bewohner von Urfahr getroffen haben, weil damit der Stadt Linz das Recht eingeräumt wurde, eine Jochbrücke über die Donau zu schlagen, wodurch das von jenen ausgeübte Recht der Überfuhr vom linken Donauufer, das eine Haupteinnahmequelle geworden war, fast wertlos werden mußte.« – »Um diese Zeit wies Urfahr, wie ein Stich aus dem Jahre 1594 dartut, schon eine fast geschlossene Häuserreihe an der Donau auf, ...« – »An den Tagen des 23.–25. Juli 1705 wurde Urfahr von einem Hochwasser heimgesucht.«

¹³ Die Stadt Urfahr. Linz 1906, S. 3–25.



Historische Ansicht von Urfahr, rechts Teilansicht von Linz.



»Am Platzl« in Urfahr, 1938.

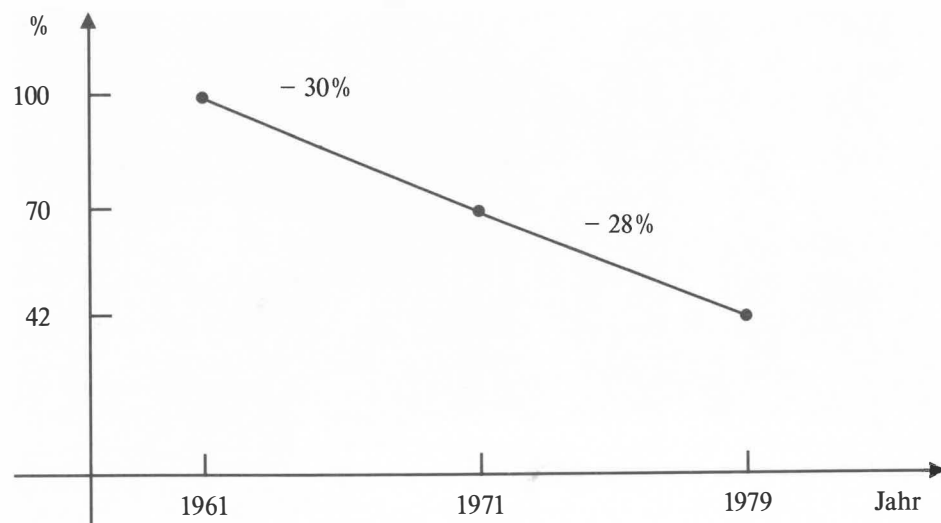
»Zuvor, und zwar am 18. März 1740, war die Brücke infolge übermächtigen Eisstoßes eingestürzt, welches Schicksal ihr am 8. Februar 1783 aus dem gleichen Anlaß und im Juli 1786 durch das Hochwasser neuerlich bereitet wurde, wie auch bei dem Hochwasser am 18. und 20. August des gleichen Jahres mehrere Joche weggerissen wurden.« – »Mit dem kaiserlichen Dekrete Kaisers Franz I. vom 16. Jänner 1808 wurde Urfahr zum Markte erhoben; die Außenseite dieser Urkunde trägt die denkwürdige Inschrift: Contra invidiam semper bona causa triumphat. (Trotz aller Mißgunst siegt stets die gute Sache).«

In der ständigen Auseinandersetzung mit Linz am anderen Ufer der Donau scheinen die Wurzeln für den noch immer andauernden Verfall des Stadtteiles Alt-Urfahr zu liegen.

5.2. Alt-Urfahr und seine Bewohner

Die in der Einleitung dargestellte Bevölkerungsentwicklung spiegelt mit hoher Wahrscheinlichkeit Wohnverhältnisse wider, wie sie typisch sind für derartige Altstadt-Sanierungsgebiete.¹⁴ Die hohe Rate bei der Abnahme der Bevölkerung in den Jahren 1961–1979 (58%) läßt den Schluß zu, daß jene Bevölkerungsteile, die aufgrund ihrer ökonomischen Situation in der Lage waren, in »bessere« Wohnungen und Wohngegenden zu ziehen, Alt-Urfahr verlassen haben. Aufgrund dieses Selektionsprozesses zeigt die verbleibende Bevölkerung in hohem Maße die Merkmale sozialer Schwäche, d. h. im Stadtteil Alt-Urfahr-West konzentrieren sich in zunehmendem Maße die Armen, die Alten und die Alleinstehenden.

Tab.: Bevölkerungsrückgang 1961–1979



¹⁴ M. Alfonso u. a., Das Elend der großen Städte. Ursachen und soziale Folgen urbaner Fehlentwicklung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1978.

Die individuelle Wohnsituation

Vorrangig sind hier die Probleme der sanitären Einrichtungen (60% der Befragten haben WC nur außerhalb der eigenen Wohnung!) und der baulichen Maßnahmen zur Wohnungsverbesserung (80% finden solche Maßnahmen für ihren Wohnbereich notwendig). Unter der Voraussetzung des neuen Bebauungsplanes wollen 50% solche Maßnahmen realisieren, wobei für 32% es nicht möglich ist, ein klares »Ja« zu geben, weil noch andere Entscheidungsdaten relevant sind (mehrere Eigentümer usw.). Von besonderer Bedeutung scheint auch der Informationsgrad der Bevölkerung über Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung zu Sanierungsmaßnahmen, denn 60% haben kaum eine Ahnung und weitere 23% sind nicht genau informiert. Eine massive Information über diesen finanziellen Problembereich würde einige Unklarheiten bei der Entscheidungsfindung beseitigen helfen und wahrscheinlich auch Einfluß haben sowohl auf die Bereitschaft, Sanierungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen als auch auf die Wohnbereitschaft generell.

Die Bewertung des Wohnviertels

Betrachtet man die Einschätzung der Wohnbedingungen, welche in der Umweltsituation gründen, so scheint es überwiegend nur Vorteile für das Wohnen in Alt-Urfahr zu geben.

- Vorteile aus der geographischen Situation und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten: (Ruhe, Aussicht, Erholungsmöglichkeiten, Lage an der Donau, gute Luft u. dgl.) 50%
- Vorteile aus dem Dualismus: zentrale Lage – dezentrale Lage (»in der Stadt und doch am Land«) 23%
- Vorteile, welche aus der emotionalen Bindung zu Alt-Urfahr resultieren (Ortsverbundenheit, Stimmung, Gemütlichkeit, Gewohnheit, vertraute Umgebung) 7%
- Vorteile aus der Kommunikationssituation für die dort herrschenden Beziehungen allgemein (mehr Kontakte, gute Nachbarschaft, weniger Anonymität...) 6%
- Vorteile aus der persönlichen Situation (Garten, Hauseigentum, billigere Miete, individuelles Wohnen möglich...) 5%
- Vorteile aus der Versorgungslage (Kaufmann in der Nähe...) 5%
- Vorteile aus dem dörflichen Charakter (schöne alte Häuser, dörfliche Gegend...) 3%

Auf die Frage, ob es auch *Nachteile des Wohnens* in Alt-Urfahr gebe, antworteten 45% der Befragten, es gebe keinerlei Nachteile; Nachteile in der Hochwassergefahr sehen 16%; für 10% sind die Nachteile aus der infrastrukturellen Unterversorgung bedeutend und 6% sehen Nachteile aus der Verkehrssituation; 18% sehen Nachteile aus der Sanierungsbedürftigkeit von Alt-Urfahr.

Eine weitere offene Frage lautete, ob es *Probleme* gebe in Alt-Urfahr, welche besonders rasch gelöst werden sollten. 30% der Befragten waren der Ansicht, es gebe keinerlei derart

dringende Probleme. Die Nennungen der übrigen Befragten verteilten sich auf folgende Problemkreise:

- Probleme der Sanierungsbedürftigkeit bzw. Renovierungsdringlichkeit 27%
- Probleme, die die Verkehrssituation betreffen 16%
- infrastrukturelle Probleme, mangelnde Revitalisierungsmaßnahmen 13%
- Probleme des Informationsdefizites (Unsicherheiten, mangelnde Entscheidungsdaten) 8%
- Probleme aus der Hochwassergefährdung 3%
- Probleme mit der unmittelbaren Umwelt (Nachbarn, Ruf von Alt-Urfahr) 3%

5.3. Faktoren der Wohnbereitschaft

Schon zu Beginn der Untersuchung waren wir zur Ansicht gelangt, daß die Gefährdung durch das Hochwasser nur *ein* Faktor ist, der die Entscheidung der Bewohner von Alt-Urfahr beeinflussen würde. Zukünftige Handlungen lassen sich nur erfragen, wenn man die Situationsabhängigkeit einer später tatsächlich ausgeführten Handlung vor Augen hat. So waren wir bestrebt, mehrere handlungsrelevante Gesichtspunkte in unsere Fragen einzubeziehen. Als mögliche Einflußgrößen sind die sozioökonomische Situation der Befragten, ihre Wohnsituation, die Bewertung und Einstellung zu Alt-Urfahr insgesamt und die Einschätzung der Hochwassergefahr zu untersuchen.

Die Wohnsituation

Im allgemeinen ist die individuelle Wohnsituation, d. h. Größe und Ausstattung der Wohnung, für den Wechsel des Wohnortes von großer Bedeutung. Bewohner eines Sanierungsgebietes sind von den Mechanismen des sozialen Aufstiegs – Statusverbesserung durch Wohnungswechsel – jedoch typischerweise ausgeschlossen: ihre ökonomische Situation läßt die Wahl einer besser ausgestatteten Wohnung nicht zu. Obwohl der Prozentsatz der Substandardwohnungen im Befragungsgebiet groß ist, haben die Ausstattung und die Größe der Wohnung keinen Einfluß auf die Entscheidung. Auch die Tatsache, ob jemand Eigentümer oder nur Mieter in Alt-Urfahr ist, spielt für die Wohnbereitschaft keine Rolle.

Der Wunsch, an der eigenen Wohnung Verbesserungen durchzuführen, wie etwa der Einbau sanitärer Einrichtungen, einer Zentralheizung etc., hängt mit der Zukunftsplanung natürlich zusammen. Jene Bewohner von Alt-Urfahr, die mehrere Verbesserungsmaßnahmen oder eine Gesamtrenovierung ihrer Wohnung für notwendig erachten, wollen abwarten, was mit dem Stadtviertel geschieht, bevor sie sich für Bleiben oder Wegziehen entscheiden.

Die sozioökonomische Situation

Das Alter und die sozioökonomische Situation der Befragten haben auf die Entscheidung, trotz Hochwassergefahr hier wohnen zu bleiben, keinen Einfluß. Und das entgegen der

Annahme, daß Alter und der soziale Status für die Wohnungsmobilität sehr wichtige Einflußgrößen darstellen. Das Hervorheben der Hochwassergefahr hätte diesen Zusammenhang noch verstärken können. Das Gegenteil ist aber der Fall. Offensichtlich ist das Wegziehen oder Bleiben in Alt-Urfahr nicht mit irgendeinem anderen Wohnungswechsel zu vergleichen, wo man sich aufgrund ungünstiger äußerer Bedingungen entschließt, eine andere Wohnung zu suchen.

Die Gruppe derer, die noch abwarten wollen, was mit ihrem Wohngebiet geschieht, bevor sie sich entscheiden, ist in allen Altersgruppen ziemlich groß: Auch fast ein Viertel der älteren Leute möchte zuerst Gewißheit über die Zukunft des Stadtviertels erhalten. Ein deutlicher Hinweis darauf, daß für diese Befragten Klarheit und Information wichtige Entscheidungsvoraussetzungen darstellen.

Die Hochwassersituation

Fast 50% der Bewohner sind schon über 25 Jahre in Alt-Urfahr ansässig; d. h. diese Leute haben das Hochwasser 1954 und dessen Folgen miterlebt. Die Bedrohung durch die Hochwassergefahr war von den verantwortlichen Stellen als unzumutbare Bedingung für diese Wohngegend betrachtet worden. Welchen Stellenwert nimmt sie nun in den Augen der Bewohner ein? Im Jahre 1954 war das Befragungsgebiet in teilweise beträchtlichem Ausmaß überschwemmt worden – Bewohner, die jene Katastrophe noch miterlebt haben, sehen diese Gefahr zwar etwas deutlicher, nehmen sie aber auch in größerem Umfang auf sich.

Um so erstaunlicher ist es, daß 70% der Befragten die Nachteile des Hochwassers in Kauf nehmen würden, könnten sie in Alt-Urfahr wohnen bleiben. Ganz allgemein kann vielleicht das Problem »Hochwasser« so umformuliert werden: Für die Betroffenen existiert die Gefahr als solche nicht; was zählt, sind die Vorteile, welche die Lage des Stadtviertels am Flußufer mit sich bringt.

Tab.: Hochwassergefahr / Wohnbereitschaft

Vorteile größer als HW-Gefahr	Wohnbereitschaft in %				
	ja N = 62	eher schon N = 9	unent- schieden N = 6	glaube kaum N = 4	nein N = 17
stimme zu	92	55	83	50	47
unentschieden	3	45	0	50	24
stimme nicht zu	5	0	17	0	29
	100	100	100	100	100

Im Bewußtsein der Bewohner wird die Ambivalenz der geographischen Lage – die schöne Lage an der Donau einerseits und die daraus resultierende Hochwassergefahr andererseits – überwiegend als Vorteil gewertet. Entsprechend dieser Einschätzung sehen auch über 90% derer, die bleiben möchten, hauptsächlich die Vorteile und nicht so sehr die Hochwassergefahr. Sogar von den Bewohnern, die wegziehen möchten, ist dies noch bei über 50% der Fall.

Die Entscheidung für Alt-Urfahr

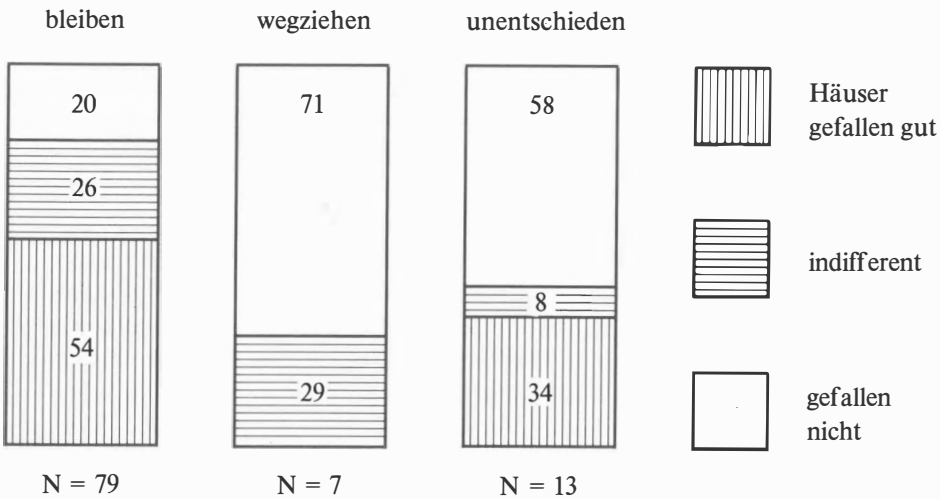
Wir haben sehr ausführlich zu ergründen versucht, was die Alt-Urfahrer von ihrem Wohngebiet halten, ob sie gerne da wohnen und was ihnen daran gefällt. Gerade der emotionalen Bindung an einen Wohnort kommt sehr große Bedeutung zu, wenn es um die Frage geht, wohnen zu bleiben oder wegzuziehen. Oft besteht jedoch die Gefahr, diese gefühlsmäßigen Entscheidungsgrundlagen zu übersehen und von »objektiven« Tatsachen oder (scheinbaren) Sachzwängen zu reden. Diese enge Verknüpfung von »Gerne Wohnen« und »Bleiben wollen« kommt auch in den Ergebnissen zum Ausdruck.

Tab.: Zufriedenheit mit Wohnviertel / Wohnbereitschaft

	sehr gern	eher schon in Alt-Urfahr	eher nicht	gar nicht gern
bleiben N = 67	84	15	50	50
abwarten N = 22	12	60	50	0
wegziehen N = 9	4	25	0	50
	100	100	100	100

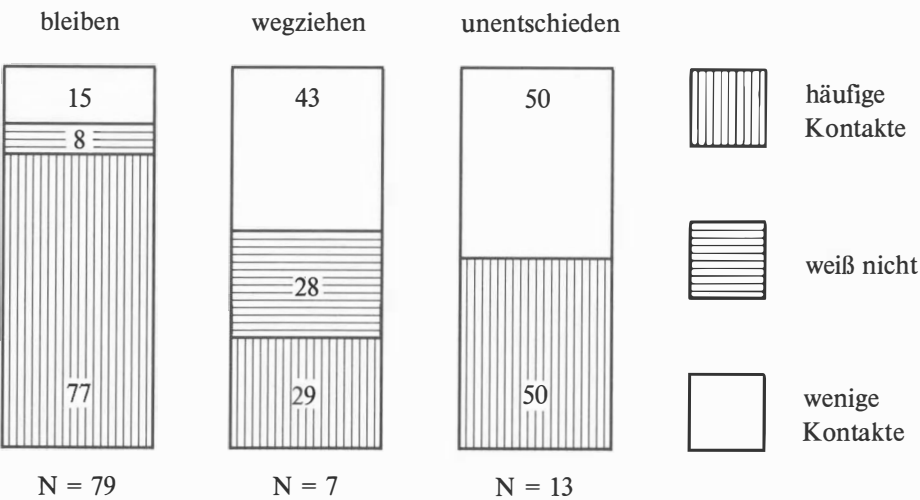
Wir haben die Bewohner Alt-Urfahrs gefragt, wie sie sich entscheiden werden, wenn sie alle Vor- und Nachteile Alt-Urfahrs genau überlegen. Wie schon erwähnt, antworteten 80%, daß sie auf alle Fälle hierbleiben wollen, 7%, daß sie wegziehen möchten, die restlichen Bewohner sind noch unentschieden. Bei dieser Frage kam auch am stärksten die Bedeutung des sozialen Beziehungsgefüges in Alt-Urfahr zum Ausdruck: Mit keiner der »objektiven« Bedingungen wie Alter, Einkommen, Wohnsituation, Hochwassergefahr konnte ein signifikanter Zusammenhang festgestellt werden. Einzig und allein die Bewertung des äußeren Erscheinungsbildes und der sozialen Beziehungen hängt mit der endgültigen Entscheidung, ob sie bleiben oder wegziehen wollen, zusammen.

Tab.: Bewertung des äußeren Erscheinungsbildes / Wohnbereitschaft



Auch hinsichtlich der Häufigkeit und Intensität der Kontakte konnten ähnliche Tendenzen festgestellt werden: Je mehr und je intensivere Kontakte mit anderen Bewohnern des Stadtviertels bestehen, umso eher will man auch hier wohnen bleiben.

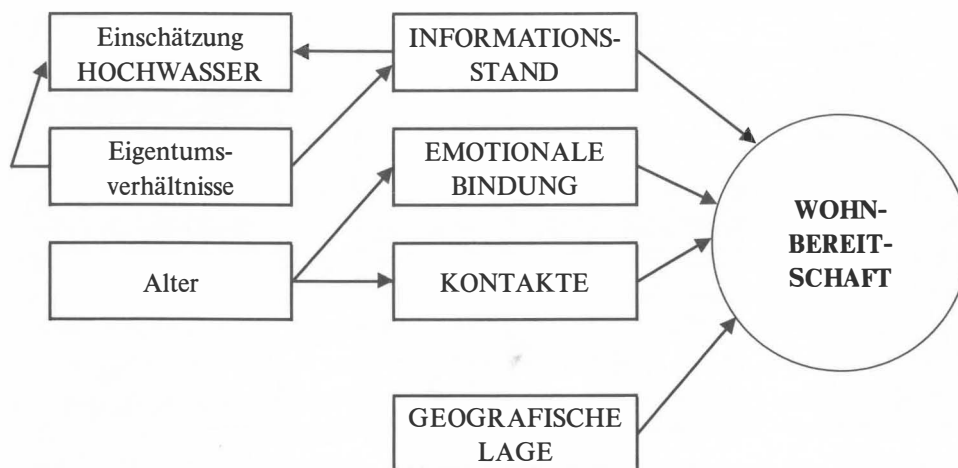
Tab.: Häufigkeit der Kontakte / Wohnbereitschaft



6. Die Aussage der Studie

- Die ursprüngliche Annahme, daß die Bewohner Alt-Urfahrs wegen der durch die Hochwassergefahr unzumutbaren Wohnbedingungen wegziehen wollen, erwies sich als falsch.
- Mangelnde Information und Unsicherheit über die Zukunft des Viertels sowie die baurechtliche Situation haben die Bewohner von Sanierungsmaßnahmen abgehalten.
- Verstärkte Information über rechtliche und finanzielle Möglichkeiten der Sanierung kann die schon vorhandene Wohnbereitschaft erhöhen.
- Auch die Einschätzung der Hochwassergefahr wird vom Grad der Informiertheit beeinflusst. Eine schon durchgeführte Informationsveranstaltung über Planungsvorhaben im Gebiet von Alt-Urfahr hat dazu beigetragen, der Bedrohung durch das Hochwasser weniger Bedeutung beizumessen.
- Es besteht ein Zusammenhang zwischen den Eigentumsverhältnissen und der Einschätzung der Hochwassergefahr: Hauseigentümer schätzen die Hochwassergefahr größer ein als Mieter.
- Die Attraktivität des äußeren Erscheinungsbildes dieses Stadtteiles und die bestehenden Sozialkontakte der Bewohner sind wesentliche Bestimmungsgründe für die Wohnbereitschaft in Alt-Urfahr.
- Die Altersstruktur hat keinen direkten Einfluß auf die Wohnbereitschaft. Eine Beziehung besteht nur indirekt über die emotionale Bindung und die Sozialkontakte.

Die Wohnbereitschaft und ihre Bestimmungsfaktoren



- Die Analyse der äußeren Bedingungen ist für die Erklärung der Wohnbereitschaft in keiner Weise ausreichend; erst die Einbeziehung der starken emotionalen Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil ermöglicht es, die Wohnbereitschaft angemessen zu erklären und zu verstehen.

Wenn also dieser Stadtteil erhalten werden soll, so wird man darauf Bedacht nehmen müssen, das bestehende Sozialgefüge, das spezifische »Klima« nicht zu zerstören und nicht über (scheinbaren?) Sachzwängen die Belange der hier lebenden Menschen zu übersehen.¹⁵ Planungsaufgaben sind nicht bloß Fragen der ästhetischen Gestaltung des städtischen Raumes, sondern sie haben sich sehr wohl auch auf den sozialen Bereich zu beziehen.

Neben der geographischen und städtebaulichen Eigenheit des Stadtteiles Alt-Urfahr-West sind wir im Verlauf der Befragung immer wieder auf die Bedeutung der sozialen Beziehungen für die Bewohner gestoßen. Diese Tatsache ließ bei uns die ersten Gedanken daran aufkommen, daß möglicherweise dieser Stadtteil von einer Entwicklung verschont geblieben ist, daß die »gewachsenen« Strukturen bisher noch so stark und lebensfähig waren, um das »Stadtbild« auch sozial zu prägen. Die weiteren Planungsmaßnahmen bedürfen einiger Vorsicht, da mit weiterer Abwanderung der Bewohner auch diese Strukturen zerstört werden können, die als durchaus »dörflich« bezeichnet werden können. Denn es gilt, ein städtebauliches Kleinod, nämlich eine der letzten im großen und ganzen noch wohlbehaltenen alten Bootsbauer- und Fischersiedlungen in einer Großstadt entlang der Donau nicht nur in der baulichen Substanz, sondern auch in strukturellen Merkmalen zu erhalten.

7. Die gegenwärtige Entwicklung

Der durch die neue Planungs- und Sanierungsperspektive notwendig gewordene neue Entwurf des Flächenwidmungsplanes für Urfahr ist in Angriff genommen. Die (noch) rechtskräftigen aber veralteten Bebauungspläne müssen einer erhaltungsorientierten Erneuerung weichen. Die Arbeitsgemeinschaft Urfahr-West (bestehend aus Architekten, Juristen) ist zur Zeit mit einer umfassenden Erhebung beschäftigt (diese Grundlagenforschung ist mit zirka einer halben Million Schilling projektiert).

In einer ersten Bestandsaufnahme zeigte sich, daß relativ wenig (ca. 8%) Häuser in einem baulich desolaten Zustand sind; deren Abbruch ist unumgänglich. Nach neuesten Berechnungen würde die Flächensanierung mit Neubauten ca. 450 Millionen Schilling verschlingen, während man bei Sanierung des vorhandenen Altbaubestandes mit rund 150 Millionen das Auslangen finden könnte. Erhaltung der Bausubstanz, rechtliche und finanzielle Aspekte stehen in dieser Phase im Vordergrund.

¹⁵ B. Lötsch, Zwischen Horror und Häusle, in: NATUR. Horst Sterns Umweltmagazin, Nr. 6/81, S. 33–40.

Die sozialwissenschaftliche Begleitung und Beratung hat aber in dieser Grundlagenforschung noch keinen Platz gefunden, obwohl von unserer Seite mit Nachdruck auf die bekannte Tatsache hingewiesen wurde, daß Stadtsanierung nicht lediglich bauliche, technische, finanzielle, juristische und politische Fragen tangiert, sondern soziale Dimensionen mit einschließt. Aufgabe des Sozialwissenschaftlers könnte es auch am konkreten Beispiel sein, angesichts der vorgeschlagenen oder verwirklichten Alternativen die für die Formen des sozialen Lebens verbundenen Implikationen bzw. im Rahmen der Möglichkeiten einer soziologischen Analyse die Konsequenzen der einmal getroffenen Entscheidung aufzuzeigen.¹⁶

Wir glauben, daß in der gegenwärtigen Entwicklung Gefahren enthalten sind, die sich bei Altstadtsanierungen andernorts bereits erwiesen haben. Ganz plakativ sei dieser Prozeß skizziert: Planer glauben nun, mit Hilfe der Soziologen den Willen der Bewohner nach bestimmten Verbesserungen erkundet zu haben. Sie gehen daran, baufällige Häuser abzureißen und Fassaden zu renovieren. Solche Verbesserungen können aber, wenn sie isoliert geschehen, der erste Schritt zur sukzessiven Verdrängung der jetzigen Wohnbevölkerung sein. Ein »schöneres« und »besseres« Wohnviertel zu werden, bedeutet »wertvollere« Bausubstanz, höhere Mieten und ökonomischen Druck. Unter der Bedingung eines geänderten Bewußtseins in der Öffentlichkeit sind es nicht mehr die Planer selbst, die diesen Stadtteil zerstören werden. Wir sind aber skeptisch, ob privaten Spekulanten und Wohnungsgenossenschaften Einhalt geboten werden kann, Sanierung letztlich gegen die Interessen der Bewohner durchzuführen.

Trotz der Beschränkung und Spezialität dieses Falles sind einige typische Aspekte der allgemeinen Sanierungsproblematik wiederzufinden. Für den Stadtteil Alt-Urfahr, mit dem wir während unserer Arbeit sehr vertraut wurden, könnte es nur von Vorteil sein, wenn all die Erfahrungen ähnlicher Fälle über soziale Hintergründe und Konsequenzen von Erhaltungs- und Revitalisierungsmaßnahmen bei den in Diskussion befindlichen Sanierungskonzepten mitberücksichtigt würden.

¹⁶ H. Coing, Stadtsanierung und soziale Veränderung, in: U. Herlyn (Hrsg.), Stadt- und Sozialstruktur. München: Nymphenburger Verlagshandlung 1974.

Diethelm Fichtner

Altstadtsanierung: Zum Beispiel Marburg

1. Historische Stadtentwicklung 2. Stadtbild 3. Sanierung der Altstadt 4. Durchführung der Sanierung 5. Vorgehensweise 6. Kosten und Instrumente 7. Finanzierung 8. Gegenwärtige Probleme 9. Literaturhinweise

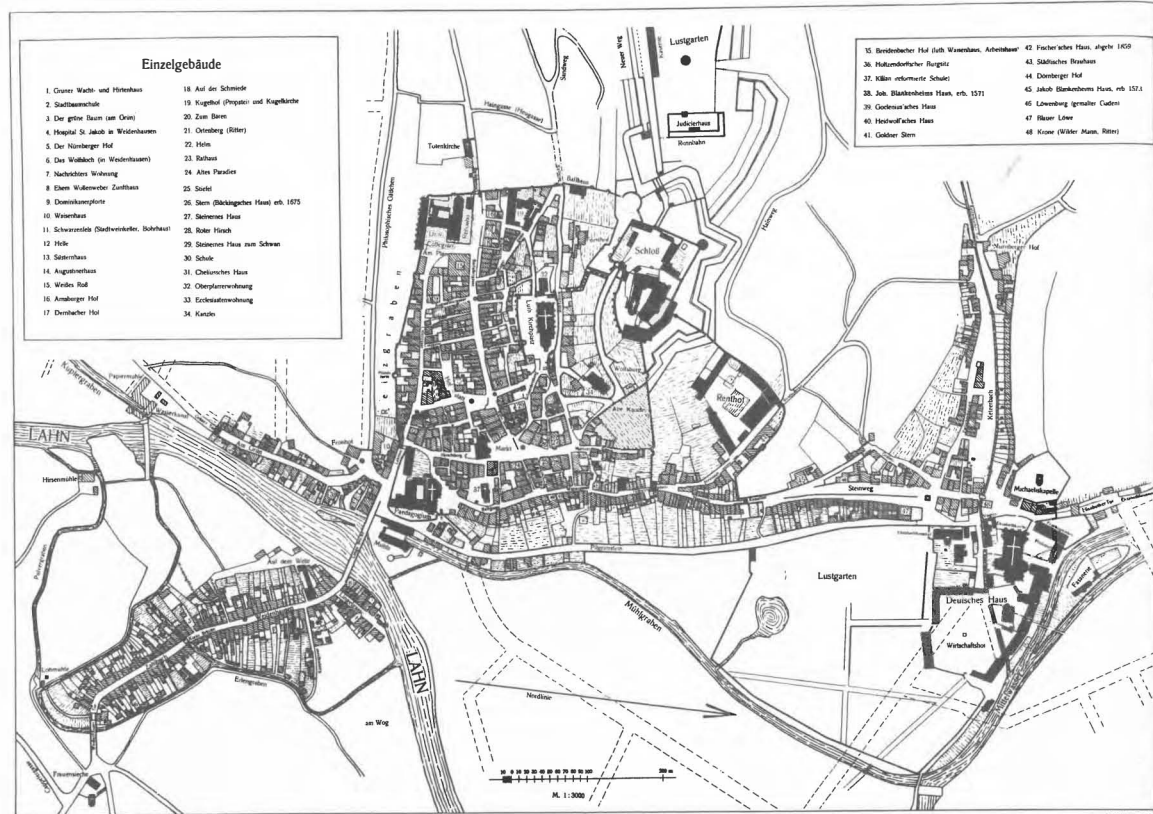
1. Historische Stadtentwicklung

Nachdem der Marburger Münzpfennig schon Mitte des 12. Jahrhunderts nachgewiesen war, ergibt sich eine erste urkundliche Erwähnung der Stadt um 1222. Die bürgerliche Siedlung entwickelt sich am in das Lahntal vorgeschobenen, siedlungstechnisch ungünstig geformten Bergsporn unterhalb des Schlosses um die zentrale Achse Markt/Hirschberg zum befestigten Marktflecken. Noch im 13. Jahrhundert mußte durch ein rasches Wachstum der innere Mauerring aufgegeben werden. Es folgten zwei Stadterweiterungen, die Entstehung des Bereiches Neustadt/Steinweg sowie dreier Vororte. So erreichte die Stadt bereits vor der Mitte des 13. Jahrhunderts eine Besiedlungsfläche, die praktisch bis ins 19. Jahrhundert kaum überschritten wurde. Die Stadt erweiterte sich nur noch nach Norden, wo der Deutsche Ritterorden 1234 das Hospital der Franziskaner (nach dem Tode der hl. Elisabeth 1231) übernommen hatte und den Bau der Elisabethkirche begann.

Der Baukomplex des Deutschen Ritterordens war wie die bürgerliche Stadt ummauert und unterstrich damit die Eigenständigkeit dieser Niederlassung vor der Stadt. Erst das 19. Jahrhundert verwischte die klare Abgrenzung zwischen Stadt und Landschaft durch den Bau der Eisenbahn und die daraus resultierende Siedlungsentwicklung im Nord- und Südviertel sowie die Bebauung bis dahin unberührter Hänge des Schloß- oder Weinberges. In dieser hektischen Bauphase wurden der Renthof des Schlosses und Teile der Deutschordensgebäude (z. B. der Fruchtspeicher) abgebrochen. Nach 1945 wurden auch die Freiflächen östlich der Lahn stärker besiedelt, womit eine erneute starke Ausdehnung der Bauflächen innerhalb und außerhalb des Lahntales verbunden war.

2. Stadtbild

Der mittelalterliche Stadtkern ist noch heute im Stadtgefüge deutlich zu erkennen. Aus mehreren Siedlungselementen zusammengewachsen, heben sich vor allem der Bereich des



Ausschnitt aus dem Stadtplan 1750. (Die gestrichelten Linien zeigen die jeweiligen Straßenzüge.)

Aus Fr. Kuch: Quellen zur Rechtsgeschichte der Stadt Marburg, II. Band.

Schlosses, der Elisabethkirche und der Oberstadt deutlich aus dem Stadtgefüge heraus. Weidenhausen, als gewachsenes Straßendorf an der von Leipzig heranziehenden Straße, hat aufgrund der Tallage seinen eigenen städtebaulichen Charakter erhalten. So prägen überhaupt die steile Topographie des Bergsporns (Schloßberg, Dammelsberg, Kirchspitze), die Flußebene und die Seitentäler den Stadtcharakter.

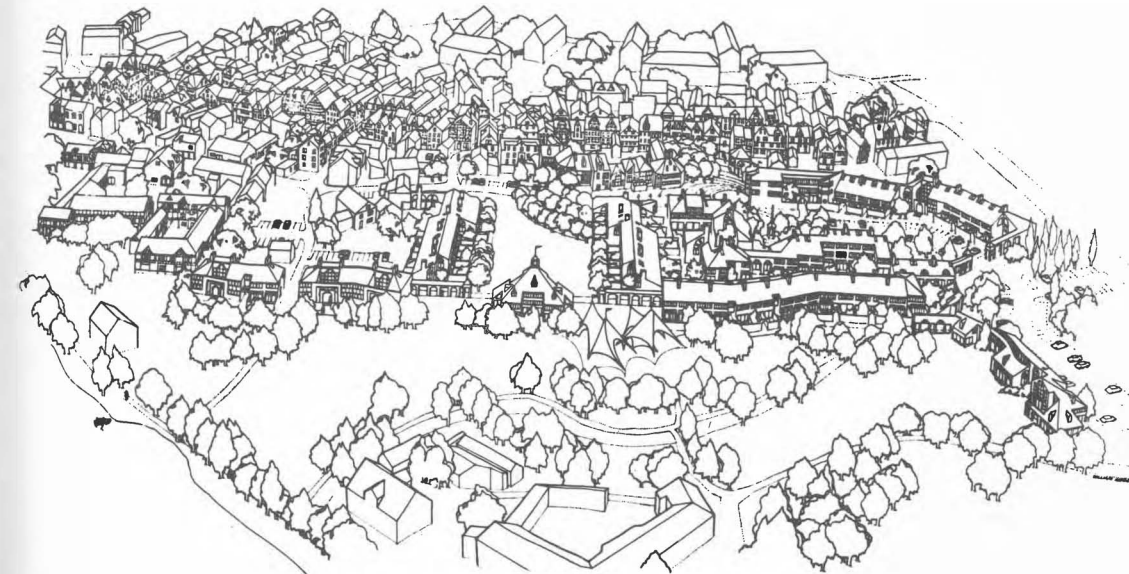
Von besonderer städtebaulicher Bedeutung sind die Plätze und Straßenräume, die alle eigene Charaktere entwickelt haben. Es sind vor allem die langgestreckten und terrassierten Platzräume und die oft überdimensionalen Stützmauern aus Sandstein, die der Stadt eine einzigartige Qualität verleihen, weniger die Bürgerhäuser, die die in diesem Raum ständig herrschende Armut deutlich widerspiegeln und nur wenige repräsentative Ansätze zeigen.

3. Sanierung der Altstadt

Das Städtebauförderungsgesetz hat den Gemeinden viele gesetzliche Möglichkeiten in die Hand gegeben. Marburg verzichtete bewußt von Beginn der Sanierung an auf Zwangsmaßnahmen jeglicher Art. Stadtsanierung, als langfristiger Prozeß eines vorsichtigen Stadtumbaus, setzt ein behutsames Vorgehen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Eigentümern, Mietern, Gewerbetreibenden und Verwaltung voraus.

1968 war die GEWOS vom Magistrat der Stadt beauftragt worden, Voruntersuchungen im Bereich der Altstadt durchzuführen (damals gab auf eine Anfrage zur Sanierung der Magistrat im Parlament noch folgende Antwort: »Die Metzgergasse und andere sind asphaltiert worden...«). Als Ergebnis wurde ein Bericht vorgelegt, nach dem bis zu 70% der Altstadt abgebrochen werden sollten. Die Weichen waren damit deutlich in Richtung Flächensanierung gestellt.

Politiker und städtische Planer waren sich darüber einig, daß es nicht Ziel einer Sanierung sein konnte, das über Jahrhunderte gewachsene Stadtbild auf diese Weise zu zerstören. Deshalb wurde 1971 unter Beteiligung der Freien Planungsgruppe Berlin ein neuer Ansatz versucht. Ausgehend von bestimmten Zielvorstellungen, an deren Formulierung im vorparlamentarischen Raum die Öffentlichkeit auf großen Bürgerversammlungen mitarbeitete, wurden Programme und Konzepte entwickelt, die detaillierte Aussagen zum Stadtbild, Verkehr, Gewerbe, Wohnen und den sozialen Verhältnissen enthielten. Ziel: Es sollte die gesamte Altstadt durch Modernisierung von Einzelgebäuden erhalten werden; es waren nun Befreiungen von verschiedenen Gesetzesvorschriften, wie Gebäudeabständen,



Belichtungen, Geschoßhöhen etc., notwendig, aber auch eine intensive Beratung und eine lückenlose Beweisführung, warum es sich lohnt, auch stark verfallene Gebäude zu restaurieren.

4. Durchführung der Sanierung

Der Eingriff in bebaute und bewohnte Gebiete ist mit vielen, stets wechselnden Schwierigkeiten verbunden. Zielvorstellungen, wie

- Erhaltung des Stadtbildes
- Aktivierung der Eigenmodernisierung durch die Eigentümer
- die Durchführung der Sanierung soll von den Eigentümern selbst geleistet werden
- oder die Zahl der negativ betroffenen Mieter soll so klein wie möglich sein,



Am Steinweg

setzen ein überlegtes Vorgehen und die sorgfältige Abwägung öffentlicher und privater Interessen voraus. Die Durchführung kann sich damit nicht primär an technischen Ablaufplänen und abstrakten Auflagen orientieren, sie hat vor allem die persönlichen Verhältnisse des einzelnen Betroffenen zu beachten. Bei einer überwiegend auf Eigentümersanierung beruhenden Stadterneuerung kann nur auf diese Weise die deutlich vorhandene Hemmschwelle des Bürgers abgebaut und in ein positives Mitgestalten umgewandelt werden. Sanierung ist so gesehen ein dauernder Dialog mit dem Bürger und eine ständige Anpassung an sich verändernde Situationen, wie steigende Zinsen oder Baupreise, der überraschende Tod eines Eigentümers, der plötzliche Verkauf eines Grundstückes oder der Fund baugeschichtlich wichtiger Gebäudefragmente.

Die Angstschwelle bei vielen Hauseigentümern wird im wesentlichen von folgenden Faktoren bestimmt:

- das hohe Lebensalter vieler Hauseigentümer
- geringe Eigenmittel vieler Hauseigentümer, die zudem oft von den Einnahmen ihres Hauses leben,
- teilweise hohe, hypothekarisch gesicherte Vorlasten auf den Grundstücken haben
- die Investitionsskepsis bei vielen Eigentümern gegenüber öffentl. Förderungsprogrammen der Stadt, des Landes oder des Bundes.

Diese stadtteilspezifischen bzw. auf überregionale Einflüsse zurückgehenden Schwierigkeiten können nur durch ein gemeinsames unkonventionelles Vorgehen aller am Planungs-geschehen Beteiligten, den Hauseigentümern, Architekten, der Stadt und dem Sanierungsträger überwunden werden. Zuzüglich hat die Stadt Marburg Maßnahmen ergriffen, um bei den sanierungs-betroffenen Hauseigentümern Verständnis für die Ziele der Stadt zu wecken und Anreize zu Investitionen und damit zur Modernisierung zu schaffen:

- Aussagen zur Modernisierung von Einzelgebäuden in Form von Skizzen, Grobkostenschätzungen und überschlägigen Finanzierungsübersichten. Inzwischen ist diese Vorgehensweise zur Regel geworden: die Stadt beauftragt Architekten mit der Vorplanung von einzelnen Objekten und finanziert diese auch. Kommt es zum Vertragsabschluß, werden die entstandenen Kosten in die Baumaßnahme übernommen.
- Vorträge von Fachleuten zu technischen, finanziellen und gestalterischen Problemen bei der Modernisierung von Altbausubstanzen.
- Regelmäßige Führungen durch das Sanierungsgebiet mit Besichtigungen des Ablaufes erster, in der Modernisierung befindlicher Projekte (Entmietung, Entkernung, Ausbau, Restaurierung, Wiederbezug), um Hauseigentümer, Mieter und Gewerbetreibende mit der Problematik von Modernisierungsmaßnahmen vertraut zu machen.
- Regelmäßiges Zusammentreffen von Architekten und Handwerkern zur Vermittlung der Sanierungsproblematik und bereits vorliegender Sanierungsergebnisse und zum Austausch von Erfahrungen bei der Durchführung von Objektsanierung und der Errichtung von Neubauten im Sanierungsgebiet.

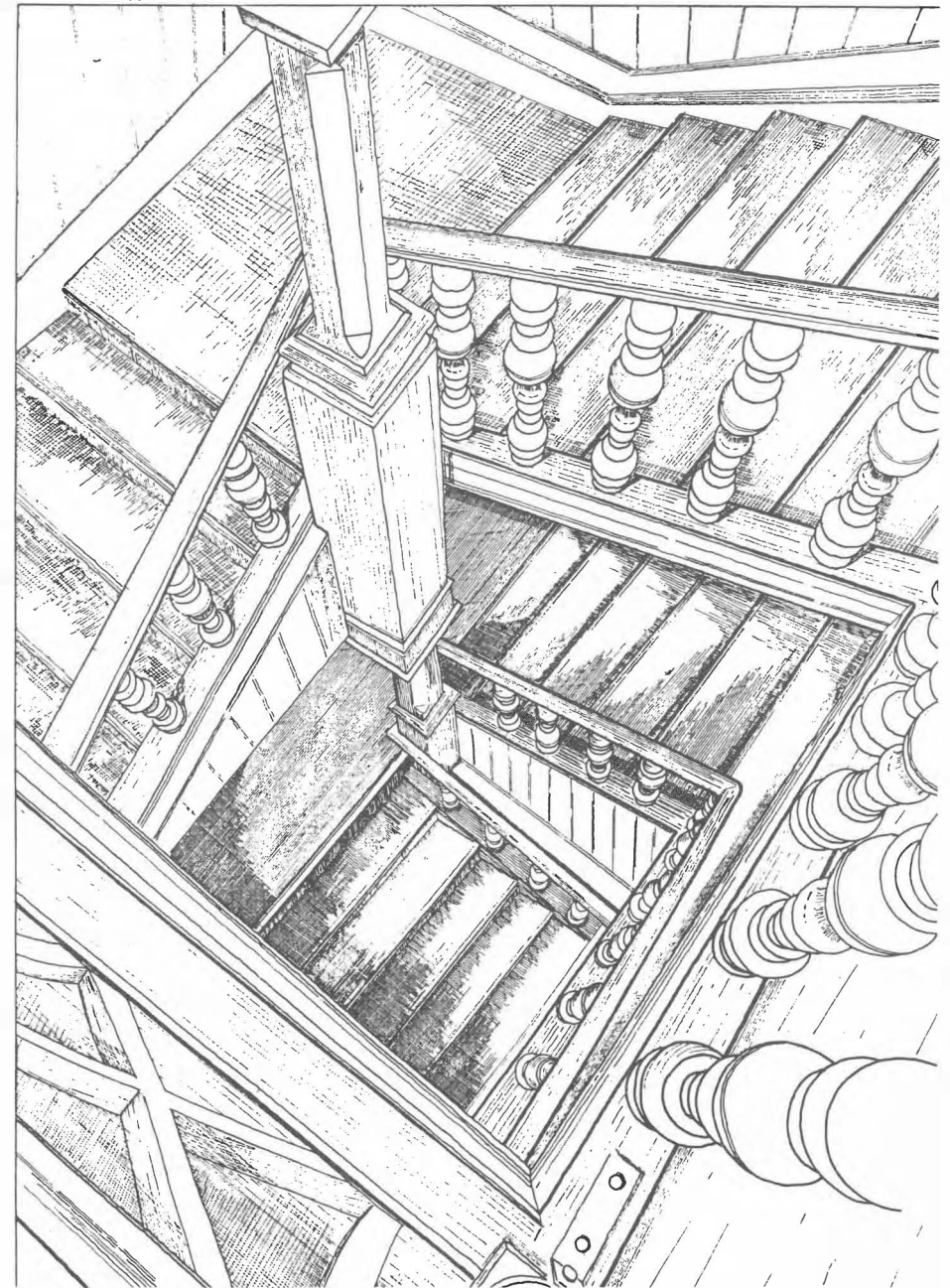
Die Marburger Stadtsanierung wird auch in Zukunft von der konjunkturellen Entwick-



Blick durch
die Kugelgasse
zum Schloßberg

lung in der Bundesrepublik betroffen sein; steigende Zinsen, knapper werdende Hypotheken oder Förderungsmittel der öffentlichen Hand sowie steigende Baupreise werden immer wieder neue Schwierigkeiten bereiten und jedesmal die »Gretchen-Frage« herausfordern: »Kann unter diesen Umständen noch modernisiert oder muß abgerissen werden?« Bisher lautete die eindeutige Antwort: »Modernisierung ist in der Regel billiger als ein Neubau, wenn ein Neubau unter den gleichen ungünstigen Bedingungen, wie kleines Bauvolumen, schlecht zu beschickende Baustelle, überwiegende Handarbeit u. a., errichtet werden muß.

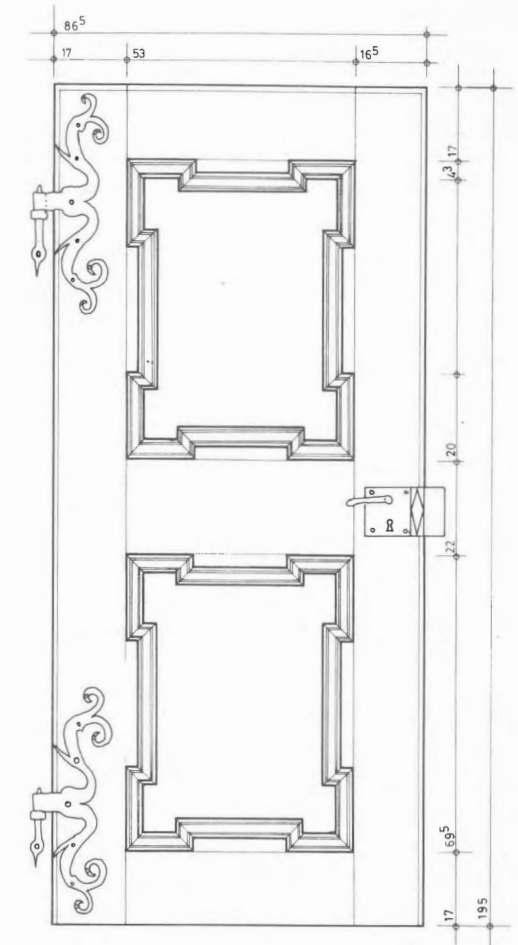
Treppenhaus Markt 21



Am Teinweg

5. Vorgehensweise

Die von der Freien Planungsgruppe Berlin (FPB) entwickelte Rahmenplanung ist neben rechtsverbindlichen Bebauungsplänen der Leitfaden der Sanierung seit Sanierungsbeginn. Die Rahmenkonzepte werden, soweit notwendig, fortgeschrieben und Bebauungspläne nur bis zu einer bestimmten Planungsreife geführt. Oberster Grundsatz für die begleitende Planung ist, die notwendige Flexibilität für die Durchführung der Sanierung unter allen Umständen sicherzustellen. Die bisher gewählte Sanierungspraxis hat diese Vorgehensweise eindeutig bestätigt.



Augustinergasse 2, 1. OG Raum 5/2

Ansicht: Türblatt – 7. 7. 77

Die Durchführung eigener städtischer Projekte hat das Sammeln von Erfahrungen auch bei städtischen Dienststellen erleichtert und erheblich zur Entwicklung der Modernisierungstätigkeit im Sanierungsgebiet beigetragen. Für die Marburger Stadtplanung stehen die »normalen Bürgerhäuser« im Blickpunkt des Interesses, nicht die Monumentalbauten. Die Auswahl erfolgt nicht primär nach ästhetischen Kriterien, sondern nach der funktionalen und strukturellen Bedeutung eines Hauses im Gesamtraum der Altstadt. Es gibt keine Abbrüche aus wirtschaftlichen Gründen. Fassadenkosmetik ist tabu. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht eine durchgreifende Substanzerhaltung, die wie selbstverständlich am Schluß ihr »Make-up« erhält.

Das punktuelle Vorgehen in der Sanierung, das Aufgreifen sowie fördern privater Initiativen hat zur »Mosaiksanierung« geführt. Diese Strategie der Stadterneuerung

ermöglicht ein intensives Eingehen auf die vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Sanierungsziele. Es gelten dabei folgende Prioritäten:

- Vorrang für Objekte in rechtskräftigen Bebauungsplangebieten
- Vorrang für Maßnahmen in ersten Durchführungsabschnitten
- Vorrang für Gebäude im Sanierungsgebiet, die unter Denkmalschutz stehen
- Vorrang für Objekte im Sanierungsgebiet mit der größten Dringlichkeit aufgrund schwerster substanzieller Mängel.

Die intensive Planungsvorbereitung und Absicherung der Planungsinhalte über eine ausführliche Diskussion in der Öffentlichkeit hat von Anfang an Planungssicherheit und Finanzierungssicherheit geschaffen und damit den vollen Einsatz der zugewiesenen Städtebauförderungsmittel ermöglicht.

Die Stadt hat von Anfang an eine zurückhaltende Grundstückspolitik betrieben. Es wurden nur dort Gebäude gekauft, wo diese aus Sanierungsgründen dringend für Umsetzungsmaßnahmen, Tauschzwecke oder Schaffung von Grünflächen benötigt wurden. Beim Wiederverkauf von Grundstücken und Gebäuden setzt die Stadt folgende Prioritäten:

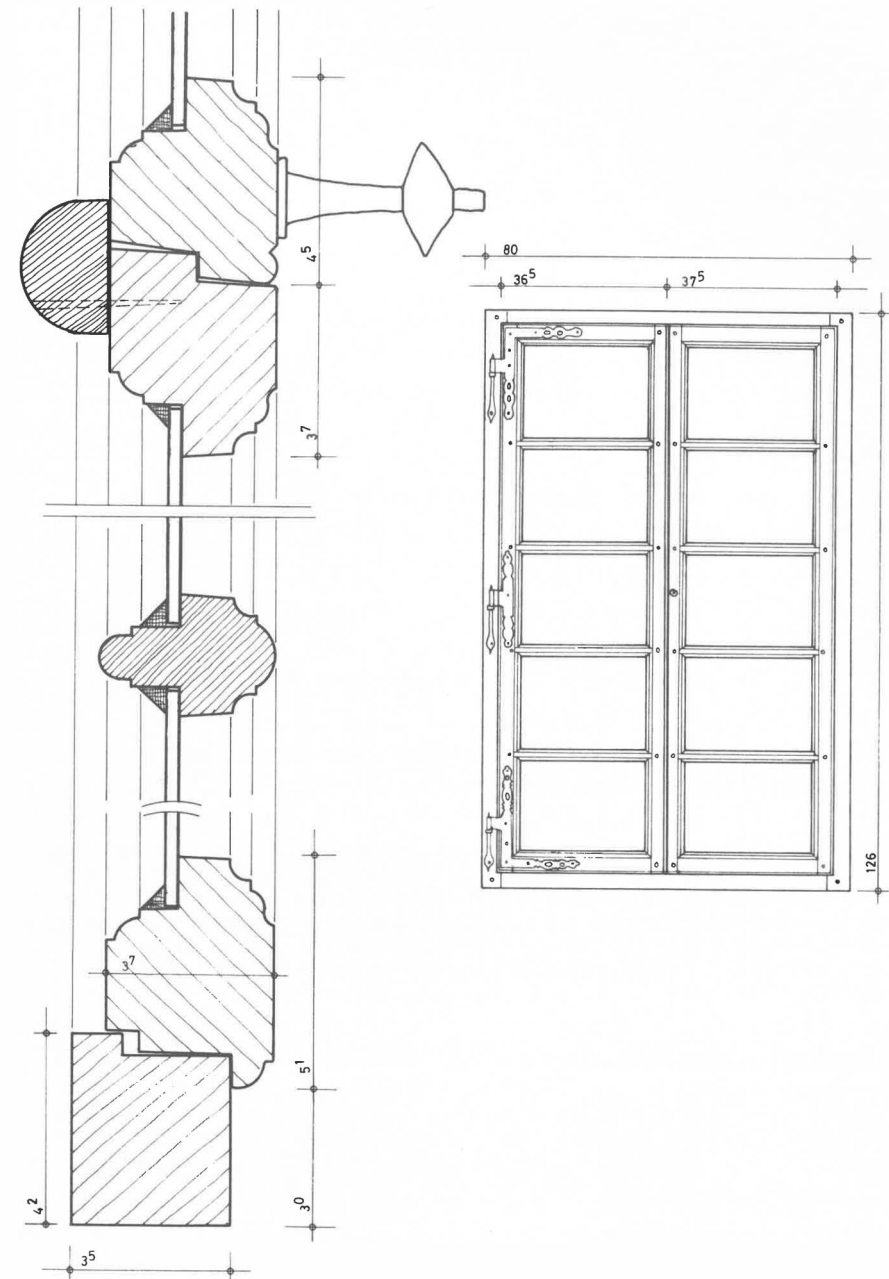
- der Erwerber soll das Gebäude nutzen und seinen Arbeitsplatz in der Innenstadt haben
- Familien mit Kindern haben Vorrang
- möglichst hoher Einsatz von Eigenkapital bei der Modernisierung des Gebäudes.

6. Kosten und Instrumente

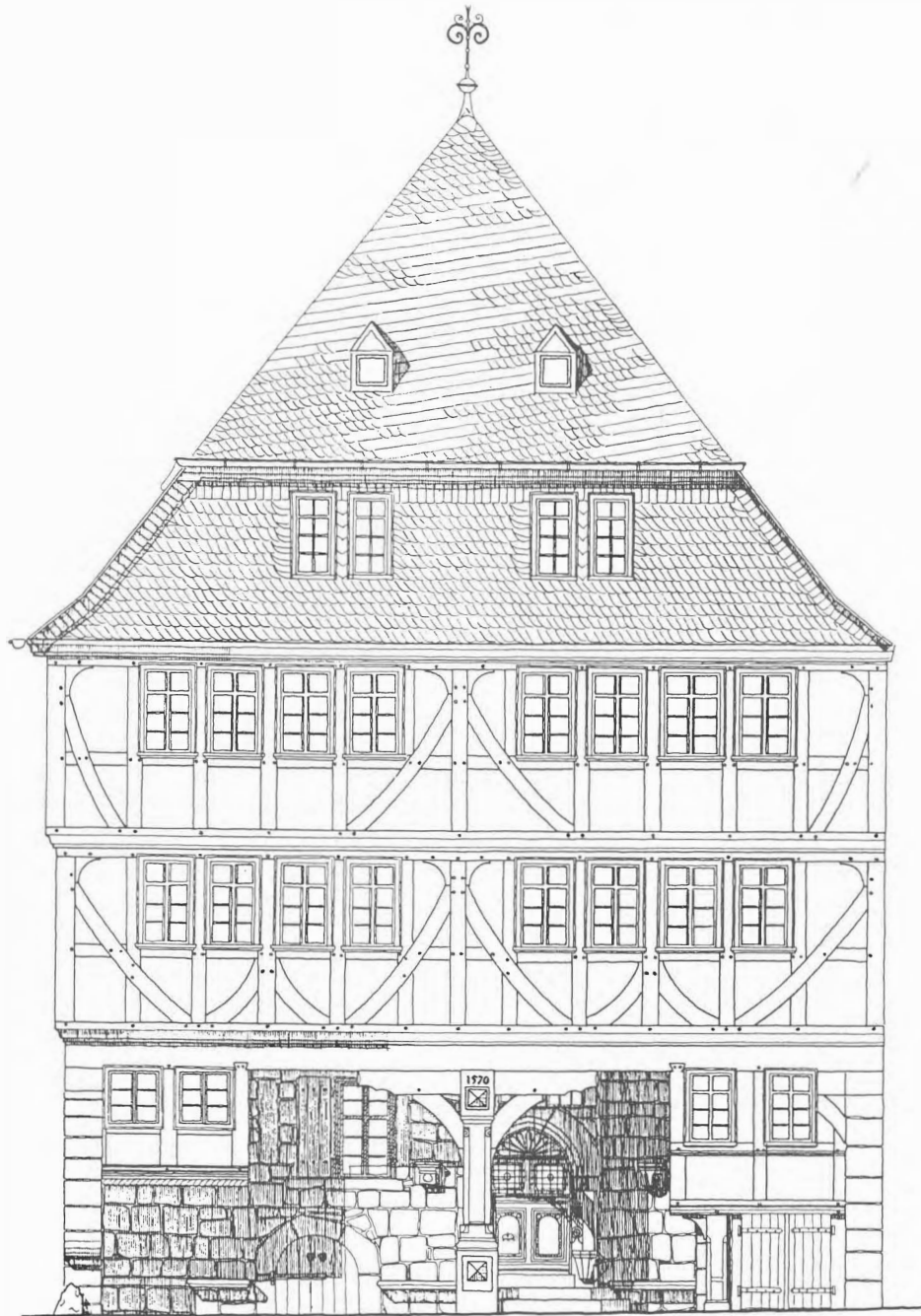
Um Kostenüberschreitungen bei Modernisierungsmaßnahmen abzubauen, wurde ein 2-Stufen-Verfahren eingeführt. In einer ersten Stufe erarbeitet der Architekt die Entwurfsplanung und einen genauen Kostenanschlag nach Maßen und Gewerken. Nach erfolgter Entkernung unter Berücksichtigung unvorhersehbarer Substanzmängel sind der Kostenanschlag zu überarbeiten und die Ausschreibungsergebnisse der Hauptgewerke in die Kostenzusammenstellung aufzunehmen. Danach wird ein Finanzierungsplan erstellt und erst dann mit der Durchführung der Modernisierungsmaßnahme in einer zweiten Stufe begonnen. Auf diesem Wege können die Schlußkosten weitgehend erreicht werden.

Zur Durchführung der Modernisierungsmaßnahmen sind ein Standardkatalog und eine Modernisierungsvereinbarung entwickelt worden. Der Standardkatalog legt den minimalen bzw. maximalen Ausbaustandard fest, im Rahmen dessen seitens der öffentlichen Hand eine Förderung erfolgt. Wird dieser Standard überschritten, sind die zusätzlichen Kosten vom Eigentümer zu tragen. Die Modernisierungsvereinbarung regelt die Vertragsverhältnisse zwischen den Eigentümern und der Gemeinde. Wichtig sind die darin enthaltenen Mietpreis- und Belegungsregelungen, die eine Sanierung unter sozialplanerischen Gesichtspunkten überhaupt erst ermöglichen.

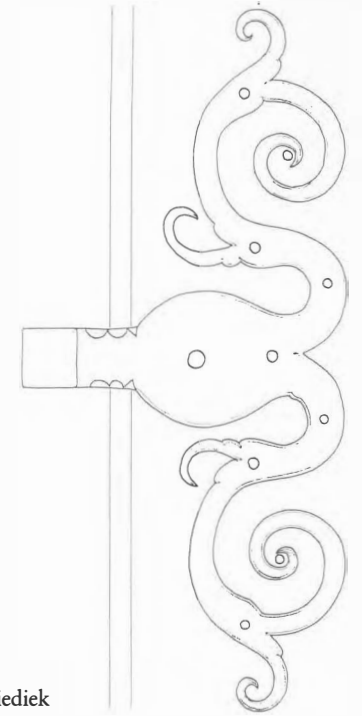
Die unterlassene Instandhaltung an Gebäuden im Sanierungsgebiet beträgt in der Regel etwa 30% der gesamten Erneuerungskosten. Rechnet man die Kosten der Entkernung zur



Reitgasse 7/9 Lagerschuppen 13. 5. 80



St. Jakob in Weidenhausen



Reitgasse 7/9, 2. OG Raum 6

Ansicht: Türbeschlag – 12. 5. 80 Niediek

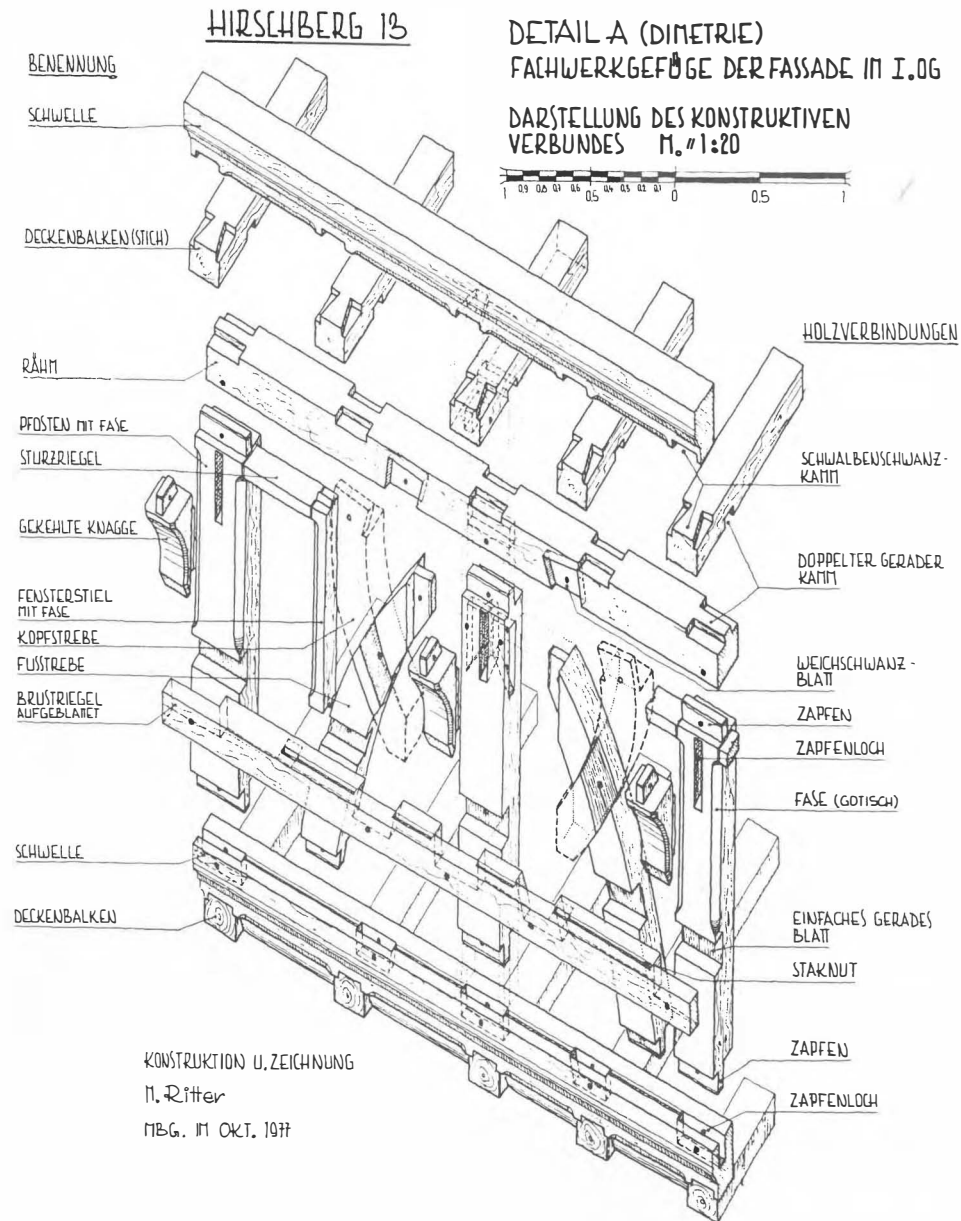
Aufwendung der geschädigten Bauteile hinzu, so liegen diese Kosten noch erheblich höher. Die Eigentümer sind von sich aus in der Regel nicht in der Lage, diesen hohen Instandsetzungsaufwand zu leisten; deshalb ist es unabdingbar, Modernisierung und Instandsetzung öffentlich zu fördern.

Folgende durchschnittliche Baukosten pro m² Wohn- und Nutzfläche wurden festgestellt: 1976 etwa DM 1300,-, 1978 etwa DM 1800,-, 1980 etwa DM 2300,-. Bei einem vergleichbaren Neubaubeispiel sind folgende Kosten entstanden: 1980 etwa DM 2600,-.

7. Finanzierung

Seit 1971 sind 32,6 Mio. DM Städtebauförderungsmittel und 2,3 Mio. DM Konjunkturförderungsmittel sowie Mittel des Sozialen Wohnungsbaues für die Stadtsanierung von Bund, Land und Stadt bereitgestellt worden. Zur Finanzierung von Einzelmaßnahmen werden nicht nur Städtebauförderungsmittel eingesetzt, es wird versucht, auf kumulativem Wege auch andere Geldmittel einzubringen. Dazu gehören im einzelnen:

- Wohnungsbauförderungsmittel
- Modernisierungsmittel
- Investitionsprogramme.



Neben Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln werden auch Darlehen gewährt, um einen Rückfluß von Finanzierungsmitteln zu gewährleisten. Je nach Wohnungsgröße wird ein Darlehen in Höhe von DM 500,- bis 700,- pro m² Wohnfläche zu einem Viertel Prozent Ausgangszinsen und drei Prozent Tilgung zur Verfügung gestellt. Um eine Gleichbehandlung für gewerbliche Flächen zu schaffen, wird hier ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von DM 1000,- pro m² Gewerbefläche in die Finanzierung eingestellt. Bisher wurden insg. zinsgünstige Darlehen in Höhe von 4 Mio. DM privaten Bauherren für Modernisierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

8. Gegenwärtige Probleme

Die Modernisierung vieler einzelner Gebäude in einem relativ kurzen Zeitraum hat bei allen Planungsbeteiligten erhebliche Probleme hervorgerufen, die im Laufe der letzten Jahre gelöst werden mußten oder noch zur Lösung anstehen.

Als besonders wichtige Punkte sind zu nennen:

- die Technologie des Altbaues und der Einsatz neuer Baustoffe
- die Auflagen des Brandschutzes und der Denkmalpflege
- die extremen Kostenüberschreitungen
- Unerfahrenheit und schlechte Ausbildung vieler am Durchführungsprozeß Beteiligter

9. Literaturhinweise

- Demandt, Karl Ernst, Stadt und Staat. Die politische Geschichte Marburgs in Hessen. Kassel/ Marburg 1975.
- Görich, Willi, Marburg, vom Marktflecken zur Stadt. – In: Hessische Heimat. N. F. (1965) H.4
- Kessler, Wilhelm, Geschichte der Stadt Marburg in Daten. Marburg 1972.
- Keyser, Erich, Die städtebauliche Entstehung der Stadt Marburg. – In: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 72 (1961).
- Lauer, Wilhelm, Marburg und Umgebung. Ein landeskundlicher Excursionsführer. Selbstverlag des Geographischen Inst. Marburg 1967.
- Freie Planungsgruppe Berlin, Altstadtsanierung Marburg. 1973.
- Bauwelt 1/1976, Altstadtsanierung Marburg. – Arbeit am Ort – Einblicke und Ansichten.
- Klotz, Heinrich, Fichtner, Diethelm, Die Mustersanierung der Marburger Altstadt. In: Kunstchronik. 29. Jahrgang, Heft 10/1976.
- Fichtner, Diethelm, Umbauen, Anbauen, Neubauen, Ändern – Heimatstil oder anpassendes Bauen? In: Neues Bauen in der alten Stadt. Katalog zur Ausstellung des Marburger Künstlerkreises. 1978.
- Stadtplanung – Information / Untere Denkmalschutzbehörde der Stadt Marburg: Bodenfunde aus dem Sanierungsgebiet. Marburg 1979.
- Die Bemalung der Marburger Bürgerhäuser vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. Marburg 1980.
- Die Augustinergasse, Geschichte einer Marburger Straße. Marburg 1981.
- Fichtner, Diethelm, Busacker, Bernd, Neuer, Burkhard, Sanierungsbericht 1980. Magistrat der Stadt Marburg.

Die Autoren

HARTMUT E. ARRAS MS (1939) wohnt in Allschwil bei Basel. Nach einer Schreinerlehre hat er Architektur studiert, war von 1964 bis 1966 in Chicago als Stadt- und Regionalplaner tätig und bis 1968 als Architekt bei Mies van der Rohe und Hans Scharoun. Seit 1968 Wiss. Mitarbeiter bei der PROGNOS AG in Basel als Projektleiter der Bereiche Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik. Untersuchungen und Aufsätze vor allem aus diesem Bereich sind in verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht worden.

DIETRICH GARBRECHT, Dr.-Ing. und Master in City Planning, ist 1935 in Berlin geboren, studierte Architektur in Braunschweig, Stadtplanung und Mensch-Umwelt-Beziehungen am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und an der Harvard Universität. Er hat als Projektleiter in Deutschland, der Schweiz und anderen Ländern Planungs- und Forschungsaufgaben bearbeitet. Heute selbständiger Stadtplaner und verhaltenskundlicher Berater in Zürich. Sein Buch »Gehen. Ein Plädoyer für das Leben in der Stadt« ist soeben bei Beltz, Weinheim und Basel erschienen.

HARTMUT GROSSHANS, Dipl.-Ing., Dr. rer. pol., Planer SRL, 1934 in Berlin geboren, Studium der Architektur und des Städtebaus bei Hans Scharoun, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bei Franz Ronneberger in Erlangen-Nürnberg. Architekt und Stadtplaner im Siegerland, Leiter der Abt. Flächennutzungsplanung des Nürnberger Stadtplanungsamtes und Leiter der Wiss.

Abt. des SIN-Nürnberg. Seit 1971 Leiter der Abt. Planung und Technik des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Köln, seit 1976 Lehrbeauftragter der Ruhr-Universität Bochum. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Planungsmethodik, interdisziplinären Zusammenarbeit und Bürgerbeteiligung.

ULRIKE BREITWIESER (1951), Studium der Sozialwirtschaft und Soziologie an der Universität Linz; Studienjahr an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris. Seit 1974 Assistentin am Institut für Soziologie der Universität Linz. Veröffentlichungen im Bereich der Stadtforschung.

FRANZ WAGNER (1954), Studium der Soziologie an der Universität Linz und an der Columbia Pacific University (Ca.); seit 1979 Assistent am Institut für Soziologie der Universität Linz. Verschiedene Veröffentlichungen aus den Arbeitsbereichen Erwachsenenbildung, Kulturosoziologie, Sozialpathologie.

DIETHELM FICHTNER (1938) hat in Darmstadt und Hannover Architektur und Städtebau studiert. Er war danach in Hannover und Wiesbaden tätig: Schwerpunkt Stadtplanung und Stadterneuerung. Seit 1971 Leiter des Stadtplanungsamtes und des Sanierungsbüros in Marburg. Seit 1976 Lehraufträge an den Universitäten Marburg und Kassel zu den Themen Stadtsanierung und Denkmalpflege. Zahlreiche Aufsätze zu stadtplanerischen Fragen in der Bundesrepublik Deutschland.

Notizen

Gesetzliches und Ungesetzliches

In Wolfenbüttel – Mitgliedsstadt der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt – mußte eine Werbeanlage, die von einem Hauseigentümer und Geschäftsmann ohne Baugenehmigung angebracht worden war, aus der Altstadt verschwinden. Die Stadt Wolfenbüttel hatte keine Genehmigung in Aussicht stellen wollen und verlangt, die Werbeanlage zu entfernen. Dagegen setzte sich der Bauherr und Betreiber zur Wehr.

In der Zwischenzeit gingen Grundstück und Geschäft auf den Sohn über – der leuchtende Namenszug blieb, auch die Klage wurde weiterhin erhoben; das zur Zeit des Geschehens geltende »Gesetz betreffend Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 13. März 1899« ist ersetzt durch die Niedersächsische Bauordnung. Damit läuft auch für die Gestaltungssatzung der Stadt die Uhr ab.

Der Kläger machte geltend, die Altstadt dürfe kein Museum werden und bunte Reklamen wie die seine stören nicht, sondern stellten im Zusammenleben der Interessens einen erträglichen Beitrag zum Bilde der Altstadt dar.

Das Oberverwaltungsgericht für die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen nahm die nicht genehmigte Werbeanlage in Augenschein und wies den Kläger in letzter Instanz ab. In der Urteilsbegründung räumte das Gericht zwar ein, »daß auch historische Straßen nicht zu Museen werden dürfen und mithin auch dem Wirtschaftsleben der Gegenwart nicht zu verschließen sind«. Das bedeute aber keineswegs, daß wirtschaftliche Interessen deshalb in den Vordergrund zu rücken seien: »In erster Linie haben die Benutzer und Bewohner historischer Bauinseln die Verpflichtung, die Eigenart solcher nur noch selten vorhandener Zeugnisse der Vergangenheit mit besonderer Sorgfalt zu pflegen und dafür zu sorgen, daß solche historischen Anlagen ihre Eigenart nicht verlieren.«

Der Erwerber eines *historischen Schwarzwaldhauses* kann nicht davon ausgehen, daß er über seinen Besitz frei verfügen kann. Darauf wies jetzt das Verwaltungsgericht Freiburg hin. Das Gericht entschied, daß die Behörden einem Käufer zu Recht die Genehmigung zum Abbruch eines aus dem 18. Jahrhundert stammenden Schwarzwaldhauses verweigerten, an dessen Stelle ein Mehrfamilienhaus im »Schwarzwaldhausstil« errichtet werden sollte. Ebenso wie die Behörden befand auch das Gericht, daß das überkommene Haus als Kulturdenkmal anzusehen sei, an dessen Erhaltung ein öffentliches Interesse bestehe.

Unter Schutz gestellt

Die Altstadt von *Jerusalem* ist von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur Unesco in Paris in die Liste der schützenswerten Kulturgüter der Welt aufgenommen worden. Einem von Jordanien eingebrachten Vorschlag stimmten gegen das Votum der USA vierzehn Länder zu. Fünf Länder, darunter die Bundesrepublik, enthielten sich. Israel hatte als Nichtunterzeichner der Konvention zum Schutz von Kulturgütern kein Stimmrecht, erklärte aber dennoch seine strikte Ablehnung. Israel kann nun ohne die Billigung des zuständigen Unesco-Komitees keine baulichen Veränderungen in der Altstadt Jerusalems vornehmen. Die USA sind gegen die Einschreibung, weil sie meinen, daß die Unesco ihr eigentliches Aufgabenfeld verläßt und sich in politisches Gebiet begibt, wenn sie per Abstimmung israelische Entscheidungen auf kulturellem Sektor in den besetzten Gebieten beurteilen läßt.

Die königliche Grabkapelle auf dem *Rotenberg bei Stuttgart* ist jetzt zusammen mit dem Orts- und Straßenbild des alten Dorfes Rotenberg als Gesamtanlage unter Denkmalschutz gestellt.

Denkmalpflege – Leistungen

Das ehemals größte Theater im deutschsprachigen Raum, das *Wiener Volkstheater*, wurde wieder eröffnet. Ein Jahr lang war das 92 Jahre alte Haus geschlossen gewesen: wegen längst fälliger Reparaturarbeiten. Die Bühne wurde komplett erneuert, der Zuschauerraum modernisiert, die im Krieg zerstörte Kuppel wieder aufgebaut, die Fassade renoviert.

Insgesamt 120 Millionen Schilling kosteten die Restaurierungsarbeiten, mit denen im Sommer 1980 unter Leitung von Architekt Rudolf Jarosch begonnen wurde. Für das beinahe 100 Jahre alte Bauwerk der berühmten Theaterarchitekten Helmer und Fellner ging es um die erste Generalsanierung seit seiner Erbauung. Ziel: die Wiederherstellung der ursprünglichen architektonischen Gestalt im Sinne des Historismus. Für die Fassadenarchitektur galt dabei die italienische Renaissance als Vorbild, für den Innenraum das »einfache Barock«.

Neben Altersschäden mußten Veränderungen aus dem Jahre 1938 beseitigt werden. Denn in der nationalsozialistischen Ära übertünchte man nach Art des aufkommenden funktionalistischen Neoklassizismus die Stukkaturen im Zuschauerraum weiß. Ebenso waren damals die Deckengemälde übermalt worden. Nun stellte man die ursprüngliche, festlich-intime Atmosphäre wieder her. Auch die für die äußere Erscheinung so charakteristische Kuppel war bei einem Bombenangriff im Jahre 1945 zerstört worden. Jetzt wurde sie authentisch nachgebildet. Große Schwierigkeiten galt es nicht zuletzt bei der Restaurierung des Hauptvorhanges, einer Leimfarbenmalerei auf Leinwand, zu überwinden. Wie das Bauwerk selbst wird auch er in Zukunft im Originalzustand zu sehen sein und so eine Rarität darstellen.

Das *Warschauer Königsschloß*, das während des Zweiten Weltkriegs völlig zerstört und in den letzten Jahren wiederaufgebaut wurde, kann jetzt wieder besichtigt werden. 21 der insgesamt 102 historischen Säle und die königliche Bibliothek wurden den Besuchern zugänglich gemacht.

Die vier berühmten *Bronzepferde von Venedig* werden künftig nicht mehr im Freien stehen. Sie erhalten einen Platz in der Basilika von San Marco, wo für sie ein Spezialraum hergerichtet wird. Dort können die Rösser, die der Doge Dandolo im Jahre 1204 aus Konstantinopel in die Lagunenstadt mitbrachte, auch besichtigt werden. Die Kunstwerke sollen in dem Basilika-Raum vor weiterem Verfall geschützt werden. Am bisherigen Aufstellungsort der Bronzepferde über dem Mittelportal der Basilika werden künftig vier originalgetreue Nachbildungen stehen.

Zunfttafeln an Hausfassaden sind wieder im Kommen. In der Fußgängerzone Küferstraße in Esslingen – Sitz der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt – ist auf solch einem Aushängeschild an den Gebäuden 31 bis 33 das Zunftzeichen des Deutschen Kürschnerhandwerks zu sehen: Zwei goldene Löwen halten auf anthrazitfarbenem Grund den traditionellen Krönungsmantel aus Hermelin mit purpurrotem Umhang und goldener Krone. Das Schild wurde von Esslinger Handwerksmeistern hergestellt.

Denkmalpflege – Initiativen und Aufgaben

Die *Ulmer »Bundesfestung«*, ein weißer Fleck im öffentlichen Bewußtsein der Donaustadt, führt ein Schattendasein und verfällt zusehends. Im 19. Jahrhundert (bis 1886) entstanden, war diese größte Festungsanlage Deutschlands nie ernsthaften Kampfhandlungen ausgesetzt und ist deshalb noch erstaunlich gut erhalten. Zahlreiche Eigenheiten des Festungsbaus lassen sich nur noch in Ulm studieren.

Inzwischen sind fast alle Teile der Bundesfestung unter Denkmalschutz gestellt, doch damit ist es nicht getan. Viele der Werke sind in schlechtem baulichen Zustand. Neuer Baumbewuchs auf den erdüberdeckten Kasematten zerstört das Mauerwerk und die sinnreichen Drainagesysteme. Viele Bauteile sind nicht mehr gegen die zerstörerische Kraft des Sickerwassers und des Frostes gesichert.

Die Stadt Ulm tut sich schwer mit ihrem historischen Erbe. Immerhin werden einige Teile von Vereinen genutzt. Andere sind kaum verwendbar und kosten nur Geld. Große Teile sind im Besitz des Bundes, so vor allem das Herz der gesamten Festung, die riesige Wilhelmsburg. Seit die Bundeswehr das vierflügelige Gebäude aufgegeben hat, verfällt der Komplex mit seinen fast vierhundert Kasematten zusehends.

Allein 4,7 Millionen Mark wären zur baulichen Sicherung, vor allem zur Neueindeckung notwendig. Im Gespräch sind künftige Nutzungen als Bundesmilitärmuseum oder als Studentenwohnheim, was in jedem Fall zweistellige Millionenbeträge erfordern würde. Der jetzige Zustand ist der denkbar schlechteste. Die Schäden wachsen täglich, eine künftige Sanierung wird immer kostspieliger. Ein Ulmer Verein bemüht sich, die Öffentlichkeit für die Erhaltung der Anlage zu gewinnen und auch die Bundesvermögensverwaltung auf ihre Verantwortlichkeit hinzuweisen.

Eines der teuersten Sanierungsprojekte Frankreichs ist das weltberühmte *Straßburger Münster*. Über 25 Millionen Mark sind vom französischen Kultusministerium bereits aufgebracht worden, um das gotische Gotteshaus gegen Erosionsschäden durch die Luftverschmutzung zu schützen.

Gefährliche Risse und Sprünge in einem Teil des Chorgewölbes der Pariser *Notre-Dame-Kathedrale* erfordern mehrere Monate dauernde Restaurierungsarbeiten. Die Schäden wurden bei einer routinemäßigen Überprüfung des Amtes für Denkmalschutz festgestellt. Wie das Amt mitteilte, soll die Kirche bei den jetzt beginnenden Arbeiten auch an eine Fernheizung angeschlossen werden.

Die Deutsche Unesco-Kommission hat einen Spendenaufruf zur Rettung der Kirche *San Bartolomeo in Venedig* veröffentlicht. Keine Kirche in Venedig sei, so heißt es in dem Aufruf, durch ihre Geschichte mit Deutschland so eng verbunden wie San Bartolomeo. Für ihre Restaurierung sind weitere Spendenmittel in Höhe von 500 000

Mark erforderlich. Die anstehenden Restaurierungsarbeiten gelten den Altären, der Holzausstattung der Kirche, dem wertvollen Holzwerk der Sakristei sowie dem Mauerwerk, das durch Feuchtigkeit und Salze stark angegriffen ist. Bisher wurden 14 Bilder aus dem Leben des heiligen Bartholomäus von Palma di Giovane und Antonio Balestra wiederhergestellt.

Ein neuer Versuch zur Rettung der vom Zerfall bedrohten *Akropolis in Athen* ist mit deutscher Hilfe gestartet worden. Die Vereinigung deutsch-griechischer Gesellschaften hat in Bonn die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik aufgerufen, durch Spenden die dringend erforderlichen Konservierungsmaßnahmen der zerfallenen Skulpturen und Tempel zu ermöglichen. Eine von der Unesco geplante Aktion zur Rettung der Akropolis war gescheitert, da sich griechische Stellen in ihren Kompetenzen beeinträchtigt sahen. Die Unesco-Experten, die umfangreiche Erfahrungen mit der Erhaltung historischer Güter haben, hatten dem Vernehmen nach bei der Akropolis-Sanierung sämtliche Zügel in die Hand nehmen wollen, um zu einem raschen und erfolgreichen Abschluß zu kommen. Diese Dynamik war von griechischer Seite als Bevormundung empfunden worden, worauf jede Zusammenarbeit eingestellt wurde. Der Zerfall der Akropolis geht seitdem weiter.

Entdeckungen

Bei Ausschachtungsarbeiten in der Nähe der Stadt Avellino ist ein *Aquädukt aus der Römerzeit* entdeckt worden. Die rund 2000 Jahre alte Wasserleitung befindet sich am Rande des Bauplatzes, auf dem der italienische Automobilkonzern Alfa Romeo und das japanische Unternehmen Nissan ein gemeinsames Werk errichten wollen. Vertreter beider Firmen versicherten, das Aquädukt solle auf jeden Fall an seinem derzeitigen Standort verbleiben, und die Unternehmen würden für die Restaurierung des Bauwerks Sorge tragen.

Wettbewerbe und Preise

Das Zentrum für Europäische Bildung veranstaltet jährlich den *Europäischen Wettbewerb*, einen Zeichen- und Aufsatzwettbewerb, der sich mit unterschiedlichen Themen an Kinder und Jugendliche bis zu 21 Jahren wendet. Die Arbeiten werden auf Landes-, Bundes- und EG-Ebene juriiert und ausgezeichnet. Ein Schwerpunktthema für den 28. Europäischen Wettbewerb 1981 bezog sich auf die „Europäische Kampagne zur Stadterneuerung 1981“ des Europarates. Von den ca. 42 000 bundesweit angefertigten Schülerarbeiten setzten sich weit über 50 Prozent mit der Stadterneuerung auseinander, offenbar, weil dieses Thema unmittelbar im Erlebnisbereich der Schüler ansetzt.

Die große Anzahl der Arbeiten und deren detaillierte Ausführungen zeigen, wie sehr die Jugendlichen, ohne Unterschied ihrer städtischen und ländlichen Herkunft, des besuchten Schultyps und ihrer Altersstufe, für die Probleme ihres alltäglichen Lebensbereichs sensibilisiert sind. Bei der Durchsicht der Arbeiten zeigte sich, daß gerade die jüngeren Schüler ein großes Interesse und Engagement aufbrachten. Im Januar 1982 wird im Bonner Stadthaus eine Ausstellung der Schülerarbeiten zu sehen sein.

Das Präsidium des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz ehrte in diesem Jahr 13 Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die Erhaltung des baulichen Erbes verdient gemacht haben, mit dem *Deutschen Preis für Denkmalschutz*. Der Deutsche Preis für Denkmalschutz ist die höchste Auszeichnung auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik Deutschland und besteht in der Vergabe des Karl-Friedrich-Schinkel-Ringes, von Ehrengaben in Form einer silbernen Halbkugel und von Reisestipendien.

Den Karl-Friedrich-Schinkel-Ring erhielten

Professor Dr. Ing. Julius Posener, Berlin, und Dr. h. c. Alfred Toepfer, Hamburg. Die Ehrengabe in Form der silbernen Halbkugel wurde zuerkannt: Dieter Robert Frank (Sender Freies Berlin), Günther Kühne (Bauwelt), der Lübecker Althaus-Sanierer-Gemeinschaft, Landrat Dr. Traugott Scherg (Pfaffenhofen), dem Stadtjugendring Rottweil, Prof. Dr. Ing. Willi Weyres, Dieter Wieland (Freier Mitarbeiter des Bayerischen Rundfunks) und Claudia Wolff (Freie Mitarbeiterin des Westdeutschen Rundfunks). Die drei Reisestipendien gingen an Volker Panzer (Freier Mitarbeiter des Südwestfunks, Landesstudio Rheinland-Pfalz), Jürgen Schreiber (Frankfurter Rundschau) und Dr. Werner Strodthoff (Kölner Stadtanzeiger). Die Preise wurden am 6. November 1981 im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung im Fürstensaal des Rathauses zu Lüneburg übergeben.

Wolfgang Braunfels 70

Wolfgang Braunfels, der Münchner Kunsthistoriker, wurde am 5. 10. 1981 70 Jahre alt. Er promovierte über Cuvilliés und habilitierte sich über »Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toskana«. Von 1953 bis 1965 lehrte er an der Technischen Hochschule Aachen, anschließend bis zu seiner Emeritierung an der Münchner Universität. Braunfels hat 1965 die Aachener Europaratausstellung über die Zeit Karls des Großen organisiert und wissenschaftlich betreut. Er war maßgeblich an der Herausgabe des »Lexikons für Christliche Ikonographie« (1968–1976) beteiligt und leitet die Edition eines achtbändigen Werks »Die Kunst im Heiligen Römischen Reich«, dessen dritter Band »Reichsstädte, Grafschaften, Reichsklöster« im Herbst 1981 erscheint.

Besprechungen

HELGA REIMANN / HORST REIMANN (Hrsg.), *Die Jugend*. (= »Das Wissenschaftliche Taschenbuch«, Abteilung Soziologie – Soziale Probleme 2). München: Wilhelm Goldmann Verlag 1975. 243 S., DM 18,–.

Von den vorliegenden Einführungs- und Übersichtsbüchern zum Gegenstands- und Problemfeld Jugend verdient der vorliegende Band besondere Beachtung. Obwohl bereits 1975 erschienen, ist er neben der historisch und soziologisch breit angelegten Darstellung von Rosenmayr (im Handbuch der empirischen Sozialforschung, 1976) und den Schriften von Allert, Kreutz und Neidhardt die empfehlenswerteste Einführung in die Gegenwartssituation der Jugend in der Bundesrepublik.

Die Herausgeber, Vertreter der Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Augsburg, haben es verstanden, die wohl wichtigsten sozialstrukturellen und interaktionistischen Bezugs- und Handlungsfelder der Jugend in der Gegenwartsgesellschaft durch insgesamt zehn Beiträge kompetenter Autoren abzudecken.

Nach einer knappen Einführung der Herausgeber analysiert der »Altmeister« der deutschen Jugendsoziologie, Gerhard Wurzbacher, zusammen mit Helmut Grau die vorherrschenden »Gesellschaftsformen der Jugend in der Bundesrepublik«. Das sind vor allem: das gleich- und gemischtgeschlechtliche Freundschaftspaar; der Freundschaftskreis; die Wohngemeinschaft; die Initiativgruppe und die organisierte Jugendgruppe. Deutlich wird vor allem, daß die altershomogenen Gruppen als ein wichtiges Charakteristikum »relativ eigenständiger jugendlicher Teil- und Subkulturen« (S. 19) in modernen Industriegesellschaften angesehen werden müssen. Von dieser Voraussetzung gehen auch die übrigen Beiträge aus. René König analysiert die »Chancen und Risiken der Familie...«, die ja für den Jugendlichen die wichtigste Gruppe und zugleich das zentrale Spannungsfeld ist. Claus Mühlfeld

untersucht die »Probleme der beruflichen Integration Jugendlicher«; Max Kaase referiert wichtige Untersuchungsergebnisse über das Verhältnis von »Jugend und Politik«, Bernd Biervert über »Einstellung und Verhalten Jugendlicher im Bereich des Konsums«. »Entwicklungspsychologische Aspekte des Jugendalters« und »psychische Probleme und Krisen Jugendlicher« werden von Erwin Roth und Elisabeth Ardel resp. Lore Schacht dargestellt. Über den Rauschmittelkonsum Jugendlicher informiert Horst Kächele, über »Jugendkriminalität und Resozialisierung« Anemarie Ebert. Den Band beschließt ein Beitrag des Herausgebers Horst Reimann über die »Praxis der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit«.

Auch wenn die gegenwärtig im Vordergrund stehenden Probleme der Alternativkultur, der Jugendproteste und der Jugendsekten nicht explizit behandelt werden, ist der Band immer noch geeignet, die Situation des überwiegenden Teils der Jugend in der Bundesrepublik zu erhellen. In einer Neuauflage sollten die Herausgeber gleichwohl die Aktualisierung einzelner Beiträge (z. B. durch Mitteilung neuer Forschungsergebnisse) anstreben. Die Handhabbarkeit des Bandes wird unterstrichen durch eine gut ausgewählte Bibliographie (S. 226–236) und ein Personen- und Sachverzeichnis.

Göttingen

Bernhard Schäfers

Baunormen Altbau modernisieren, hrsg. v. Deutschem Institut für Normung e.V. Berlin – Köln: Beuth/Wiesbaden – Berlin: Bauverlag 1978. 304 S. (DIN-Taschenbuch 119). DM 59,–.

Das Deutsche Institut für Normung e.V. legt als Taschenbuch Nr. 119 einen Abdruck der Normen vor, die für Planung und Ausführung von Modernisierungsmaßnahmen gem. Wohnungsmodernisierungsgesetz »geeignet sind«. (Das in diesem Buch abgedruckte Wohnungsmodernisie-

rungsgesetz ist allerdings inzwischen novelliert worden.) Die Zusammenstellung wird für alle mit der technischen Modernisierungsdurchführung Befassten von Interesse sein; es handelt sich um Normen aus den Bereichen Beleuchtung, Belüftung, Wärmeschutz, Schallschutz, Energie- und Wasserversorgung, Entwässerung, sanitäre Einrichtungen, Funktionsabläufe, Türen und Fenster.

Die Formulierung, daß die Normen zur Anwendung »geeignet« sind, weist indessen auch auf ein Problem hin, das im Aufeinandertreffen liegt von zu modernisierenden Altbauten mit vergleichsweise jugendlichen Normen, die im Grunde für Neubauten entwickelt wurden. Die Anwendung derartiger Normen aber kann zu ähnlich bedenklichen Ergebnissen führen wie die Auflage, bei wesentlichen Modernisierungsmaßnahmen möglichst viele Vorschriften des Bauordnungsrechts einzuhalten bzw. die Forderung, bei Modernisierungen den Standard des Sozialen Wohnungsbaus nicht zu unterschreiten.

Die Verknüpfung der DIN-Normen mit letzterem liegt darin, daß beim Sozialen Wohnungsbau via Wohnungsbauengesetz oder Wohnungsbaurichtlinien eine Vielzahl dieser Normen eingeführt wurde und einzuhalten ist. Jedermann wird aber einleuchten, daß sich Schwierigkeiten ergeben, wenn man DIN-Normen etwa aus dem Bereich »Funktionsabläufe« auf mittelalterliche Bürgerhäuser, barocke Kuriengebäude oder gründerzeitliche Mietshäuser anwendet. Heutige Vorstellungen etwa betr. 1) Stellflächen, Abstände und Bewegungsraum im Wohnungsbau und 2) Küche, Bad, WC und Hausarbeitsraum sind derart abstrakt, daß ihre Anwendung auf die genannten Bauten zu unerträglichen Eingriffen und Kostenmehrungen führen muß.

Bei allem Verständnis für das Anliegen der Normungsarbeit muß man die Frage stellen, ob die Adressaten derartiger Überlegungen, nämlich höchst heterogene Altbauten, sich tatsächlich für derartige Bemühungen eignen. Die Zusammenstellung dieses Taschenbuches sollte daher mit dem Vorbehalt gesehen werden, daß ihre sklavische Anwendung sicher nicht der richtige Weg sein wird.

Bamberg

Carsten Jonas

AXEL FÖHL, *Technische Denkmale im Rheinland. Hrsg. vom Landeskonservator Rheinland, Arbeitsheft 20. Köln: Rheinlandverlag 1975. 144 S., 142 Abb., 1 Faltkarte.*

»Mit dem vorliegenden Arbeitsheft wird erstmals der Versuch unternommen, die gesamte Spannweite des Begriffs »Technische Denkmale« innerhalb eines vorgegebenen geographischen Rahmens systematisch darzustellen und den vollen Entwicklungsgang dessen, was die Geschichtsschreibung die »Industrielle Revolution« nennt, anhand hervorragender Bauten und Anlagen ... dokumentarisch festzuhalten«, schreibt Günter Borchers in seinem Vorwort. Im folgenden wird eine Auswahl von Bauten der verschiedenen Industriezweige, Ingenieurbauten, Maschinenanlagen der Versorgungsindustrie und Arbeiterwohnungen mit Abbildungen und Kurzttext vorgestellt. Hilfreich: Zu jedem Objekt sind die wichtigsten Literaturhinweise gegeben.

Zum »Arbeitsheft« wird die Veröffentlichung vor allem durch die beigegebenen Texte, z. B. die typologische Auflistung technischer Bauten und Anlagen mit dem Versuch, für alle in Frage kommenden »Strukturen und Objekte« eine systematische Klassifikation bereitzustellen. Ein Aufsatz erhellt historische Entwicklung und heutige Lage der Inventarisierung und Dokumentation Technischer Denkmale (die man im Zuge der Normalisierung und doch ohne Anführungszeichen auf's Papier bringen sollte), und liefert eine akzeptable Begriffsbestimmung und Kategorisierung.

Eine historische Topographie von Wolfhard Weber erleichtert dann das Verständnis des Inventarteils, man erfährt skizzenhaft das Wichtigste über die Randbedingungen der verschiedenen Industriezweige, über Produktionsbedingungen und -methoden, die letztlich das Bild der Technischen Denkmale geprägt haben.

Somit hat der Landeskonservator Rheinland eine treffliche PR-Veröffentlichung in Sachen Denkmalschutz herausgegeben, die den Einstieg in die Materie auf vorwissenschaftlicher Ebene ermöglicht. Allerdings erweckt das Heft beim Durchblättern den Anschein, als ob es sich bei

Technischen Denkmalen fast ausschließlich um Architektur handle; ist doch das Werkzeug- und Maschinenwesen bei den Abbildungen grundlos stark unterrepräsentiert. Insoweit ist der erklärte Versuch, die gesamte Spannweite des Begriffes darzustellen, nicht ganz gelungen.

Stuttgart

Falk Jaeger

GERHARD MÜLLER-MENCKENS, *Neues Leben für alte Bauten. Über den Continuo in der Architektur. Stuttgart: Alexander Koch 1977. 288 S., zahlreiche Abb., Leinen, DM 88,-.*

Wem fallen schon auf Anhieb mehrere Beispiele für neue Architektur in historischer Umgebung ein, die man uneingeschränkt als gelungen bezeichnen möchte. Mißratenes hingegen malträtiert das Auge beim Gang durch jede Altstadt zur Genüge. Der Autor, selbst erfahrener Architekt im Umgang mit der Baugeschichte, stellt eine sorgfältige Auswahl von rund fünfzig Projekten und ausgeführten Bauten vor, die einen auch topographisch gesehen weiten Überblick über das Baugeschehen verrät. Kluge Wertungen und Erläuterungstexte der beteiligten Architekten ergänzen die Darstellungen der Projekte durch Planwiedergaben und Fotos.

Ein Vorwort von Jürgen Rausch und Aufsätze des Autors und von Karl Schwanzer führen in das Sachgebiet ein, machen vertraut mit dem »Wert alter Bauten«, mit der »Wirkung baulicher Gestaltung«, mit den gesetzlichen Grundlagen u. Ä. Es folgen Kapitel über Fußgängerzonen, über Stadtquartiere, über umfunktionierte alte Bauten und über neue Bauten in alter Umgebung. Neben sehr bekannten Beispielen wie der Glyptothek in München, dem Tübinger Rathaus oder dem Gewandhaus in Braunschweig zeugen auch viele bescheidenere Projekte von den unbegrenzten Möglichkeiten, im Umgang mit historischer Bausubstanz fantasievolle, erfrischende architektonische Lösungen zu entwickeln.

Das Buch ist wertvolle Hilfe für den gestreuten Architekten, der zwar mit diesen Dingen zu tun hat, aber keine Zeit findet, sich gezielt über

Fachzeitschriften zu informieren. Es ist ebenso interessant für den »Halblaien«, den Lobbyisten in Sachen Altstadt, der Anregungen und Argumente für die Erhaltung gefährdeter Althäuser sucht. Und es macht einfach Spaß, den Einfallsreichtum guter Architekten zu sehen, die sich durch die eingegengten Entwurfsbedingungen zu besonderen Leistungen anstacheln ließen. Sicher gibt das Buch auch die Anregung, sich das eine oder andere Objekt einmal an Ort und Stelle selbst anzusehen.

Das Buch ist durchschnittlich aufgemacht. Leider liegt die Reproduktionsqualität bei manchen Fotos unter dem akzeptablen Niveau, auch rutschte schon mal eines seitenverkehrt hinein. Bei den Plänen und Grundrissen vermißt man die Angabe des Maßstabes. Die Objekte sind auch für den Laien gut lesbar dargeboten und problemlos zu rezipieren.

Stuttgart

Falk Jaeger

MICHAEL TOCH, *Die Nürnberger Mittelschichten im 15. Jahrhundert (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte 26). Nürnberg: Stadtarchiv 1978 (Erlanger phil. Diss. 1978). XXXIII u. 229 S., DM 16,50.*

An Hand der von E. Maschke vorgeschlagenen »Lagemerkmale«, wie Besitz des Bürgerrechtes, Art der Berufsausbildung und des ausgeübten Berufs, erreichter Position bzw. beruflicher Selbstständigkeit, von der Obrigkeit zugestandener oder vorenthaltener Möglichkeiten der Selbstpräsentation, Mitgliedschaft in Standes- oder Berufsgenossenschaften und vor allem der Vermögensgröße, untersucht Vf. die soziale Schichtung der Nürnberger Bürgerschaft im 15. Jahrhundert und die soziale Mobilität in dieser vom Wandel gekennzeichneten Epoche.

Da sich Vf. überwiegend auf die Vermögensgröße und dabei vor allem auf deren steuerliche Veranschlagung als Kennzeichen der Eingruppierung in eine soziale Schicht stützt, im Gegensatz zu anderen Städten jedoch in Nürnberg fortlaufende Reihen von Steuerlisten durch die Nürn-

berger Eigenart der Selbstbesteuerung und des Steuergeheimnisses bei der Vermögenssteuer, der »Lösung«, nicht vorliegen, konzentriert sich die Untersuchung auf die Perioden 1443–1449 und 1497–1504, für die zur Feststellung von Vermögenskategorien folgende Quellen herangezogen werden können:

1. die sog. Salzbüchlein von 1423, 1443 und 1447, letzteres mit Korrekturen aus dem Jahre 1449 (StAN, Rep. 52b, 109, 110 und 111), die in Krisenzeiten die Einlagerung des zum Konservieren notwendigen Salzes durch Angabe des Namens und der veranschlagten Zahl der Salzscheiben (1423: 1 bis 8, sonst 1 bis 6 Salzscheiben) regelten. Sie wurden durch Wolfgang von Stromer, *Oberdeutsche Hochfinanz 1350–1450*, VSWG Beihefte 55–57, 1970 (= Stromer I), zusammen mit dem »Harnischbuch« von 1408 (Stellung von Harnischen) (StAN, Rep. 52b, 108), als Quelle zur Vermögensschichtung des Nürnberger Patriziats und der wirtschaftlichen Führungsschicht systematisch ausgewertet.

2. das nur für die Lorenzer Stadtseite erhaltene »Register des gemeinen Pfennigs« von 1497, das von O. Puchner, *Das Register des Gemeinen Pfennigs (1497) der Reichsstadt Nürnberg als bevölkerungsgeschichtliche Quelle*, JbfrLf 34/35 (1974/75), S. 909–948, veröffentlicht wurde.

3. die von H. Haller von Hallerstein, Größe und Quelle des Vermögens von hundert Nürnberger Bürgern um 1500, BWGN I, 1967, S. 117–176, veröffentlichte Vermögensschätzung durch Chf. Scheuerl d. Ä.

4. die »Rösseranschläge« (Veranschlagung zur Haltung von Kriegspferden, aufgeschlüsselt in ¼ bis 2 Rosse) aus den Jahren 1500, 1502 (nur Sebalder Stadtseite) und der Anschlag von 1504, der gestaffelt von ¼ bis 12, keine Angaben zum veranschlagten Objekt enthält (StAN, Rep. 44e, SIL125 Nr. 1). Sie wurden bereits von Wolfgang von Stromer, *Reichtum und Ratswürde. Die wirtschaftliche Führungsschicht der Reichsstadt Nürnberg 1348–1648*, in: H. Helbig (Hg.), *Führungskräfte der Wirtschaft in Mittelalter und Neuzeit 1350–1850*, Teil I, Büdinger Vorträge 1968–1969, Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 6, Limburg/L. 1973, S. 1–50 (= Stromer II) zur Klärung des Zusammenhangs

zwischen Vermögen und Ratsfähigkeit benutzt. Dieses, nur noch durch zwei weitere amtliche Auflistungen geringer Personenzahl ergänzte archivalische Material (Toch, S. 119) ist von der Zielsetzung, der Anzahl der veranschlagten Personen, der erfaßten Vermögenshöhe, Art der Veranschlagung und deren Staffelung extrem heterogen und zudem vielfach unterschiedlich deutbar:

1. Der Salzscheibenanschlag dürfte, wie der Kornanschlag von 1448 (Nbg. Chron. II, S. 299–300; IV, S. 24 u. 169), bei dem linear proportional zu Vermögenswerten zwischen 200 und 4000 fl Simra Korn einzulagern waren, in Abhängigkeit zur Vermögenshöhe bemessen worden sein. Vergleicht man nämlich, was schon v. Stromer (I, S. 322) getan hat, die im Grabenbuch von 1430 (StAN, Rep. 52b, 284) angegebene Zahl der zum Grabenausbau aufgegebenen Haushaltsmitglieder (im Alter über zwölf Jahren) mit den Angaben der Salzbüchlein – dies ist dank der vom StAN erarbeiteten Register (Rep. 52b^{II} bzw. Rep. 52b^V) relativ einfach –, so ist nicht nachweisbar, daß der Salzscheibenanschlag nach der Zahl der Haushaltsmitglieder bemessen wurde, obwohl dies aus heutiger Sicht mehr dem Zwecke entsprochen hätte. Es muß allerdings dabei beachtet werden, daß in der Spanne von zwanzig (!) Jahren, in der diese drei Auflistungen angelegt wurden, umfangreiche Bewegungen bei der Personenzahl, aber auch bei den Vermögensverhältnissen, möglich waren.

Ähnlich wie beim Kornanschlag von 1448 (Nbg. Chron. II, S. 300; IV, S. 169) war die Menge der einzulagernden Salzscheiben wahrscheinlich nach oben begrenzt, ermöglichten doch hohe Einlagerungsmengen in Krisenzeiten Wuchergeschäfte, gegen die vorzugehen sich der Rat in den folgenden Kriegszeiten immer wieder genötigt sah.

2. Während das »Register des gemeinen Pfennigs« differenzierte Zahlenangaben nur für Vermögen unter 1000 fl enthält, da bei höheren Vermögen Selbsteinschätzung erlaubt war, führt die Liste Scheurls d. Ä. nur Vermögen über 1000 fl auf. Es ist somit nicht möglich, die Aussage der einen mit den Angaben der anderen Quelle zu kontrollieren.

3. Diese Liste der hundert vermögenden Nürnberger Bürger hat Scheurl vielleicht aus einer mehr spielerischen Laune heraus aufgestellt: Vornamen von Aufgelisteten fehlen, in einigen Fällen sind jedoch nur sie angegeben, Nachnamen sind z. T. verschrieben, Namen erscheinen doppelt, jedoch mit unterschiedlichen Vermögensangaben. Vollständigkeit (überwiegend nur Namen von Neubürgern angegeben!) und Genauigkeit (z. B. zwischen 50 und 100 000 fl keine Zwischenstufe) wurden anscheinend von Scheurl nicht angestrebt. Sein Sohn hat bezeichnenderweise die Liste mit dem Zusatz »ist vilmal geirrt« (Haller, S. 118 u. 171) charakterisiert.

4. Bei den Rösseranschlägen von 1500 und 1502, denen zumindest der Anschlag von 1449 über ½ bis drei Pferden voranging (Nbg. Chron. II, S. 248–249, IV, S. 174–175), ist mit mehr Sicherheit eine zumindest im unteren Bemessungsbereich lineare Abhängigkeit von der Vermögensgröße zu erwarten, waren hier doch personenzahlspezifische Versorgungsprobleme in keinsten Weise angesprochen. Am weitestgehenden dürfte dies auf den Anschlag von 1504 zutreffen, der differenziert zwischen ¼ und zwölf gestaffelt ist. Vor allem die hohen Ansätze könnten allerdings auf einer freiwilligen und damit vermögensunabhängigen Mehrleistung beruhen. Ähnlich wie beim Harnischanschlag von 1408 (Stromer I, S. 322–323) wäre auch bei den Rösseranschlägen, zu denen auch der Anschlag von 1504 gehören dürfte, daran zu denken, daß bei Bürgern, die auf Grund ihres Gewerbes, umfangreichen Landbesitzes oder einer Pferdeliebhabelei über eine hohe Zahl von Rossen verfügten, eine Anzahl aufgelistet wurde, die größer war, als dem Vermögen entsprach. Wie die überdurchschnittliche Belastung der Vermögen zwischen 50 und 200 Gulden bei der Hussitensteuer von 1431 zeigt (P. Sander, *Die reichsstädt. Haushaltung Nbg.*, Wien – Leipzig 1902, S. 342–347), nahm es der Rat als unvermeidlich hin, daß Bürger in Krisenzeiten unterschiedlich belastet wurden.

Die Erfolgsaussichten des Versuchs, für die Kategorien der Salzscheiben- und Rösseranschläge entsprechende Vermögensansätze in gültiger Währung zu finden, sind abhängig von der Zahl

der aus den Archivalien zu erschließenden Vergleichswerte:

1. Für die Salzscheibenanschläge stehen (Toch, S. 35, Stromer I, S. 322) nur zwei Vergleichswerte (aus Nbg. Chron. II, S. 14, Anm. 3, IV, S. 8, Anm. 7) zur Verfügung:

	Vermögen (fl)	
Berthold Tucher	1438: 23 118, 1450: 25 300	
Hans und Sebald Tucher	1423: 20 406	–
	(nur Hans T.)	

	Salzscheiben	Harnische
Berthold Tucher	1443/47: 3	–
Hans und Sebald Tucher	1410/23: 6	1408: 4 + 2

Setzt man entsprechend seines Anteils am Harnischanschlag (2) Sebald Tuchers Vermögen mit ca. 10 000 fl an, so hätten 1423 30 000 fl sechs Salzscheiben entsprochen. Würde das Grundgesetz der Statistik, das Gesetz der großen Zahlen, nicht so augenscheinlich verletzt, so könnte man aus den Werten der Tabelle die Schlußfolgerung ziehen, daß bei linearer Proportionalität der Ein-scheiben-Anschlag 1423 einem Vermögen von 5000, 1443/47 von 10 000 fl entsprochen hat und bei 80 000 fl (= 8 Scheiben des Anschlags von 1423) bzw. 60 000 fl (= 6 Scheiben der Anschläge von 1443 u. f.) jene maximale Vermögensgrenze lag, ab der sich die Anschläge nicht mehr erhöhten. Der Verfasser zieht diese Schlußfolgerung nicht, sondern versucht mit Hilfe einer von ihm erarbeiteten, Salzscheiben- und Rösseranschlag verbindenden Korrelation das Problem zu lösen (Toch, S. 126) und so 50 Jahre (!) Entwicklung zu überbrücken.

2. Für die Rösseranschläge (1500, 1502) und den Anschlag von 1504 stehen als Vergleichswerte die Vermögensangaben aus der Liste Chf. Scheurls d. Ä. zur Verfügung und eine weitere Literaturangabe (10 000 fl bei einem Anschlag von 2 Rossen), deren Wert jedoch der Verfasser als zu niedrig erachtet (Toch, S. 117). Von den 523 i. J. 1500 Veranschlagten können an Hand der Scheurlschen Liste jedoch nur 49 (!), d. h. nicht einmal 10%, identifiziert werden. Bei der höchsten, der 16 Personen umfassenden Zweirösser-Kategorie, läßt sich die Identität zuverlässig

sie bei sechs und mit einem Rest Zweifel bei zwei weiteren feststellen. Der Vergleich mit den identifizierten Vermögensangaben ergibt jedoch (s. Toch, Tab. 19, S. 120), daß den mit zwei Rossen veranschlagten Vermögen von extrem unterschiedlicher Höhe zugesprochen werden müßten. Das höchste Vermögen läge bei 100 000, das niedrigste bei 15 000 fl! Ähnlich, z. T. noch unklarer, ist das Ergebnis bei den anderen Kategorien. Wie aus Tab. 19 hervorgeht, klaffen die durch Vergleich mit Scheurls Liste gewonnenen Vermögensgrenzwerte einer Kategorie weit auseinander, z. B. bei der $\frac{1}{2}$ -Roß-Kategorie im Verhältnis 1:15! Das ist mehr, weit mehr, als man bei einer üblichen gestuften steuerlichen Veranschlagung erwarten muß. Dazu kommt, daß die auf diese Weise erarbeiteten Vermögensgrenzwerte der Kategorien sich gegenseitig stark überschneiden. Das hat zur Folge, daß z. B. die bei Scheurl genannten Besitzer eines Vermögens von 15 000 fl in drei verschiedenen Kategorien – $\frac{1}{2}$ Roß, ein Roß und zwei Rosse – zu finden sind. – Beim Anschlag von 1504 ergibt sich ein ganz ähnliches Bild. Wie aus Tab. 21 (S. 122) ersichtlich ist, klaffen auch hier die Kategorie-Grenzwerte weit auseinander und überschneiden sich bei nebeneinanderliegenden Kategorien. Nur ein Beispiel! Bürger, deren Vermögen Scheurl mit 15 000 fl angegeben hat, sind laut Tab. 21 in Kategorie 3 eingestuft; in der Kategorie 4 jedoch nur deshalb nicht, da diese, entsprechend Scheurls Angaben, nur bis 12 000 fl reicht. Ein Vergleich mit dem Original des Anschlags erweist jedoch, daß Vermögen von 15 000 fl auch in der Kategorie 5 und 6 zu finden sind. Der Verfasser verzichtet auf Grund dieser widersprüchlichen Ergebnisse in den Kategorien 4 bis 12 zurecht auf die Errechnung eines »arithmetischen Durchschnitts«, d. h. eine Mittelwertbildung.

Aus diesen stark divergierenden Aussagen, diesen »nicht aufgelösten Widersprüchen« (Toch, S. 121) ergibt sich die Notwendigkeit, die Zuweisung der Anschläge und der zur Verfügung stehenden Vermögensangaben an eine bestimmte Person, auch dann, wenn sie scheinbar ganz offensichtlich einem bestimmten Namensträger zugehören, kritisch zu überprüfen, wie

dies durch Haller in seiner zitierten Veröffentlichung an Hand von Kurzbiographien, durch v. Stromer bei der Bearbeitung des Harnischbuches (Stromer I, S. 322–323) vorbildlich geschehen ist.

Wählt man anstelle der wenig anschaulichen Tabellenform das Diagramm, so ergibt sich für die an Hand von Scheurls Liste identifizierten neun Personen der 46 Bürger umfassenden Kategorien 4 bis 12 des Anschlags von 1504 ein linearer Anstieg des Anschlags mit zunehmenden Vermögen. In dieses Schema ordnen sich sechs der insgesamt neun Identifizierten ein. Bei den drei anderen ergibt sich nach Durchsicht der Hallerschen Kurzbiographien folgendes: Bei zwei Veranschlagten ist, bei gleichem oder nicht genanntem Vornamen, nicht zu klären, ob es sich um Vater oder Sohn handelt. Bei der dritten Ausnahme könnte es sich bei der 5-Rösser-Veranschlagung eines Heinrich Wolff um den Rest jener Vermögenswerte handeln, die Scheurl vor den ungeheuren Einbußen, die ein Träger gleichen Vor- und Nachnamens durch ruinöse Kreditgeschäfte erlitt (Haller, S. 122–123), mit 100 000 fl bezifferte, wobei zu beachten ist, daß ein weiterer Wolff in der Zehner-Kategorie genannt ist.

Bezieht man die von Vf. für die Kategorien $\frac{1}{4}$ bis 3 in Tab. 21 genannten »Grenzwerte«, an Hallers Biographien so weit als möglich überprüft, in die Betrachtung ein, so ergibt sich, daß bis zur Kategorie 3, die einem Vermögen von 8 bis 12 000 fl entspricht, sich der Anschlag mit dem Vermögen jeweils verdoppelt. Ab diesen Werten müßte sich jedoch der Anschlag bei Verdoppelung des Vermögens verdreifachen, um den Werten Scheurls gerecht zu werden. Ab ca. 20 000 fl (Mittelwert) müßte die weitere Steigerung des Anschlags im freien Ermessen gewesen sein. Eine eingehende Analyse des Diagramms ergibt jedoch, daß auf Grund des großen Streubereichs der Scheurlschen Vermögenswerte die Grenzwerte der Kategorien ca. ± 4000 fl betragen müßten. Damit würden sich die einzelnen Kategorien erheblich überschneiden. Generell dürfte gelten, daß ein Verhältnis zwischen Vermögen und Anschlag, vor allem in den höheren Veranschlagungsbereichen, um so unwahr-

scheinlicher ist, je steiler der Anstieg des Anschlags verläuft. Zudem würden dann, da Überschneidungen nicht auftreten dürfen, die Bereiche der Kategorien immer kleiner werden. Bei einem Anstieg des Anschlags von Kategorie 3 bei 10 000 fl Vermögen auf Kategorie 9 (!) bei 20 000 fl, wie er aus dem Diagramm zu entnehmen ist, würde der Bereich einer Vermögenskategorie (= »Grenzwert« des Verf.) nur 1600 fl betragen dürfen, um Überschneidungen der Kategorien zu vermeiden. Beide Werte sind unrealistisch! Ebenso unrealistisch, weil zeitunüblich, ist auch das scheinbar aus dem Diagramm zu entnehmende Resultat, daß in den unteren Vermögenskategorien (bis 3) der Anschlag mit wachsenden Vermögen geringer wäre als in den oberen (4 bis 12), kann man doch aus der Veranschlagung der Hussitensteuer von 1431 entnehmen, daß die unteren Kategorien eher benachteiligt wurden. Aus all diesen Kriterien kann nur der eine Schluß gezogen werden, daß zumindest beim Anschlag von 1504 ein beträchtlicher Teil der Bürger *mehr* gab, als vom Rate von ihnen gefordert wurde und, ähnlich wie beim Harnischanschlag von 1408, die über die vorgeschriebene Anzahl hinausgehende Mehrleistung in die Auflistung einging, wenn dies auch aus den mehr programmatischen Vorbemerkungen in den Salzbüchlein und Rösseranschlägen nicht hervorgeht.

Solange keine weiteren Angaben über Vermögenswerte, und zwar in beträchtlichem Umfang, aus den Archivalien erschlossen worden sind, ist es unmöglich, die besprochenen behördlichen Erfassungen zur Ermittlung *exakter* Vermögenswerte zu benutzen. Man ist deshalb genötigt, auf jene nur grobe Abschätzungen erlaubenden »Grenzwert«-Angaben zurückzugreifen, wie sie Vf. in den Tabellen 19 und 21 anbietet und wie sie schon vor ihm in einer analytisch weit abgeklärteren Form W. v. Stromer (II, S. 13) dargestellt hat. Verknüpfungen zwischen Salzscheiben- und Rösseranschlag, wie sie Vf. in den Tabellen der S. 126 angibt, sind, wie er sehr richtig vermerkt, »hypothetischer Natur«. Hier vermißt man eine Erläuterung des Ansatzes »3 Salzscheiben = $\frac{1}{4}$ Roß bzw. 6 Scheiben = 2 Rosse«, zumal die exponentiell abnehmende

Steigerung, die sich aus diesem Ansatz ergibt, nur dann zu erklären ist, wenn man annimmt, daß zumindest einer der beiden Anschläge nicht linear proportional der Vermögenszunahme ist, was jedoch der Verfasser an anderer Stelle ganz entschieden verneint. Der Prozeß der Kapitalkonzentration, den er (S. 127), wahrscheinlich zu Recht, zwischen 1450 und 1500 postuliert, wird durch das Ergebnis der von ihm ausgewerteten Quellen nicht in Frage gestellt.

Sehr interessante Ergebnisse liefert die Auswertung der Salzbüchlein und Rösseranschläge dann, wenn sie, für sich allein betrachtet, statistisch ausgewertet werden. So kann, wie aus Tab. 2 (S. 45) ersichtlich ist, für die Periode 1443–49 nachgewiesen werden, daß die mittleren und höheren Vermögen überproportional in der Hand der ratsfähigen Familien waren; 54% der Patrizier gehören den Salzscheiben-Kategorien 3 bis 6 an, von den Nicht-Patriziern nur ca. 7%! Bei den hohen Vermögen überwiegen die Patrizier sogar. Ein ähnliches Verhältnis kann dann auch für die zweite Untersuchungsperiode (1497–1504) festgestellt werden, doch sind die Spitzenvermögen (insgesamt vier) in der Hand von Nicht-Patriziern.

Ebenso aufschlußreich sind die Versuche des Vfs., die veranschlagten Bürger nach ihren Berufen – dem zweitwichtigsten Lagemerkmal Maschkes – aufzuschlüsseln. Bei den städtischen Bediensteten und anderen Gruppen kleiner Zahl zeigt sich, daß »die Zahlen (der zu Identifizierenden) sich in einer zu niedrigen Größenordnung bewegen, um statistisch feste Schlüsse zuzulassen« (S. 54). Außerdem ist es manchmal unwahrscheinlich (siehe das Beispiel des Spitalangestellten Cuntz Sidel, S. 63), daß die genannten Jahresgehälter tatsächlich die einzigen Einnahmequellen waren, da aus den Stadtrechnungen späterer Jahrhunderte bekannt ist, daß das Gehalt städtischer Bediensteter durch eine Vielzahl von Nebeneinnahmen und Vergünstigungen ergänzt, z. T. sogar übertroffen, wurde.

Bedeutsam sind die Ergebnisse der Untersuchung über das Metallgewerbe. Aus den Salzbüchlein ergibt sich folgendes Bild: »Reich waren ohne Zweifel die Blechschmiede (vor allem die Hammerwerksbesitzer und im Verlag tätige

Großunternehmer), wohlhabend die Goldschmiede und Messingschläger, gutsituiert die Kandelgießer und arm die Spengler« (S. 68), hoch die Anzahl der zwar selbständigen, aber für Verleger tätigen Meister und der unselbständigen Stückwerker. Als Folge des Verlagswesens waren auch die mit der Herstellung von Waffen beschäftigten Meister mittelmäßig bis ungünstig gestellt (S. 83).

Erstaunlich ist die relativ ungünstige Stellung des Kunstgewerbes (S. 87), wo Ausnahmen die Regel bestätigen. Günstiger waren (mit Ausnahme der Leinenweber) die Vermögensverhältnisse der Textilhandwerker (S. 90), ebenso des Handwerks der Leder- und Pelzbearbeitung (S. 93). Dagegen überwiegen in den zahlenstarken Gewerken der Schneider, Schuster, Gürtler und Beutler, bei denen der Verlag schon im 15. Jahrhundert von Bedeutung gewesen sein mag, die kleinen Vermögen (S. 97).

Das Baugewerbe erfreute sich bescheidenen Wohlstands. Bei den exportorientierten Berufen der Einrichtungsbranche, z. B. den Spiegler, ist die Vermögenslage günstig. Gut bis sehr gut sind Gewerbe der Lebensmittelversorgung, vor allem Bäcker, Metzger, Bierbrauer, Pfragner und Müller gestellt, die berufsspezifischen Handel trieben (z. B. die Metzger Tuch gegen ungarisches Vieh) (S. 103). Bei den Wirten, die auch Weinhandel betrieben, war die Lage z. T. ausgesprochen günstig (S. 105). Die große Gruppe Transport und Verkehr, vor allem die unselbständigen Bediensteten vor Ort, war schlecht gestellt, mit Ausnahme der Fuhrleute, die ihre Fahrten zu eigenen Handelsgeschäften nutzten. Die Gruppe Handel-Finanzien-Montanwirtschaft konstituierte sich – mit den Ärzten und Apothekern – als oberste nichtpatrizische Gesellschaftsschicht und verfügte über einen bedeutenden Anteil an den mittleren und hohen Vermögen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen für die Periode 1443/47 wurde sehr übersichtlich in Tab. 17 (S. 110) und Tab. 18 (S. 112) zusammengefaßt. Nach Angaben des Vf. (S. 113) beträgt jedoch die Zahl der in den Salzbüchlein genannten, beruflich nicht identifizierten bis ca. 20%, so daß die aufgezeigte Reihenfolge der Gewerke nach Vermögenskategorien sich bei den kleinen und mittleren Ver-

mögen durchaus verschieben könnte. Die Besitzer großer Vermögen (4–6 Scheiben) seien hingegen alle identifiziert worden.

Für die 2. Untersuchungsperiode 1497–1504 wurde die berufsspezifische Vermögensschichtung (für 553 Personen) in Tab. 24 (S. 131) und 25 (S. 134) zusammengefaßt. Dabei wurde im Vergleich zu 1443–47 (s. Tab. 4 und 5) ein höherer Anteil der freien Berufe (besonders der Juristen) an den höheren Vermögen festgestellt. Handel, Großgewerbe (Verlag) und vor allem die Betreiber von Hammerwerken haben ihren Status weiter ausgebaut (S. 135–138), das Handwerk weitgehend behauptet (S. 131–133).

Im letzten Drittel seiner Arbeit untersucht Vf. die anderen von Maschke genannten »Lagermerkmale«. Bei der Erteilung des *Bürgerrechtes* wurde bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts in Nürnberg zwischen Bürgern der Innenstadt und solchen der Vorstadt unterschieden. Erstere entrichteten 10 fl Aufnahmegebühr und mußten 200 fl Vermögen besitzen, letztere zahlten nur 2 bis 5 fl und mußten auch meist nur 100 fl Besitz nachweisen. Ein Wechsel in die Innenstadt war erst nach fünf Jahren oder durch Erwerb eines Hauses im Werte von 50 fl möglich. Daß sich diese Bestimmung über eine weite Periode auf die Sozialstrukturen der Stadtviertel auswirkte, kann der Verfasser an Hand des Rösseranschlag und der »pergamentenen« und »papierenen« Neubürgerlisten noch 1497/1504 nachweisen (Tab. 27, S. 145).

Ein weiteres »Lagermerkmal« ist die Zugehörigkeit zur »Ehrbarkeit«. Zählten 1443/47 noch ca. 30% der identifizierten Nicht-Kaufleute (Handwerker, Wirte, »Metallunternehmer«) zu der Ehrbarkeit, so sind es 1497/1504, auf einem gehobenen Niveau (handwerkliche Großgewerbetreibende, freie Berufe), nur noch etwas über 12% (Tab. 28, S. 152). Allerdings beträgt die Zahl der Nicht-Identifizierten 25 bis 35%.

Statussymbol und »Lagermerkmal« war zudem die Ausübung *städtischer Ämter*, besonders die Ernennung zum »Genannten« des Großen Rates, dessen Bedeutung unterschätzt werden dürfte. Wie für 1443/49 an Hand der Salzbüchlein und 1497 (vermutlich) mit Hilfe des Registers des gemeinen Pfennigs festgestellt werden kann

(Tab. 29, S. 158), setzte sich das Genanntenkollegium überwiegend aus der kaufmännisch-ehrbaren Mittel- und Oberschicht zusammen. Die Würde eines »Ratsherren von den Handwerken« war mit den acht zahlenstärksten Gewerken verknüpft, doch war die Metallbranche, die nur einen Ratsherren stellte, unterrepräsentiert, zumal, als dieses Recht 1543 nicht mehr den Blech-, sondern den Goldschmieden zukam, deren Ansehen und Vermögen durch Edelmetallhandel und Montan-Unternehmungen (S. 73) gesteigert worden waren. Die Handwerksratsherren sind 1443/49 weitgehend in die 2-Scheiben-kategorie eingereiht, 1497 liegen die Vermögen überwiegend zwischen 1000 und 3000 fl (S. 162). Auch das Amt eines Viertelmeisters, eines Gassenhauptmannes, der »geschworenen Meister«, die die Gewerbeaufsicht wahrnahmen, der Kirchenpfleger und Gerichtsschöffen erhöhte das soziale Ansehen, wenn es auch keine Änderung des sozialen Status bewirkte.

Das akademische Studium wurde nicht nur von Söhnen Wohlhabender absolviert, sondern war auch Minderbemittelten erstrebenswert, galt doch der Akademiker *ad personam* als »ehrbare«. In Nürnberg gab es allerdings für sie nur relativ wenig lukrative Posten, so daß sie häufig in fremde Dienste treten mußten. Das Mitglied einer ratsfähigen Familie bedurfte keines akademischen Titels, um seinen sozialen Rang herauszustellen. Im Gegenteil! Der Erwerb eines Dokortitels schloß in Nürnberg den Patrizier vom Rate aus. Auch der *Wohnsitz, Haus- und Landbesitz* signalisierten den sozialen Status. Bevorzugt waren die Sebalder Stadthälfte und dort besonders das exklusive Egidienviertel (S. 181).

Stichprobenartige Analysen bestätigen zudem die Tatsache, daß auch die Einheirat in eine wohlhabende Familie Statussymbol war. Leider ist die Tab. 23 (S. 190), die Angaben über die *Heiratsverbindungen* der nichtpatrizischen reichen Bevölkerung, 1497–1504, enthält, auf Grund einer unklaren Bezeichnungsweise (siehe vor allem bei b) und c)) nicht aussagekräftig, doch dürfte die daraus abgeleitete Tendenz zur Heirat in eine sozial höhere Schicht richtig sein. Die Struktur der nichtpatrizischen Heiratsverbindungen war in dieser Zeit noch offen. Patri-

zier und Ehrbare heirateten überwiegend in Kaufmannsfamilien des gleichen sozialen Status ein.

Eine bedeutende Rolle auf der Jagd nach Sozialprestige spielten die *Stiftungen*. »Trotz der relativ schmalen Quellenbasis« (S. 198) kommt der Vf. zu dem Ergebnis, daß im Betrachtungszeitraum die Tendenz in den Vordergrund tritt, soziale Probleme unter Ausschaltung der Kirche zu lösen. Gegenüber der Periode 1443–47 zeigt sich 1497–1504, daß die Gruppe der Reichen, die auf Grund der Abkapselung des Patriziats nicht mehr unter die ratsfähigen Familien aufgenommen wurden, die dadurch verminderte Möglichkeit, soziales Ansehen zu erwerben, durch Stiftungen, die in ihrer Höhe die der Periode 1443–47 weit übertrafen, auszugleichen suchten. Bezeichnend dafür ist, daß diese stifterische Tätigkeit nicht erst testamentarisch, sondern schon in einem Lebensalter einsetzt, in dem der Stifter die Früchte seines Wohltuns, die Vermehrung seines Ansehens, noch im Diesseits genießen konnte.

Nach Betrachtungen über »sozialspezifische Vergehen« (S. 203–207) folgen Ausführungen über die soziale Mobilität (S. 208–215) im Zeitraum von 1443–1504, wobei Vf. zu Recht feststellt, daß die gängige Richtung der vertikalen Mobilität der Berufswechsel aus dem Handwerk in das Unternehmertum und den Handel gewesen sei. Da hierfür das biologische Überleben der Familie Vorbedingung gewesen sei, hätten die wirtschaftlich besser gestellten Kaufmannsfamilien höhere Überlebenschancen und damit bessere soziale Aufstiegsmöglichkeiten besessen als die mittel bzw. schlecht gestellten Handwerker-schichten. Außer demographischen Untersuchungen aus Italien und dem Hanseraum zieht Vf. als Begründung für diese These die Tatsache an, daß nur ca. 30% der (untersuchten 361) Handwerker-geschlechter mehr als zwei Generationen lang Meister im gleichen Handwerk stellten. Dagegen ist jedoch einzuwenden, daß eine höhere schichtenspezifische Mortalität nur bei ständiger Unterernährung auftritt, die bei der Nürnberger Handwerkerschaft dieser Zeit erst nachzuweisen wäre. Die vom Vf. festgestellte Tatsache mangelnder beruflicher Kontinuität

läßt sich nicht nur dadurch erklären, daß ein bestimmter Prozentsatz der Handwerkersöhne einen anderen Beruf als den des Vaters wählte oder ihr Auskommen in der Fremde suchte! Da die Zahl der Handwerkerkinder, die das berufsfähige Alter erreichten, im Durchschnitt bei zwei bis drei gelegen haben mag, war die Wahrscheinlichkeit, daß die Namens-Identität nicht gewahrt wurde, weil kein direkter männlicher Nachkomme, sondern ein Schwiegersohn die Werkstatt übernahm, relativ hoch. – Die Chancen für einen Aufstieg in das Patriziat waren, besonders gegen Ende des Betrachtungszeitraumes, verhältnismäßig gering. Dies ist eine Folge der historischen Entwicklung der Nürnberger Verfassungsstruktur, die im Abschluß des Patriziats gipfelte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die vorliegende Veröffentlichung einen wesentlichen Schritt zur Erforschung der Nürnberger Mittelschichten im ausgehenden Mittelalter darstellt. Vf. ist zu danken, daß er mit bemerkenswerter Offenheit darauf hinwies, daß mangels Vorarbeiten oder fehlender archivalischer Grundlagen manche Aussage hypothetischen Charakter hat.

Nürnberg

Franz Willax

FRIEDRICH HORSCH, *Die Konstanzer Zünfte in der Zeit von der Zunftbewegung bis 1430 unter besonderer Berücksichtigung des Zunftbuches und der Zunftbriefe* (= *Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen* Bd. 23). Sigmaringen: Jan Thorbecke 1979. 111 S., DM 24,–.

In seiner Tübinger juristischen Diss. behandelt Vf. einmal die politische Zunftbewegung im Zusammenhang mit der Stadtverfassung bis zur Verfassungsrevision durch Kaiser Sigmund im Jahre 1430, zum andern die Verfassung der Konstanzer Zünfte selbst und ihre wirtschaftliche, soziale und militärische Funktion. In einem ersten Teil resümiert Vf. Grundzüge der Entwicklung, Wirtschaftsstruktur und Ratsverfassung der nach Autonomie strebenden Bischofs- und Reichsvogteistadt. Ausgangspunkt für die erste

Zunfterhebung war, wie in einer Reihe anderer Städte, die Scheidung der Bürgerschaft in eine politisch nicht berechnete »Gemeinde« und die Geschlechter, die exklusiv den Rat besetzten und die dem Stadtherrn abgerungene Stadtherrschaft monopolisieren. Dieser erste Aufstand der »Gemeinde« (1342) brachte als Ergebnis eine Bestätigung der Korporationen der Zünfte, nicht aber deren Teilhabe am Stadtrecht. Auch der zweite Aufstand im Jahre 1370 läßt sich mit Vorgängen in anderen Städten vergleichen; er entzündete sich an der Fraktionierung und politischen Rivalität der Geschlechter im Rat. Erst jetzt führte ein vom Burggrafen von Nürnberg im kaiserlichen Auftrag gefällter Schiedsspruch zu einer paritätischen Besetzung des Rats und städtischer Ämter mit Geschlechtern und Zünften. In der Zeit zwischen 1391 und 1426 erreichten die Zünfte sogar eine Zweidrittel-Mehrheit im großen Rat und damit eine Zunftherrschaft in der Stadt, bis Sigmund nach erneuten Auseinandersetzungen 1430 die paritätischen Verhältnisse bei einer Reduzierung der Ratssitze und zugleich der Anzahl der Zünfte wieder herstellte.

Die Darstellung der Konstanzer Zünfte auf der Folie der von der älteren Forschung erarbeiteten generellen Ergebnisse und Kriterien beruht im wesentlichen auf zwei Quellen: den erhaltenen drei Zunftbriefen der Weinschenken (1343), der Schneider (1345) und der Krämer (1345) und dem 1381 angelegten und bis 1466 geführten alten Zunftbuch. Dabei kommt dem Zunftbuch eine besondere Bedeutung zu; es enthält eine Sammlung von Urteilen der Spruchkollegien der Zunftmeister, von Bürgermeister, Zunftmeistern und Gemeinde oder von Bürgermeister und Rat, die anhand einzelner Streitfälle soziale und gewerberechtliche Fragen normieren und die Lebensinteressen verschiedener Zünfte gegeneinander abgrenzen. Damit werden die in den Zunftbriefen aufgeführten Bestimmungen über Ämter, Mitgliedschaft, Pflichten und Vorschriften teilweise spezifiziert, vor allem durch einen zwar perspektivisch begrenzten, dafür jedoch detaillierten Einblick in die Lebensrealität und Wirkungsweise der Zünfte ergänzt. Nahezu die Hälfte des Buches besteht aus einer sorgfältigen Edition der Zunftbriefe, von denen zwei bislang

unveröffentlicht waren, und des bislang nur in Teilen veröffentlichten Zunftbuches.

Tübingen

Eberhard Isenmann

RUDOLF SUMMA, *Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 34), Darmstadt und Marburg: Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen 1978, 362 S., 35 Tab. u. Übersichten im Anhang. DM 34,–.*

Die im WS 1977/78 vom Fachbereich Geschichtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg/Lahn als Diss. angenommene Arbeit versucht eine Darstellung der Kasseler Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Zeitalter der Industrialisierung, deren Beschäftigung Vf. durch W. Schlesinger angeregt worden ist. Von den bereits vorliegenden Untersuchungen zur Sozialgeschichte deutscher Städte im 19. Jahrhundert diente die Arbeit W. Köllmanns über Barmen (1960) als Beispiel. Die sechs Kapitel im Aufbau der Darstellung: Wirtschaft, Bevölkerung, Sozialstruktur, Soziallage, Soziale Bestrebungen (Armenpflege, Wandererfürsorge, Arbeitsvermittlung, Notstandsarbeiten, Wohnungsfürsorge u. a.) und Arbeiterbewegung entsprechen der Gliederung und inhaltlichen Durchführung der Studie über die Stadt Barmen weitestgehend. Diese Orientierung ist beabsichtigt, um den Vergleich der Entwicklungen zu ermöglichen (S. 4). Gewisse Einschränkungen resultieren daraus, daß die Quellenlage ungünstiger war als in vergleichbaren Untersuchungen, da die Bestände des Kasseler Stadtarchivs während des Zweiten Weltkrieges fast vollständig vernichtet worden sind. Bearbeitet werden konnten daher nur die einschlägigen Akten des Staatsarchivs Marburg.

Die Entwicklung der ehemaligen kurhessischen Residenzstadt Kassel unterscheidet sich

von älteren Industriegroßstädten wie Barmen, Krefeld oder Chemnitz durch eine später einsetzende Industrialisierung. Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts prägen Hof, Militär und Verwaltung die Residenzstadt. Die Behandlung der Grundlagen und der Strukturveränderungen der Kasseler Wirtschaft (S. 7–63) und die Auswertung statistischer Daten zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung, zur Wanderungsbewegung und zur Herkunft der Berufstätigen (S. 64–106) belegen diesen Tatbestand. Zur Darstellung des Prozesses des sozialen Wandels (mit den Kapiteln Sozialstruktur, S. 107–126, Soziallage, S. 127–172, Soziale Bestrebungen, S. 173–229) wird von einem Dreischichtenmodell ausgegangen, dem als wesentliche Kriterien Beruf und Einkommen zugrundegelegt sind. Der bürgerlichen Oberschicht werden Fabrikanten, Handwerksmeister, Kaufleute, leitende Beamte, Richter, Geistliche, Ärzte, Gymnasiallehrer und vermögende Rentner bis zu einer Einkommensuntergrenze von 900 Talern pro Jahr (Stichjahr 1864) zugerechnet. Die Einkommensuntergrenze der Mittelschicht wird für Rentner bei 200 Talern, für Erwerbstätige bei 300 Talern angenommen, alle übrigen durch eine Berufszählung von 1867 erfaßten Erwerbstätigen werden der Unterschicht zugerechnet (S. 111). Nach dem Einkommenskriterium sind das einschließlich der Soldaten 85,5% aller Erwerbstätigen (S. 113), was einer Relation von 6:1 zwischen Unterschicht und Mittel-/Oberschicht entspricht. Im Jahre 1907 beträgt diese Relation nur noch 1:3. Da die Ergebnisse der Stichjahre für die aufgezeigte Entwicklung wegen der Unterschiedlichkeit der Quellen nur mit methodischen Vorbehalten verglichen werden können, lassen sich aus diesen Berechnungen nur Tendenzen ableiten (S. 123).

Zur Darstellung der sozialen Lage werden Einkommen und Lebenshaltungskosten (S. 127 ff.) gegenübergestellt, werden die Wohnverhältnisse (S. 146 ff.) beschrieben und die Arbeitsverhältnisse (S. 161 ff.) charakterisiert. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß für die Mehrheit der Kasseler Bevölkerung während des Untersuchungszeitraumes nur eine dürftige bis sehr dürftige Lebenshaltung möglich war, die Einkommensschwachen besonders stark unter

der Übernachtung nach Wohnungen zu leiden hatten. Während die Altstadt von Wohlhabenden verlassen wurde, nahm dort das Wohnungselend zu. Im Norden und Osten der Stadt entstanden Arbeiterquartiere, so daß sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine soziale Stadt-raumgliederung ausbildete.

Die Arbeitsverhältnisse der Kasseler Industriearbeiter unterschieden sich wenig von denen in anderen Städten (S. 263), die sozialen Bestrebungen, von denen neben den bereits erwähnten auch Fortbildungsschulen (S. 199), Sozialversicherungen (S. 206), die Fabrikinspektion (S. 209), Gewerbe- und Kaufmannsgericht (S. 212), betriebliche Sozialpolitik (S. 217), bürgerliche und kirchliche Hilfstätigkeit (S. 221), sowie genossenschaftliche Einrichtungen kurz behandelt werden, konnten ihre soziale Lage ebenso wenig entscheidend verbessern. Während der Industrialisierungsphase wurden daher auch in Kassel politische und soziale Emanzipationsbestrebungen ausgelöst, die Vf. in einem letzten Kapitel am Beispiel der Entwicklung der Kasseler Sozialdemokratie zu verdeutlichen sucht (S. 230–259). Angeregt wurde dieser Teil der Untersuchung durch v. Salderns Arbeit über die Emanzipation der städtischen Unterschicht der »nicht-industriellen« Stadt Göttingen (1973).

Göttingen

Gerhard Ströhlein

PETER STOLZ, *Basler Wirtschaft in vor- und frühindustrieller Zeit. Ökonomische Theorie und Wirtschaftsgeschichte im Dialog*. (= *Basler sozialökonomische Studien* Nr. 6). 178 S., DM 28,—.

Gegen Ende der Untersuchung erklärt Vf. in einem Nebensatz, daß es ihm in dieser Arbeit um die Forschungsergebnisse gehe und nicht so sehr um die Wege und Methoden, auf denen man zu derartigen Resultaten gelangen kann. Die Feststellung überrascht einigermaßen. Tatsächlich entsteht beim Lesen eher der Eindruck, daß die Methode im Vordergrund steht, und daß die Basler Wirtschaftsgeschichte das Exempel ist, an

dem die Methode vorgeführt wird. Vf. nennt dieses Ziel selbst im Untertitel einen Dialog zwischen Ökonomischer Theorie und Wirtschaftsgeschichte – ein Titel, der allerdings impliziert, daß die Wirtschaftsgeschichte nicht immer auf der ökonomischen Theorie basiert, oder zumindest die theoretischen Konzepte, die den jeweiligen Untersuchungen zugrundeliegen, nicht explizit macht.

Gerade letzteres ist m. E. der wesentliche Charakter und die Stärke der vorliegenden Arbeit: Vf. stellt in jedem Kapitel die Methode vor, mit der er das jeweilige Problem angehen möchte. Er erläutert kurz die ökonomische Theorie, die seiner Fragestellung zugrundeliegt, und die er mit den in den Quellen vorgefundenen Daten konfrontieren möchte. Er sieht in der Überprüfung und evtl. Modifizierung solcher Theorien keineswegs die Hauptaufgabe des Historikers, aber »ein wichtiges Nebenprodukt seiner Tätigkeit« (S. 130). Dialog heißt hier: so nützlich für den Historiker Theorien und Modelle anderer Forschungsdisziplinen für seine Analysen sind, so wichtig sind die Erkenntnisse des Historikers für den Ökonomen oder Soziologen zur Überprüfung seiner Theorien.

Um zu untersuchen, ob und in welchem Umfang Wachstum im Basel der vorindustriellen Zeit stattfand, prüft Vf. zunächst, ob die Indikatoren, mit denen die Wirtschaftswissenschaftler rechnen, für die fragliche Zeit sinnvoll anzuwenden sind. Wenn bei den aussagekräftigen Indikatoren Lücken in den Quellen sind, versucht er, diese mit rechnerischen Methoden zu füllen; aber gleichgültig, ob er von interpolierten Werten in der Zahl der Bandwebstühle pro Kopf auf Beschäftigungsanteile hochrechnet, oder ob er aus errechneten Mittelwerten der Gangzahlen der Webstühle auf die Arbeitsproduktivität schließt: er vergißt nicht, auf die Gefahr der quantitativen und qualitativen Überschätzung der Resultate hinzuweisen. Und bei der Berechnung der Arbeitsproduktivität weist er z. B. auch nach, warum ein Näherungsverfahren, in dem mit dem Quotienten aus Geldlohn und Produkt-Preis die Arbeitsproduktivität errechnet werden kann, für seine Untersuchung unbrauchbar ist.

Hochinteressant ist m. E. auch das Kapitel

II.2, in dem er nachprüft, ob und warum Mißernten Hauptursache vorindustrieller Konjunkturschwünge waren. Da existiert zum einen die These von Larousse, daß eine Minderproduktion in der Landwirtschaft durch Einkommenseinbuße und verminderten Konsum von Gewerbeartikeln die Krise heraufbeschwöre. Andererseits weist Stolz nach, daß sich das Gesamteinkommen der Landwirtschaft – bedingt durch mangelnde Nachfrageelastizität und überproportionale Preiserhöhungen – nach einer Mißernte erhöht (eine Meinung, die auch schon bei D. S. Landes zu finden ist). Wie der Autor nun über Erklärungen des Umverteilungsprozesses, des unterschiedlichen Verbraucherverhaltens der agrarischen Sozialschichten, der marginalen Sparquote und der Nachfrage-Zeitverschiebung zwischen Stadt und Land (Robertson-lag) zum Ergebnis kommt, daß die von Larousse beobachteten Zusammenhänge zwar durchaus vorhanden, aber nicht zwingend kausal verknüpft sind, das ist geradezu spannend zu lesen.

In dieser logisch sauberen und methodisch beispielhaften Art sind alle Kapitel des Buches bearbeitet. Vf. analysiert Wachstum und Entwicklung der Basler Wirtschaft anhand der Indikatoren: Strukturwandel, Arbeitsproduktivität, Bautätigkeit und Holzverbrauch. In Kap. II befaßt er sich mit Krisen und Konjunkturentwicklungen im Zusammenhang mit Agrarwirtschaft, Demographie und Nahrungsmittelverteuerungen. Kap. III beschäftigt sich mit der Frage »Macht oder ökonomisches Gesetz« in der Basler Wirtschaftspolitik, und im IV. Kap. geht Vf. auf die Wechselwirkungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ein.

Ein Problem unterschätzt Vf. m. E.: das der Verständigungsschwierigkeiten beim interdisziplinären Arbeiten. Ich fürchte, nicht alle Historiker können die mathematisch-formalen Darstellungen und die Kurzfassungen der ökonomischen Theorien alle nachvollziehen; und der unterschiedliche Bildungsgang, den Vf. im Vorwort kurz anspricht, ist leider nach wie vor ein ungeheures Hindernis für diese so wünschenswerten und dringend notwendigen Arbeitsmethoden. Die Liste mit »Erklärungen der verwendeten Fachbegriffe und theoretischen Konzepte«, die

der Autor als letztes Kapitel der Untersuchung anfügt, ist gut gemeint und hilft auch tatsächlich in Einzelfällen. Aber ein Nichtökonom wird sich vermutlich auch nach der Lektüre dieser Kurzerklärungen schwertun, dem Gedankengang des Autors immer zu folgen.

Offenburg

Luitgard Nipp

DIETMAR ROTHERMUND, *Europa und Asien im Zeitalter des Merkantilismus (Erträge der Forschung, Bd. 80)*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1978. 184 S., DM 30,—.

Die moderne Geschichtswissenschaft wird heute im Verein mit den benachbarten Sozialwissenschaften durch den Nord-Süd-Konflikt geradezu herausgefordert, einen Beitrag zur Erklärung von Unterentwicklung zu liefern. Konzentrierte sich das wissenschaftliche Interesse in den letzten Jahren vornehmlich auf Regionen Afrikas und Lateinamerikas, so stößt die hier anzuzeigende Studie, eine Entstehungsgeschichte der sich im Zeitalter des Merkantilismus anbahnenden asymmetrischen Beziehungen zwischen Europa und Asien, in eine Forschungslücke. Rothermund, durch mehrere Veröffentlichungen zu Problemen Südasiens international ausgewiesener Historiker des Südasieninstituts der Universität Heidelberg, legt hier eine Synthese der Ergebnisse verschiedener Richtungen der historischen Forschung vor.

Theoretischen Ansätzen der neueren Imperialismus-Forschung und der modernen Kolonialgeschichte verpflichtet, verarbeitet Vf. nicht nur das reiche Schrifttum zur Wirtschaftsgeschichte europäischer Nationen, sondern stellt einer europazentrischen Perspektive gleichzeitig im Sinne einer peripheren Betrachtungsweise die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Asiens gegenüber. Einleitend wird der Merkantilismus als Programm und Epoche präsentiert. Anschließend beschreibt Vf. den interkontinentalen Handel bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, das »portugiesische System«, den Einbruch der Engländer und

Franzosen in den Levantehandel sowie den Aufstieg Amsterdams als neues Emporium Westeuropas. In Kapiteln über den Aufstieg der Niederlande zur bedeutendsten Handelsnation des 17. Jahrhunderts bzw. über den Handelsstaat England findet der Leser detaillierte Angaben über Kapitalstruktur und Politik der jeweiligen Ostindien-Gesellschaften sowie über die Entwicklung des Außenhandels. Eine quantitative und qualitative Analyse des Asienhandels verdeutlicht, daß die Engländer den Durchbruch zum Entrepôthandel erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts schafften und Asienhandel und Transatlantikhandel zu einem multilateralen Re-Exportsystem verbanden. Qualitativ gab der Asienhandel einen wesentlichen Anstoß zur Entwicklung des britischen Re-Exporthandels und dieser wiederum war die Grundlage der »kommerziellen Revolution«. Für das Verhältnis Außenwirtschaft – Binnenwirtschaft wurde der Asienhandel von entscheidender Bedeutung: er stimulierte nicht nur das Re-Exportgeschäft, sondern auch die einheimische Textilmanufaktur. Der Handel spielte in der Ausbildung von Kommunikationsmöglichkeiten eine größere Rolle als auf dem Gebiet der Kapitalakkumulation.

Unter peripherer Perspektive zeichnet Vf. die Entwicklung der großen asiatischen Landmächte; detailliert entwirft er eine Stufentypologie der Aufgaben und Funktionen der Faktoreien, die er als Brückenköpfe einer späteren Territorialherrschaft deutet, wobei sich diese nicht zwangsweise aus der Handelssituation ergab. Durch den Teehandel und die Verbindung von Asien und Transatlantikhandel gewann der Asienhandel im 18. Jahrhundert eine neue Dimension. Obwohl die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellung dominiert, wird mit der britisch-französischen Rivalität im 18. Jahrhundert auch der politische Faktor gebührend berücksichtigt.

Abschließend setzt sich Vf. mit gegenwärtigen Wirtschaftstheorien auseinander, um die Frage nach dem Zusammenhang von Außenhandel und Wirtschaftswachstum zu klären. Dabei erweist es sich, daß die modernen Wirtschaftstheorien asymmetrische Austauschbeziehungen nur ansatzweise erklären. Das Erstarken asiatischer

Landmächte machte die Entstehung maritimer Randstaaten nach europäischem Vorbild unmöglich. Als die großen Landmächte im 18. Jahrhundert verfielen, standen schon die Europäer bereit, um das entstehende Machtvakuum zu nutzen. Potentielle Randstaaten Asiens konnten sich deshalb nicht vom dominanten Agrarsektor emanzipieren, weil sich nirgends über eine genügende Zeit hinweg ein entsprechendes Handelsvolumen und eine Gewerbetätigkeit konzentrierte, die eine Absonderung vom Agrarsektor bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der notwendigen Handelsbeziehungen zum agrarischen Umland erlaubt hätte. Der einseitige Gütertausch gegen bare Münze erlaubte den Ländern Asiens, das Silber zur Monetisierung des großen Agrarsektors zu verwenden, ohne daß dieser in den Kreislauf von Handel und Gewerbe einbezogen worden wäre. Für die Europäer bewirkte der Abfluß des überflüssigen Silbers nach Asien einen verhältnismäßig stabilen Silberpreis über Jahrhunderte hinweg. Die Nachfrage aus Indien ersparte Europa stärkere Preisschwankungen; ferner ermöglichte der ständige Silberstrom es den Europäern, billige Waren aus Asien herauszupumpen, ohne durch ihre steigende Nachfrage einen Preisanstieg zu verursachen. Weder die zeitgenössische noch die moderne monetäre Außenhandelstheorie wird diesem Phänomen gerecht. Mit seinem dynamischen Angebot neuer Güter, die auf eine elastische Nachfrage stießen, lieferte der Asienhandel einen Beitrag zum Wachstum der europäischen Handelsstaaten; umgekehrt blieb die Exportproduktion für Asien von marginaler Bedeutung. Das Handelsnetz war nicht genügend im Binnenmarkt verankert, um Impulse weiterzugeben und zur Entstehung eines marktwirtschaftlichen Wachstums zu führen.

Insgesamt akzentuiert Rothermunds Studie die wesentlichen »Strukturfaktoren«, die Argumentation vermeidet simple Erklärungsmuster und bleibt stets abgewogen differenziert.

Ludwigsburg

Dieter Brötzel

UTZ JEGGLE, *Kiebingen – Eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf (= Untersuchungen des Ludw.-Umland-Instituts der Universität Tübingen Bd. 44). Tübingen: Vereinigung für Volkskunde e. V. Schloß 1977. 311 S. DM 26,-.*

In seiner Habilitationsschrift will Vf. die Geschichte Kiebingens – eines Dorfes zwischen Tübingen und Rottenburg – beschreiben und sich dabei auf die Welt der Kiebinge »bis ins intimste und winzigste Detail« (S. 73) einlassen. »Dem Sinn dieses Lebens bis in alle Verästelungen hinein« (S. 75) nachzuspüren, versucht er hauptsächlich durch die umfangreiche Auswertung primärer Quellen aus dem Gemeinde- und Pfarrarchiv Kiebingens, dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart und dem Staatsarchiv Ludwigsburg.

Durch die Fülle des Materials entsteht ein erstaunlich dichtes Bild von dem »Not- und Zwangsverband« (S. 61) einer kleinen bäuerlichen Gemeinde und ihrer Geschichte vom ausgehenden 18. Jhd. bis zum Ende des 19. Jhdts. Zwei Ereignisse charakterisieren nach Vf. den Anbruch einer neuen Zeit auch für die Kiebinge: die Versteigerung des Klosters Rohrhalden (1786) und die »Einverleibung« des ehemals zur vorderösterreichischen Grafschaft Hohenberg gehörenden Dorfes durch das neu entstandene Königreich Württemberg (1806).

Eindringlich und plastisch zeichnet der Autor die kargen bäuerlichen Lebensbedingungen, die durch Arbeit und Eigentum entscheidend bestimmt waren. Geht es um die Erträge der Felder, die Arbeitsgeräte, um Ernährung und Kleidung, um die architektonische Gliederung von Haus und Hof, sei es das Verhältnis von Mann und Frau, von alt und jung, alles wird von der (manchmal kaum zu lösenden) Aufgabe bestimmt, das nackte Überleben zu sichern. Dieses Leben erscheint – selbst bei den für Kiebinge Verhältnisse etwas »reicheren« Bauern – immer unsicher und gefährdet; durch schlechte Ernten, kriegerische Ereignisse, Krankheit, frühen Tod u. a. Besitz zu haben und zu erhalten war nicht Ausdruck individueller Raffgier, sondern Lebensnotwendigkeit; teilt man, wie Vf. es macht, die

Kiebinge Bevölkerung des 19. Jhdts. nach ihrem Grundbesitz in drei Schichten, so ergeben sich für die Angehörigen dieser Schichten elementar unterschiedliche Lebensbedingungen: Heiratsalter, Geburtenrate, Kinderzahl und -sterblichkeit, uneheliche Geburten u. a. sind deutlich differenziert.

Der Gegensatz von arm und reich wird in einer präzisen Schilderung der Lebensumstände zweier Familien deutlich (S. 203 ff.). Arbeit und Besitz stehen im Zentrum dieser »schicksalsbestimmenden Totalität« (S. 183), aber auch der Beziehungen der Menschen zueinander, ihres Selbst- und Weltbildes. Die zahlreichen Beispiele für die »durch und durch versachlichten« (S. 148) formalisierten und verrechtlichten Beziehungen der Menschen zueinander lassen beim Leser das Gefühl aufkommen, es handle sich hier um eine für uns fremde und gefühlsarme Kultur: Recht auf Leben hat eigentlich nur jemand, der sich in diese kollektive Ordnung einfügt und etwas zum gemeinsamen Überleben beiträgt. Abweichlerische Individualität, übermäßige Armut, eine (oft schuldlose) Unfähigkeit zur Arbeit, sowie Außenseiter und Neuerer gelten als Bedrohung dieses Lebens. Die grausame Gerechtigkeit dieser Welt kennt keine unschuldigen Opfer. Die »Sachen«, das Eigentum, der Besitz sind das einzig Dauerhafte, Verlässliche in dieser Welt. So erweitern sich auch Veränderungen und technische Fortschritte als »zäher Schneckengang« (S. 132). Erst sehr allmählich und unter schweren Geburtswehen hält dieser Fortschritt in der bäuerlichen und handwerklichen Produktion Kiebingens seinen Einzug. Nach der Ablösung der feudalen Herrschaftsstruktur zeigen sich erste Neuerungen: neue Pflanzen- und Tiersorten, neue Methoden im Anbau, der Düngung, Fütterung u. a. Ein Unternehmer (Ziegelhütte) bringt als Vorbote der neuen Zeit weitere Unruhe in die dörfliche Welt.

Nach diesen, bei der Fülle des Materials notwendig nur facettenartigen Hinweisen inhaltlicher Art, scheinen einige Bemerkungen zur Methode und zur Intention der Arbeit angebracht. Einmal zeigt sich – und das ist wohl eine wesentliche Absicht des Autors –, daß idyllische und sentimentalisierte Schilderungen aus dem Le-

ben unserer bäuerlichen Vorfahren völlig fehlgehen. (Die Bezeichnung dieser Arbeit als »Heimatgeschichte« hat daher sicher auch einen ironischen Unterton.) Die heute so weit verbreitete Ansicht, daß eine gewisse »innere Verkümmerte« der Menschen erst durch den Materialismus unserer modernen, kapitalistischen Industriegesellschaft bedingt sei, gehört somit in den Bereich moderner Legendenbildung.

Zum anderen aber entsteht die Frage nach der Verstehbarkeit dieser für uns oft so widersprüchlich handelnden Vorfahren und ihrer Lebensweise. Vf. selbst will »die ordnenden Prinzipien« seiner Arbeit »aus dem Leben der Kiebinger« herleiten »und nicht aus dem Requisitenschatz einer traditionellen historischen Soziologie« (S. 75). Immerhin gehörte zu dem Fundus der historischen Soziologie das »Verstehen« als die adäquate Methode. Zwar nimmt sich Vf. vor, die vergangene Welt nicht mit der »Optik von heute« (S. 114) zu betrachten. Im Grunde kann (oder will?) er doch nicht von dieser Optik lassen: zu oft bewertet hier eine vom aufklärerischen Impetus getragene Analyse die damaligen Menschen mit Hilfe unserer modernen Wertvorstellungen. Verhaltensweisen der früheren (und der heutigen? s. Nachwort!) Kiebinger erscheinen dann »grotesk«, »vom lächerlichen Ernst getragen«, »hartherzig«, »teilnahmslos«, »gleichgültig«, »Vertrauen zu einem anderen, Zuneigung, Solidarität, das alles waren Fremdworte« (S. 230).

Die Frage ist, wieweit sich diese Lebenswelt aus einer noch so großen Materialfülle verstehend rekonstruieren läßt, wieweit man Zahlen und Fakten aus der damaligen Zeit relativieren muß, zumal eine große Anzahl von Daten und Ereignissen aus den reichlich vorhandenen Konfliktsituationen, z. T. aus Gerichtsakten, entnommen sind.

Der Untertitel der vorliegenden Arbeit »Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf« erinnert wohl nicht zufällig an das bekannte Buch von N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Leider sind außer diesem Titel keine Elemente der Methode historischer Analyse in die Arbeit Jeggles eingeflossen. Bei Elias heißt es z. B.: »Je weiter man durch die Fülle der einzel-

nen Fakten hindurch zu den Strukturen und Verflechtungszwängen der Vergangenheit vordringt, desto klarer hebt sich für den Blick ein festes Gerüst von Prozessen heraus, in das sich die verstreuten Fakten einfügen« (a.a.O. Bd. 2, S. 434). Dieses »Gerüst«, dieses innere Ordnungsgefüge samt seiner symbolhaften Bedeutung sichtbarer zu machen, wäre m. M. nach besser gelungen, hätte sich Vf. mehr auf die Einsichten eingelassen, die zum Begriff der (bäuerlichen) Kultur von der historischen Kultursoziologie und -anthropologie zur Verfügung stehen. Menschliche Kultur ist eben (und das doch wohl noch heute) ein Gesamtgebilde voller Widersprüchlichkeiten, äußerer und innerer Zerrissenheit, aus Elementen der Integration und des Auseinanderstrebens, aus sich scheinbar ausschließenden Motiven, Bestrebungen, Wünschen der Menschen.

Schwierigkeiten des (gegenseitigen) Verstehens werden auch in dem Nachwort der »Heimatgeschichte« von Vf. deutlich artikuliert, wo von den (Miß)verständnissen zwischen den Tübinger Volkskundlern (oder empirischen Kulturwissenschaftlern) und den heute lebenden Kiebingern die Rede ist. Ob aus den von Vf. so eindrucksvoll geschilderten historischen Gründen allerdings bei den Kiebingern »der Glaube an die Kraft und die Möglichkeit der Menschen... notwendig unentwickelt« (S. 281) ist, oder ob etwa auf der anderen Seite ein etwas übermäßig entwickelter Glaube an die Machbarkeit menschlicher Lebensumstände sich zeigt, muß der Leser selbst entscheiden.

Wannweil

Günter Nitsch

HEINZ ZIELINSKI, *Kommunale Selbstverwaltung und ihre Grenzen. Über den Einfluß von Staat und Wirtschaft auf die Gemeinden.* Frankfurt – New York: Campus 1977. 165 S., DM 28,- (*Campus-Forschung*).

Dem Autor geht es um die Bestimmung der Funktion von Kommunen im politisch-administrativen Gesamtsystem. Ziel ist es, Grundlagen für eine Neubestimmung des Selbstverwaltungs-

begriffs zu finden. Die Theorie der Selbstverwaltung scheint in Widerspruch geraten zu sein zur Entwicklung des kommunalen Subsystems als integrativem Element des politischen Gesamtsystems. Diese generelle These wird differenziert, indem auf hohem theoretischen Abstraktionsniveau zunächst widersprüchliche Entwicklungen im Bereich der Politikverflechtung, also im Verhältnis von Zentralinstanz und Gemeinde, aufgezeigt werden.

Außerdem versucht Vf. den Einfluß von Staat und Wirtschaft auf die kommunale Selbstverwaltung zu demonstrieren. Beginnend mit der von ihm als »Restaurationsphase« angesehenen Nachkriegszeit zeichnet Zielinski die Entwicklung bis zu einem Stadium nach, in dem der Integrationsprozeß der Kommunen in das staatliche Gesamtsystem die Selbstverwaltung der Gemeinden geschwächt hat. Als Beweis für die zunehmende Abhängigkeit der Kommunen von staatlicher Politik und die Einengung ihres Handlungsspielraums problematisiert der Autor zunächst die kommunale Finanzausstattung. Er zeigt auf, daß die gemeindlichen Einnahmequellen enge Verflechtungen mit dem privatwirtschaftlichen Umfeld unabdingbar machen. Sodann wird die kommunale Aufgabenwahrnehmung systematisiert und mit den finanziellen Möglichkeiten konfrontiert. Dabei können nicht nur Disparitäten zwischen den Aufgaben der Gemeinden und ihrer Entwicklung aufgezeigt werden, sondern auch solche zwischen den Gemeinden und dem Gesamtstaat. Zielinski prognostiziert eine Verschärfung der Verteilungsprobleme im Rahmen der öffentlichen Haushalte.

Die im Text dargebotenen Analysen werden durch eine Fülle von informativen Tabellen veranschaulicht, die den zeitlichen Ablauf der Entwicklung aufzeigen. An einer Stelle thematisiert der Autor selbst das Problem, daß sich die Realität komplexer darstellt, als dies bei einer globalen Betrachtung den Anschein hat. Für die hierzu notwendigen und bislang fehlenden Einzelfallstudien hat Zielinskis Buch einen Bezugsrahmen geliefert.

Oldenburg

Hiltrud Naßmacher

VOLKER WÜNDERICH, *Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen.* Wuppertal: Peter Hammer 1980, 290 S., DM 32,-.

Während in den letzten Jahren die Untersuchung der Urbanisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts und ihrer sozioökonomischen Folgen in einzelnen Städten ein gutes Stück voran gekommen ist, bewegen sich die noch wenigen stadtgeschichtlichen Forschungen zur Weimarer Republik fast alle auf einer allgemeinen Ebene und behandeln die Probleme einzelner Städte nur am Rande. Lediglich einige Oberbürgermeisterbiographien machen hier bisher eine Ausnahme. Die anzuzeigende, auf eine Konstanzer Diss. zurückgehende Untersuchung mündet zwar auch in einen allgemeinen Problemaufriß der kommunalen Selbstverwaltung am Ende der Weimarer Republik, doch gewinnt sie ihre Argumente aus zwei bemerkenswerten Wurzeln: einerseits aus einer ausführlichen Darstellung der Kommunalpolitik in der Stadt Solingen zwischen 1918 und 1933 (Kap. 1) und andererseits aus einer Analyse der kommunistischen Kommunalpolitik (Kap. 2).

Die Verknüpfung dieser beiden Kapitel ergibt sich daraus, daß Vf. den Schwerpunkt des Solinger Kapitels auf einen für die damalige Zeit sensationellen Vorgang legt. 1930 hatte die Solinger Stadtverordnetenversammlung mit den SPD-Stimmen einen kommunistischen Kandidaten zum Oberbürgermeister gewählt, der aber – auch nach einer neuen Wahl – von der preußischen Regierung nicht bestätigt wurde. Sie setzte gegen das zweimalige Votum der Stadtverordneten von sich aus einen Oberbürgermeister als »Staatspräfekt« ein. Vf. bewertet diesen Vorgang als »Symbol für das Ende der kommunalen Selbstverwaltung« (S. 98). Gleichzeitig fällt aber auf diese Wahl nicht nur deshalb ein besonderes Licht, weil in diesem Fall die beiden sich ansonsten befeindenden Parteien zusammengingen, sondern weil die KPD an dem Oberbürgermeisterposten – wie sich nach der Wahl herausstellte – eigentlich gar nicht interessiert war und sogar durch die Art ihrer Reaktion einen starken Einflußverlust unter der Solinger Arbeiterschaft hin-

nehmen mußte. Details würden hier zu weit führen; Vf. versteht es jedenfalls, die Vorgeschichte dieses Ereignisses und seine Konsequenzen eindringlich, ja geradezu spannend darzustellen.

Die in dieser – sicherlich als extrem zu bewertenden – Zuspitzung der Solinger Kommunalpolitik anklingenden grundsätzlichen Probleme benutzt Vf. recht geschickt als Ausgangspunkte für die folgenden Analysen der kommunalpolitischen Auffassungen der KPD und des Niedergangs der Selbstverwaltung am Ende der Weimarer Republik überhaupt. Dabei bezieht er gezielt Position und geht von durchaus (im neutralen Wortsinn) fragwürdigen Thesen aus.

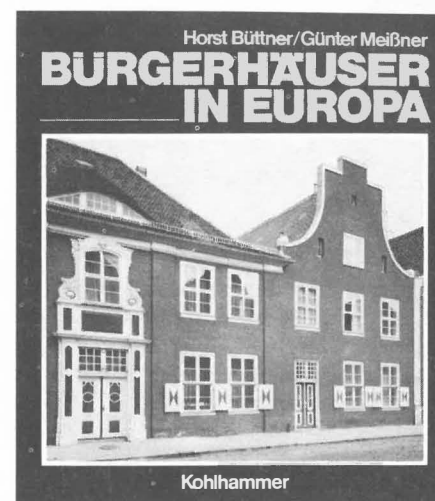
Ohne sie kritiklos rechtfertigen zu wollen, besteht er der kommunistischen Politik und damit auch ihrer Kommunalpolitik eine »eigene historische Perspektive« zu (S. 12), deren Grundannahmen dann allerdings in der Realität zu bemerkenswerten Unbeweglichkeiten und Fehlentscheidungen geführt hätten, vor allem zu einer Unterschätzung der vom Nationalsozialismus ausgehenden Gefahr. Die Krise der Selbstverwaltung behandelt Vf. vor allem vor dem Hintergrund eines angeblich allgemeinen »Faschierungsprozesses«, zu dem der im Gefolge der Wirtschaftskrise kraß hervortretende »Grundwiderspruch der Kommunalpolitik im Kapitalismus« (S. 13 und passim) seinen Teil beigetragen habe. Er versteht folglich seine Arbeit als Beitrag zur Aufdeckung der »inneren politischen Logik«, die von der herkömmlichen bürgerlich-kapitalistischen Kommunalpolitik zum Nationalsozialismus führte. Das Solinger Beispiel wird deshalb konsequent als besonders klarer Fall

eines »lokalen Faschierungsprozess(es)« interpretiert (S. 14). Mit dem vor allem bei Nicos Poulantzas entlehnten Faschierungskonzept glaubt Vf. die Gründe für die »Krise der Selbstverwaltung« schlüssig erfassen zu können: Die lokale Selbstverwaltung habe als Ort, an dem die Grundwidersprüche des Kapitalismus immer wieder sichtbar geworden seien, immerhin die *Möglichkeit* einer antikapitalistischen Politik geboten (S. 267). Ihre Ausschaltung und schließlich Ersetzung durch eine den Prinzipien des Führerstaates untergeordnete Lokalverwaltung erscheint so als konsequente Handlung einer sich allseitig faschisierenden kapitalistischen Gesellschaft.

Vf. breitet zur Untermauerung seiner Bewertung, die gelegentlich allzu sehr ex post, d. h. vom Wissen über die weitere Entwicklung aufgesetzt erscheint, eine Fülle von Material aus, ohne daß seine These, wenn man weitere Bereiche mit einbezieht, so glatt heruntergeht, wie Vf. nahelegt. Nur durch jene Grundannahme lassen sich übrigens die drei eigentlich recht disparaten Teile der Arbeit – die Solinger Kommunalpolitik, die KPD-Auffassungen von Selbstverwaltung und die Krise der Selbstverwaltung – einigermaßen fugenlos aufeinander beziehen. Insgesamt erweist sich diese pointierte bis überpointierte Arbeit jedoch gerade dort am anregendsten, wo sie am meisten provoziert. Insofern ist sie als beachtenswerter Beitrag zur Erforschung der Stadtgeschichte in der Weimarer Republik zu werten.

Bochum

Jürgen Reulecke



Ein Bildband zur
Geschichte der
bürgerlichen Kultur

Bürgerhäuser in Europa

von Horst Büttner und Günter Meißner
1981. 351 Seiten mit 290 Abbildungen, davon 75 in Farbe.
Format 24 × 27 cm.
Leinen im Schuber DM 89,-.
ISBN 3-17-005693-X

Die Autoren beschreiben in diesem reich illustrierten Bildband die Geschichte des europäischen Bürgerhauses seit dem 12. Jahrhundert.

Sie folgen den Stilepochen Romanik, Gotik, Renaissance, Barock, bürgerlicher Realismus im 19. Jahrhundert, untergliedern nach den verschiedenen Typen des bürgerlichen Wohnbaus und nach den Gestaltungsvarianten des Bürgerhauses als Wohn-, Handwerks- oder Handelsstätten.

Im umfangreichen Bildteil wird die Entwicklungsgeschichte des europäischen Bürgerhauses mit seinem Typenreichtum und seinen vielfältigen regionalen Gestaltungsformen einprägsam vorgestellt.



Verlag W. Kohlhammer

Heßbrühlstr. 69 · Postfach 80 04 30 · 7 Stuttgart 80

Das ganz neue Pflaster

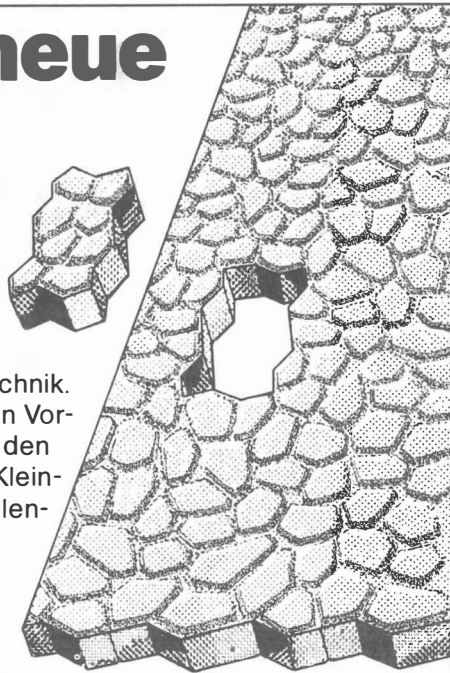
Uni- Pogolit

klassische Optik in modernster Technik.
Dieses Pflaster hat die technischen Vor-
züge des Uni-Verbundsteines und den
Charakter eines unregelmäßigen Klein-



pflasters. Bezugsquellen-
nachweis von

Uni-Dienst F. von Langsdorff
Karl-Stier-Straße 7, 7550 Rastatt
Telefon (0 72 22) 2 15 25



INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	391
HARTMUT ARRAS	
Betriebliche Standortentscheidungen im Rahmen urbanen Wandels	393
DIETRICH GARBRECHT	
Stadtzentrum und Umland als Spannungspole der Wohnstandortwahl.	402
HARTMUT GROßHANS	
Sozialplanung in der universitären Lehre, vorgestellt in der Unterrichtseinheit »Bedürfnisgerech- tes Wohnen«	413
ULRIKE BREITWIESER / FRANZ WAGNER	
Alt-Urfahr, das Dorf in der Stadt. Ein Beitrag der Soziologie zum Entscheidungsprozeß in einem Altstadtsanierungsgebiet am Beispiel Alt-Urfahr (Linz, OÖ).	442
DIETHELM FICHTNER	
Altstadtsanierung: Zum Beispiel Marburg	459
DIE AUTOREN	474
NOTIZEN	475
BESPRECHUNGEN	479
<i>Soziologie</i>	
HELGA REIMANN / HORST REIMANN (Hrsg.), Die Jugend (B. Schäfers)	479
<i>Altbaumodernisierung</i>	
Baunormen Altbaumodernisierung, hrsg. vom Deutschen Institut für Normung e. V. (C. Jonas) ..	479
<i>Denkmalschutz und Baugeschichte</i>	
AXEL FÖHL, Technische Denkmale im Rheinland (F. Jaeger)	480
GERHARD MÜLLER-MENCKENS, Neues Leben für alte Bauten. Über den Continuo in der Architektur (F. Jaeger)	481
<i>Städtische Sozialgeschichte</i>	
MICHAEL TOCH, Die Nürnberger Mittelschichten im 15. Jahrhundert (F. Willax)	481
FRIEDRICH HORSCH, Die Konstanzer Zünfte in der Zeit von der Zunftbewegung bis 1430 (E. Isenmann)	488
RUDOLF SUMMA, Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs (G. Ströhlein)	489
<i>Wirtschaftsgeschichte</i>	
PETER STOLZ, Basler Wirtschaft in vor- und frühindustrieller Zeit. Ökonomische Theorie und Wirtschaftsgeschichte im Dialog (L. Nipp)	490
DIETMAR ROTHERMUND, Europa und Asien im Zeitalter des Merkantilismus (D. Brötel)	491
<i>Empirische Kulturwissenschaft</i>	
UTZ JEGGLE, Kiebingen – Eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf (G. Nietsch)	493
<i>Kommunalpolitik und Kommunale Selbstverwaltung</i>	
HEINZ ZIELINSKI, Kommunale Selbstverwaltung und ihre Grenzen. Über den Einfluß von Staat und Wirtschaft auf die Gemeinden (H. Naßmacher)	494
VOLKER WÜNDERICH, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik (J. Reulecke)	495